

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **14. und 15. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2013/2014 vom 9. Dezember 2013

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis Uhr 24.00 Uhr

Vorsitz: Ch. Benz-Meier (SP)
Protokoll: K. Lang
Entschuldigt Nachmittagsitzung: U. Obrist (SVP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel
1.	13/091	Voranschlag 2014 und Festsetzung des Steuerfusses – Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2015-2017 (IAFP) und Nachtrag zum Voranschlag 2014 «Novemberbrief»

Ratspräsidentin Ch. Benz begrüsst zur 14. und 15. Sitzung des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2013/2014. Es liegt viel Arbeit vor dem Rat. Für jedes Ratsmitglied liegt ein Grittibenz auf dem Tisch, wie es der Name sagt, wurde er von der Ratspräsidentin Ch. Benz spendiert und nicht von der Stadtkasse. Es ist ein kleiner persönlicher Beitrag, damit niemand aufgrund von Unterzuckerung in dieser langen Debatte ausfällt.

Der Rat bedankt sich mit einem Applaus.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier hat für den nächsten Montag, 16. Dezember 2013, einen zusätzlichen Termin reserviert. Es wäre erfreulich, wenn heute das Budget zu Ende beraten werden könnte. Es hat sich aber in den letzten Tagen gezeigt, dass ein gewisser Diskussionsbedarf vorhanden ist, zumal nicht alle Anträge in den Kommissionen diskutiert werden konnten. Der Gemeinderat wird Zeit brauchen, um die Anträge zu diskutieren. Ratspräsidentin Ch. Benz wünscht sich im Interesse der Stadt und der städtischen Angestellten, dass sich der Gemeinderat Zeit nimmt und die Anträge seriös diskutiert.

Die Ratspräsidentin wiederholt ihren Appell von letzter Woche. Sie bittet die Ratsmitglieder die Debatte respektvoll zu führen. Es darf hart zu und her gehen, wenn es um die Sache geht, aber bittet respektvoll und anständig.

Der Landbote und TELE TOP haben die Erlaubnis Bild- und Tonaufnahmen zu machen.

Fraktionserklärungen

D. Schraft (Grüne/AL): Die Gemeinderatssitzung von letzter Woche war speziell. Die Grüne/AL-Fraktion weiss, dass das Defizit irgendwie aufgefangen werden muss. Sie ist aber mit dem Voranschlag des Stadtrates einverstanden. Er hat sehr viel Geld eingespart und erreicht, dass das Budget in absoluten Zahlen etwa so hoch ist wie vor einem Jahr. Die Belastungen der Stadt haben aber massiv zugenommen. Die Grüne/AL-Fraktion ist mit einer mässigen Steuererhöhung von 122 auf 127 Prozentpunkte einverstanden. Dank dem Landboten ist allen bekannt, dass das keine absolute Erhöhung um 5 % ist. Die rechte Ratsseite will auf jeden Fall die Steuererhöhung verhindern. Was das die Stadt kostet, ist ihnen egal. Die Mitglieder der GLP wissen, dass Globalkürzungen nicht zulässig sind. Mit einem Trick wollen sie das umgehen. Die unsäglichen 0,6631 % sollen überall verteilt werden. Die Änderung der Globalkürzung in eine Kürzung in den einzelnen Produktegruppen ist unter Zeitdruck erfolgt. Die schlimmsten Fehlern, die GLP will teilweise mehr kürzen als überhaupt budgetiert ist, haben sie noch rechtzeitig gemerkt. Bei einigen Posten haben sie es nicht gemerkt. Heute Abend werden die Ratsmitglieder erfahren, wo die GLP Geld einsparen will, das gar nicht budgetiert ist. Vor allem die Inkonsequenz der GLP gibt zu denken. Die GLP ist eine Partei, von der man dauernd hört, dass ein Problem von Grund auf besprochen werden muss und dass gründlich darüber nachgedacht werden muss. Es braucht Studien mit mehreren möglichen Varianten. Was auch Geld kostet. Die GLP erwartet überall eine saubere Planung und Transparenz. Ausgerechnet beim wichtigsten Geschäft des Gemeinderates missachten sie ihre eigenen Forderungen. Für alle anderen am Budgetprozess Beteiligten war es unmöglich, sich auf diese Rasenmäher-Kürzungen vorzubereiten. Anscheinend war es auch für die GLP/PP-Fraktion nicht möglich, sonst wären nicht so viele Unmöglichkeiten vorhanden.

Wenn man mit einem Mitglied der GLP spricht, fällt schnell der Ausdruck; es muss professionalisiert werden. Das impliziert, dass die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung nicht professionell arbeiten, was in einem speziellen Fall, den D. Schraft im Kopf hat, eine Frechheit ist. Ein Beispiel für die Inkonsequenz der GLP ist die Finanzkontrolle. Bei der Neubesetzung der Stelle wurde von der GLP immer wieder betont, dass die Finanzkontrolle professioneller werden muss. Sie soll auf der Höhe der Zeit sein, möglichst modern und mit neusten Methoden arbeiten. Jetzt streicht die GLP der Finanzkontrolle einen grossen Teil des Budgets mit dem das Handwerkszeug finanziert werden soll. Das ist inkonsequent. Die Rasenmäher-Kürzung der GLP soll angeblich keine Pauschalkürzung des Budgets sein. Die Grüne/AL-Fraktion ist gegenteiliger Meinung. Indem die GLP den Stadtratskredit grosszügig auf 2 Millionen aufstockt, damit die schlimmsten Fehler, die von der rechten Ratsseite angerichtet werden, beseitigt werden können, wird die Verantwortung einfach dem Stadtrat überlassen. Das ist eine versteckte Globalkürzung, quasi eine Globalkürzung durch die Hintertüre. Wenn der Stadtrat sagt, wo er eingreifen will und wo nicht, dann hört man: „Das wollten wir nicht.“ Das war bereits letzte Woche in der Zeitung zu lesen. Es ist nicht das erste Mal, dass die rechte Ratsseite so auf Kürzungen reagiert. D. Schraft findet das ziemlich beschämend. Die Ratsmitglieder sollten darüber nachdenken was es heisst, für seine Entscheidungen die Verantwortung zu übernehmen. Die rechte Ratsseite hat eine Vorliebe für den Begriff Eigenverantwortung. Das Wort ist auch am letzten Montag gefallen. Eigenverantwortung funktioniert nur, wenn die Menschen gut informiert sind. Das Wort Eigenverantwortung wird aber vor allem dann bemüht, wenn es um Menschen geht, die wenig mit diesem Begriff anfangen können. Jemandem einen Gutschein in die Hand zu drücken und zu sagen, alles andere liegt in deiner Verantwortung, damit macht man es sich zu einfach. In Leserbriefen im Landboten aber auch im Rat wird immer wieder verlangt, dass die Stadtverwaltung wie ein privates Unternehmen funktionieren soll – schlank und effizient. Es ist aber nicht schwierig, den Unterschied zwischen einer Stadtverwaltung und einem privaten Unternehmen zu begreifen. Die Stadtverwaltung muss Aufgaben erfüllen und Bedürfnisse abdecken, die sich nicht nach dem Profit richten. Winterthur ist eine lebendige Stadt, in der sich fast alle wohl fühlen können. Mit den Sparanträgen der sogenannten Sparallianz wird die Stadt krank gespart. Es wird vieles zerstört, was sich kaum mehr erholen wird. Die Grüne/AL-Fraktion will gut funkti-

onierende öffentliche Dienstleistungen. Das kostet. Es darf aber auch etwas kosten. Winterthur ist die 5 Prozentpunkte an Steuern, die gemäss stadträtlichem Antrag mehr bezahlt werden sollen, wirklich wert.

Persönliche Erklärungen

M. Wäckerlin (GLP/PP): Den Museen und anderen Stiftungen geht das Geld aus. In der Zeitung musste M. Wäckerlin mit einigem Missfallen lesen, dass der Stiftung Oskar Reinhart das Geld auszugehen droht. In der Regel sollen Stiftungen, die für die Ewigkeit ausgelegt sind, ihr Kapital nicht aufbrauchen, sondern vom Ertrag leben. In diesem konkreten Fall wäre die drohende Pleite eine Missachtung des Stiftungszwecks. Wenn weniger Ertrag erzielt werden kann, soll nicht das Vermögen angetastet werden, sondern die Ausgaben müssen gesenkt werden. Umso mehr stört es M. Wäckerlin, dass immer mehr Stiftungen ein Auge auf die Stadtkasse werfen. Das geht nicht. Stiftungen, die ihr Kapital aufgebraucht haben, sollen von der Stadt kein Geld erhalten. Ansonsten würde ein falsches Signal ausgesandt. Replik zum Thema Kino und Popcorn vom letzten Montag: Letzte Woche hat ein Tweet von M. Wäckerlin Aufmerksamkeit erregt und Verwirrung gestiftet. Sogar der Landbote hat darüber berichtet. Mitten im Links/Rechts-Hickhack hat M. Wäckerlin getwittert, wir haben grosses Kino und es fehlt nur noch das Popcorn. Fälschlicherweise ist das vom Stadtpräsidenten so aufgefasst worden, dass die Debatte M. Wäckerlin nicht interessiert und er den Ernst der Lage nicht erkennt. Das ist nicht so. Man kann die Welt nicht in einem Tweet von maximal 140 Zeichen erklären. Deshalb braucht es Kürzungen und Metaphern. Tweets sind grundsätzlich in der Länge und in der Tiefe beschränkt. Sie sollten in der Tendenz eher wohlwollend verstanden werden. Im Zweifelsfall sollte man zurückfragen, bevor man sich ereifert. Das Beispiel mit dem Kino trifft zu. Die Debatte läuft streng nach Regie ab. Die Parlamentarier zeigen ein absehbares Schauspiel. Untereinander sind die Rollen bekannt. Das Drehbuch ist geschrieben und wird befolgt. Die ganze Szenerie richtet sich eigentlich nur an das Publikum auf den Rängen und an die Presse. Das Popcorn drückt die Resignation des Zuschauers aus, der nicht eingreifen kann. Sogar der Landbote hat heute den Begriff Showdown benutzt. Das Tweet soll nicht verharmlosen, es soll eher wachrütteln. M. Wäckerlin bittet die Zuschauer hinzusehen und hinter die Kulissen zu schauen, damit sie erkennen, welche Probleme hinter den vorgetragenen Positionen sichtbar werden. Er fordert die Zuschauer auf den Richtungsstreit zu erkennen, sich nicht im Detail zu verlieren, sondern das Ganze anzuschauen. Die Stimmung war am letzten Montag aufgeheizt. Die emotionale Reaktion ist vor diesem Hintergrund erklärbar. Schliesslich sind alle nur Menschen. M. Wäckerlin hätte es gerne darauf beruhen lassen, wenn nicht der Landbote das Thema erneut aufgegriffen hätte. Inhaltlich steht M. Wäckerlin voll und ganz hinter seinem Tweet, dass er aber offensichtlich missverstanden worden ist, tut ihm leid. Dafür entschuldigt er sich. Aus diesem Grund hat M. Wäckerlin den Tweed gelöscht. Den Rüffel weist er aber entschieden zurück. Diese Art von Intervention war nicht angebracht und in einem solchen Fall sollte man zuerst nachfragen, was gemeint ist.

Stadtpräsident M. Künzle dankt für den ersten Teil der persönlichen Erklärung zur Situation des Museums Oskar Reinhart. Seit dem 1. Oktober ist der Stadtpräsident in einigen Vorständen der Kulturszene. Das Thema ist überall das Gleiche – das Geld fehlt. Es ist nicht einfach Sponsorengelder zu erhalten. Die Entscheide werden nicht mehr in Winterthur gefällt, sondern in Zürich oder im Ausland. Das macht es enorm schwierig. Es werden auch nicht mehr die grossen Beiträge des früheren Mäzenatentums gespendet, die letztendlich die Kulturstadt Winterthur entstehen liessen. Die Stadt muss ein Auge darauf haben. In den Vorständen wird nach Lösungen gesucht. Es werden Lösungen sein, die sich in Richtung vermehrte Zusammenarbeit bewegen – Stichwort Museumskonzept, das in den nächsten Monaten konkretisiert, verdichtet und erklärt werden muss. Der Stadtrat muss darlegen was erreicht werden soll, wenn es darum geht, Kulturinstitutionen zu retten. Es finden viele Gespräche mit Privaten, dem Kanton und dem Bund statt. Der Stadtrat bemüht sich, aufzuholen was vielleicht in der Vergangenheit versäumt worden ist. Es ist richtig, dass diese Institu-

tionen nicht vom Stiftungsvermögen leben sollten. Es braucht andere Finanzierungsmittel. Der Stadtpräsident betont aber, dass das nicht einfach ist. Die Geschichte des Museums Oskar Reinhart das hat gezeigt.

Den Rüffel nimmt Stadtpräsident M. Künzle nicht zurück. Er lässt ihn so stehen, nimmt aber die persönliche Erklärung von M. Wäckerlin an und will sich nicht mehr zum Piratenverhalten bezüglich Popcorn äussern.

Ch. Baumann (SP) bezieht sich auf den angekündigten Antrag zur Erhöhung des Stadtratskredits, der von bürgerlicher Seite mehrmals angekündigt worden ist. Dies ist nötig, weil die Aufstockung bei etlichen Kürzungsanträgen in den einzelnen Produkten bereits als Argument ins Feld geführt wurde. Die Bürgerlichen wollen mit diesem Trick dem Stadtrat ermöglichen, zu reagieren, wenn die Kürzungen unmöglich sind. Sie haben damit zumindest erkannt, dass sie auch dort kürzen, wo es infolge von gebundenen oder gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben nicht möglich ist Einsparungen zu machen. Das ist zumindest eine Einsicht. Dieses Vorgehen ist aber grundsätzlich falsch, weil damit die Budgetkompetenz des Gemeinderates Kurzerhand delegiert wird. Wenn die bürgerliche Seite das wirklich will, muss sie auch die Kompetenzregelung in der Verordnung dementsprechend ändern und dem Parlament die Budgetkompetenz in diesem Umfang wegnehmen. Das wird aber wohl nicht in ihrem Sinn sein. Falsch ist es, wenn gesagt wird, dass die Detailkenntnisse in Bezug auf unmögliche und mögliche Sparaufträge nicht vorhanden sind. Die Finanzministerin hat bereits vor 10 Tagen alle Detailinformationen zu den 4 Konten, Anschaffung Mobilien, Dienstleistungen Dritter, Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie zu Informatikprojekten, in jeder Produktegruppe geliefert. Es ist klar ausgewiesen, wo Kürzungen möglich sind und wo nicht. Es liegt auf dem Tisch, dass ein massiver Leistungsabbau vorgenommen werden muss, wenn trotzdem gekürzt wird. Das sind dann eben die schmerzlichen Einschnitte wie Stellenabbau, Verzicht auf Museums- oder Bibliothekspädagogik oder die Kürzung der Schulreise-, Lager- und Exkursionskredite. Da dürfen sich die Bürgerlichen nicht entsetzen, sie dürfen höchstens darüber erschrecken, was sie anrichten.

Ch. Baumann bitte die bürgerliche Seite, die Informationen, die sie erhalten hat, einzubeziehen und in den Produktgruppen, in denen die Sparvorhaben nicht möglich sind, auf die pauschalen Kürzungen zu verzichten. Die Ausrede, dass der Stadtratskredit erhöht wird, gilt nicht. Das sind zwei verschiedene Dinge. Entweder steht die GLP zu ihren Sparanträgen oder sie lässt sie bleiben. Die bürgerliche Seite sollte gegenüber der Bevölkerung transparent und ehrlich sein, zu den Abbauplänen stehen und sich nicht hinter fadenscheinigen Ausreden verstecken. Die heisse Kartoffel kann nicht einfach an den Stadtrat weitergereicht werden. Die SP lehnt den Trick, sich aus der Verantwortung zu schleichen, dezidiert ab. Auch mit dem erhöhten Stadtratskredit kann sich die bürgerliche Seite von diesem Leistungsabbau nicht reinwaschen. Für diese Einschnitte müssen sie sich heute und auch morgen die Verantwortung tragen.

R. Diener (Grüne/AL) schliesst sich den Voten von D. Schraft und Ch. Baumann an.

B. Meier (GLP/PP): Die Fraktionserklärung der Grünen ruft nach einer Replik. B. Meier betont, dass die Anträge, die heute gestellt werden, in die erste Sitzung der AK eingebracht worden sind. Der Stadtrat hat erklärt, dass diese Anträge nicht zulässig und rechtswidrig seien. Das sei mit dem Bezirksrat abgeklärt worden. Der Stadtrat hat die GLP gezwungen, die Einsparungen irgendwie zu verteilen. Die Fraktion hat einen Schlüssel gefunden. Auch der Stadtrat verteilt Kosten per Schlüssel auf verschiedene Produktgruppen. Dieses Vorgehen erzeugt nicht in jedem Punkt optimale Ergebnisse. Deshalb benötigt der Stadtrat eine gewisse Kompetenz, um das mit dem Stadtratskredit auszugleichen. B. Meier erinnert daran, dass der Gemeinderat letzten Montag das Budget um 300'000 Franken verbessert hat, indem Fehler, die der Stadtrat bei der Budgetierung gemacht hat, korrigiert wurden. Auch hier passieren Fehler. Zum Umgang mit dem Wort pauschal oder nicht pauschal möchte B. Meier anmerken, dass diese Diskussion allmählich doktrinäre Züge annimmt. Allein in der Weisung des Stadtrates, auf der ersten Seite, kommt das Wort pauschal drei Mal vor. Es ist durchaus üblich, dass der Stadtrat gewisse Posten pauschal im Budget verteilt. Auch der Stadtrat macht pauschale Kürzungen, beispielsweise hat der Gemeinderat letzten Montag

im Zusammenhang mit der Vergütung von Stadtwerk gesehen, dass 950'000 Franken, pauschal bei den Betriebsreserven von Stadtwerk eingestellt sind. Die Verteilung hat man noch offen gelassen. Dem Stadtrat muss bewusst sein, dass die WOV-Indikatoren bei Stadtwerk die einzelnen Geschäftsfelder sind, denen man die Betriebsreserven zuteilen müsste. Die Sachkommission Bau und Betriebe hat das Vorgehen geprüft und akzeptiert. Die Kommissionsmitglieder schenken dem Stadtrat ein gewisses Vertrauen, dass er das vernünftig handhaben und auf die Profitcenter verteilen wird. Dieses Vertrauen benötigt der Stadtrat. Der Zivilschutz ist ein weiteres Beispiel. Dort wird pauschal eine halbe Million gespart im Rahmen eines Projekts, das noch aufgelegt wird. Man weiss nicht, ob überhaupt Einsparungen möglich sind oder ob bei der Leistung gekürzt werden muss. Man weiss nicht ob bei den Sachkosten, beim Personal etc. gespart werden kann. Im vorliegenden Budget sind mit den «effort 14+» Massnahmen viele pauschale Punkte enthalten. Das muss der Gemeinderat im Moment hinnehmen. Das Budget 2014 wird nicht perfekt sein, ob das die GLP betrifft, das Parlament oder den Stadtrat. Die Positionen, Anschaffung Mobilien, Dienstleistungen Dritter und Betriebs- und Verbrauchsmaterial, in denen die GLP Kürzungsanträge stellt, betreffen die Sachkosten. Das Wachstum soll auf das Niveau von 2012 oder 2010 zurückgefahren werden. Vor drei oder vier Jahren befand sich die Stadt nicht im Mittelalter. Es wurden Schulreisen durchgeführt und vieles andere wurde unternommen. Vom Umfang her sind diese Kürzungen verkraftbar und angemessen. Wenn heute diese Diskussion nicht geführt und die Problematik mit einer Steuererhöhung übertüncht wird, muss in einem Jahr die gleiche Debatte erneut geführt werden.

Stadtrat M. Gfeller: Es ist öfters so, dass eine Replik eine Replik nach sich zieht. Das Wort Vertrauen ist von der GLP relativ einseitig benutzt, vielleicht auch missbraucht worden. Das Grundprinzip ist die Wirkungsorientierte Verwaltung. Diese basiert auf dem Vertrauen, dass der Gemeinderat Beschlüsse über die Globalkredite fasst und der Verwaltung und dem Stadtrat das Vertrauen schenkt, dass dieses Geld richtig verteilt wird. Der Vergleich mit dem Versuch der GLP pauschal über die gesamte Stadtverwaltung zu kürzen und dem was bei Stadtwerk moniert wurde, hinkt relativ stark. Stadtwerk ist eine einzige Produktegruppe innerhalb der Stadtverwaltung. Hier werden Äpfel mit Birnen verglichen.

Stadträtin Y. Beutler: Es braucht eine Klärung des Begriffs pauschal. Es gibt verschiedene pauschale Massnahmen in der Weisung, das ist tatsächlich so. Gewisse Einsparungen sind in der zweiten Runde von «effort 14+» den Produktegruppen klar zugewiesen worden. Aber die Zeit hat nicht ausgereicht, um diese Beträge auf die entsprechenden Konten zu verteilen. Der Stadtrat hat aber vor den Herbstferien klar darauf hingewiesen, dass die Ratsmitglieder die Gelegenheit haben in den Sachkommissionen nachzufragen. Aus zeitlichen Gründen war ein anderes Vorgehen nicht möglich. Im Rat wurde mehrfach betont, dass ein grosser Einsatz notwendig war, um das Budget rechtzeitig zu verabschieden. Der Stadtrat hat über die geplanten Einsparungen informiert, aber es ist nicht immer ganz klar, wie diese verteilt werden sollen. Das ist eine Art von Pauschale.

Die andere Art von Pauschale bezieht sich auf die Personalmassnahmen. Diese Ausgaben werden pauschal eingestellt und danach verteilt. Sobald der Gemeinderat beschlossen hat, dass die Personalmassnahmen ausgezahlt werden, ist es ganz klar welche Produktegruppe wie viel erhält. Das Gutachten besagt, dass es vom Gemeindegesetz her keine Kompetenzdelegation der Budgetkompetenz an den Stadtrat gibt. Der Gemeinderat kann nicht einfach sagen, der Stadtrat hat so und so viele Millionen zur Verfügung, die er in eigener Kompetenz verteilen kann. Es ist die Aufgabe und das höchste Gut des Gemeinderates die Aufgaben zu definieren, die von der Stadtverwaltung wahrgenommen werden sollen und zu definieren wie viel Geld dafür zur Verfügung steht. Diese Differenzierung zwischen pauschal und pauschal ist nachvollziehbar. Andernfalls steht Stadträtin Y. Beutler gerne für weitere Auskünfte zur Verfügung. Die Äusserung, dass Winterthur nach einer Steuererhöhung 5 % über dem Höchststeuereffuss liegt, ist so nicht zutreffend. Alle Gemeinden, die Übergangsausgleich beziehen, müssen 2014 den Steuereffuss um 2 % erhöhen und damit wird der höchste Steuereffuss bei 124 % liegen. Die Stadt hätte nach einer Erhöhung zwar noch immer den höchsten Steuereffuss im Kanton, aber auch die anderen Gemeinden werden in einem zweiten

Schritt den Steuerfuss erneut erhöhen müssen. Die Höhe des Steuerfusses ist nicht in Stein gemeisselt, was die Gemeinden ausserhalb von Winterthur angeht.

Dringliche Interpellation

Ch. Leupi (SVP) betr. Leiter Theater Winterthur (GGR-Nr. 2013/109)

Ch. Leupi (SVP): Die SVP hat eine Dringliche Interpellation eingereicht aufgrund der Veränderungen beim Theater Winterthur. Die SVP ist der Ansicht, dass es für den Budgetprozess wichtig ist, ob die Stelle des Direktors wieder besetzt wird. Wie allgemein bekannt ist, hat Marc Baumann, Direktor des Theaters Winterthur, per Mai 2014 gekündigt. Falls diese Stelle nicht wieder besetzt werden sollte, hätte das einen Einfluss auf die Budgetdebatte, weil ein gewisser Betrag eingespart werden könnte. Wie weit ist die Gruppierung um das Theater Winterthur, welche über die Zukunft entscheiden wird? Soll das Theater weiterhin städtisch bleiben oder wird es ausgekoppelt? Im Zusammenhang mit der Kündigung und der Frage, wie es mit dem Theater Winterthur weitergehen soll, ist die Dringliche Interpellation wichtig.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über die Dringlichkeit der Interpellation abstimmen.

Der Rat lehnt die Dringlichkeit mit 31 zu 26 Stimmen ab.

M. Wenger (FDP): Die FDP stellt folgenden Antrag: Die Beratung und der Beschluss für das Budget 2014 sollen noch heute erfolgen. Nicht nachts um 2 Uhr oder um 3 Uhr, sondern heute. Die Sitzung des Gemeinderates ist, wenn nötig, entsprechend zu verlängern. Begründung: Die bisherige Budgetdebatte ist schwerfällig verlaufen. Für den 16. Dezember 2013 sind diverse Kommissionssitzungen vorgesehen, die verschoben werden müssten. Die Geschäfte könnten dann erst im Januar 2014 beraten und im Februar 2014, also nach den Wahlen, behandelt werden. Zudem ist der Rat heute praktisch vollzählig anwesend. Wie im letzten Jahr können die Ratsmitglieder einige Stunden zusätzlich verkraften, auch dank dem Grittibenz der Ratspräsidentin Ch. Benz.

Ch. Ulrich (SP): Die Parlamentsdebatte ist dazu da, dass man Transparenz schafft. In diesem Fall betrifft es das Budget. Den Gästen auf der Tribüne, der Presse und der Bevölkerung kann gezeigt werden, um was es geht und was erreicht werden soll. Der Wille einer Parlamentsmehrheit soll gegenüber dem Stadtrat und der städtischen Verwaltung kundgetan werden. Deshalb ist es wichtig, dass das in einem vernünftigen Rahmen erfolgt. Ch. Ulrich glaubt nicht, dass Budgetentscheidungen um Mitternacht noch zumutbar und vernünftig sind. Die SP glaubt auch nicht, dass die Entscheide irgendwann um Mitternacht oder nach Mitternacht besser werden. Die Ratsmitglieder sind erwerbstätig und haben bereits einen langen Tag hinter sich. Es macht keinen Sinn, einen Budgetentscheid um jeden Preis durchzusetzen. Es ist besser, wenn bis um 22.00 Uhr noch kein Entscheid vorliegt, eine zusätzlich Sitzung am nächsten Montag einzuberufen. Es ist in der Verantwortung jedes Gemeinderates, jeder Gemeinderätin sich die Zeit freizuschaulen, damit der Rat auch am nächsten Montag vollzählig anwesend ist.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Ordnungsantrag von M. Wenger abstimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Die Produktegruppen Steuern und Finanzausgleich wird vorerst ausgeklammert. In der Endabstimmung wird der Antrag 4, Festsetzung des Steuerfusses, vorgezogen.

Die Ratspräsidentin erinnert daran, dass pro Produktgruppe zuerst alle Anträge gestellt werden, danach wird über die Anträge diskutiert.

1. Traktandum

GGR-Nr. 2013/091: Voranschlag 2014 und Festsetzung des Steuerfusses – Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2015-2017 (IAFP) und Nachtrag zum Voranschlag 2014 «Novemberbrief»

Departement Finanzen

233000 Steuerbezug

A. Steiner (GLP/PP): Es wurde bereits ausführlich über prozentuale Kürzungen diskutiert. Die GLP hat bereits begründet, warum die Kürzungen auf alle Produktgruppen verteilt werden mussten. Es war nicht möglich innerhalb der verbliebenen 3 Wochen jede Produktgruppe im Detail zu prüfen. Entsprechend mussten die Kürzungen auf alle Produktgruppen verteilt werden. Es ist der GLP bewusst, dass eine Kürzung nicht überall möglich ist. Deshalb soll der Stadtratskredit massiv erhöht werden, damit kann ein Ausgleich geschaffen werden, wenn die Kürzung nicht möglich ist. Insgesamt geht es um 6,39 Millionen, die gekürzt werden sollen. Wenn man die 1,2 Millionen Stadtratskredit abzieht, wird das Budget noch um 5 Millionen gekürzt, in einem Bereich in dem die letzten Jahre 10 Millionen mehr ausgegeben worden sind. Die Grünliberalen haben in den vergangenen Jahren immer wieder gesagt, dass die Stadt den Aufwand in den Griff bekommen muss. Stattdessen waren 2012 Mehrausgaben in der Höhe von 88 Millionen zu verzeichnen und 2013 waren es 55 Millionen mehr. Jetzt sollen 5 Millionen eingespart werden. Die GLP hält am Antrag fest, entsprechend wird über den Stadtratskredit ausgeglichen werden müssen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Grünliberalen haben erklärt, dass sie sich mit den Kürzungen auseinandergesetzt haben. Ch. Griesser hat sich mit der Produktgruppe Steuerbezug ebenfalls auseinandergesetzt. Die grössten Beträge betreffen erneut Porti, Bank- und Postgebühren. Zusätzlich sind Betriebsgebühren im Budget eingestellt und Kosten für Informatikdienstleistungen. Der Globalkredit wurde bereits im Rahmen von «effort 14+» um 150'000 Franken gekürzt. Beim Steuerbezug geht es darum, dass die veranlagten Steuern eingetrieben werden. Wenn man hier spart, verzichtet die Stadt auf Geld, das ihr zusteht. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt den Antrag ab.

Ch. Ulrich (SP): Wo konkret soll gespart werden? Wenn der Stadtrat sagt, wo er sparen will, ist das nicht recht. Das konnte man in den Zeitungen lesen. Wo will die GLP sparen?

A. Steiner (GLP/PP): Im Rahmen von WOV hat der Gemeinderat die Aufgabe pro Produktgruppe den Betrag bekannt zu geben, das heisst er bestimmt welche Leistungen für wie viel Geld erbracht werden sollen. In den vergangenen Jahren ist der Globalkredit häufig erhöht und die Leistung nicht angepasst worden. Jetzt passiert es für einmal umgekehrt.

R. Diener (Grüne/AL): Diese Handhabe ist nicht richtig. Es geht nicht um Kleinigkeiten, auch wenn der Betrag im Gesamten nicht allzu hoch erscheint. Wenn man jetzt im Detail die Produktgruppen anschaut und ausrechnet wie viel das ausmacht, sind das fast 20 % die gekürzt werden sollen. 20 % ist nicht wenig, sondern relativ viel. Wo sollen diese 20 % eingespart werden? Im Konto Mobilien sind 47'000 Franken eingestellt, bei den Dienstleistungen Dritten 300'000 Franken. Die Kosten für Informatikdienstleistungen betrifft die Softwareunterstützung. Das ist notwendig, damit die Arbeitsmittel genutzt werden können. Die GLP muss sagen, wo effektiv gespart werden muss. So ist das nicht in Ordnung und nicht verantwortungsvoll. Mit WOV hat der Gemeinderat die Verantwortung und muss sagen, wo

Einsparungen erfolgen sollen. Die Verantwortung kann nicht einfach dem Stadtrat übergeben werden.

Stadträtin Y. Beutler: Die Grundidee des GLP Antrages ist es, zu errechnen wie viel Prozent vom Bruttoaufwand 9,5 Millionen sind. Man ist in der Folge auf diese 0,6631 % gekommen, um die der Bruttoaufwand gekürzt werden muss. Diese Kürzung wurde auf folgende drei Kontengruppen über die ganze Stadt verteilt – Anschaffung Mobilien, Dienstleistungen Dritter, Betriebs- und Verbrauchsmaterial, das heisst der gebührenfinanzierte Bereich ist darin enthalten ebenso der refinanzierte Bereich. Kürzungen in diesen Bereichen wirken sich nicht auf die laufende Rechnung aus. Wenn man den refinanzierten und den gebührenfinanzieren Bereich abzieht, verbleiben unter den angegebenen drei Kontengruppen noch 65,4 %. Wenn man die Kürzung genau ausrechnet, wird ersichtlich, dass 9,5 Millionen in diesen drei Kontenarten Kürzungen von 17,6 % entsprechen und nicht 0,6631 %. Die Stadträtin erklärt die Rechnung anhand einer Tabelle. In diesen 17,6 % sind auch Leistungen enthalten, die zwingend erbracht werden müssen. Es betrifft nicht nur den freiwilligen Aufwand. Vielleicht macht es das ein wenig nachvollziehbarer, warum letztlich die Schulreisen von den Kürzungen betroffen sein werden und dass es sich dabei um keine Schutzbehauptung handelt. Der Stadtrat will dem Gemeinderat keine Angst machen, sondern die Realität aufzeigen. Die grössten Kosten in der Produktegruppe Steuerbezug betreffen Porti und die Informatik, das heisst die Ablösung der Software, weil die alte Software nicht mehr gewartet wird und die Betriebsgebühren. Bei einer Kürzung muss sich die Stadtverwaltung entscheiden, ob keine Steuerrechnungen mehr verschickt werden sollen, ob die Steuererklärungen nicht mehr verarbeitet werden sollen oder ob keine Betreibungen mehr eingeleitet werden sollen.

M. Zeugin (GLP/PP), persönliche Erklärung: Die Tabelle ist insofern nicht perfekt, als dass die Informatik nicht einbezogen worden ist. Die GLP ist der Meinung, dass die Informatikprojekte priorisiert werden müssen. Das ist leider in dieser Rechnung nicht enthalten. Es ist leider symptomatisch, dass die Informatik nicht erwähnt wird.

Stadträtin Y. Beutler: Die 0,6631 % wurden vom Bruttoaufwand der Stadt errechnet.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 70'200. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit wurde um 70'200 Franken von 2'674'449 Franken auf 2'604'249 Franken.

240000 Immobilien

Ch. Leupi (SVP): Die SVP stellt keinen Sparantrag. Es geht um ein strategisches Ziel. Die Anzahl der Restaurants soll von 8 auf 7 reduziert werden. In der Kommissionssitzung hat Ch. Leupi erfahren, dass der Frohsinn im Eidberg bereits so gut wie verkauft ist. Das ist ein Vorteil. Die SVP hat vorgeschlagen, dass das Restaurant Mörsburg verkauft werden soll. Im Weiteren soll aber kein Preisdruck aufgebaut werden. Die Wahl der Restaurants, die verkauft werden sollen, überlässt die SVP den professionellen Immobiliendienstleistungen. Dabei sollen vor allem Restaurants verkauft werden, die defizitär sind. Der Verkauf des Restaurants Sporrer hat gut funktioniert. Der Verkaufserlös soll nicht geschmälert oder der Preis in die Höhe getrieben werden, indem ein Restaurant genannt wird, das die Stadt verkaufen will. Der Antrag wurde in der Kommission mit 7 zu 4 Stimmen angenommen.

M. Wenger (FDP) stellt folgenden Antrag: Reduktion des Globalkredits um CHF 30'000, mit dem Ziel die zusätzliche Stelle im Facility Management nicht zu besetzen. Aus dem Zusammensetzung von 800 Mitarbeitenden und 24 Standorten im Superblock muss ein Effizienzgewinn resultieren und keine Mehrkosten. Einen Facility Manager braucht es für den Superblock. Wenn aber gleichzeitig an 24 Orten die Aufgaben wegfallen, darf das nicht zu einem Stellenwachstum führen. M. Wenger bittet um Unterstützung für diesen Antrag.

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP hält an ihrem Antrag fest: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 190'000. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Die Informatik ist leider in der Auflistung von Stadträtin Y. Beutler untergegangen. In diesem Bereich sind die Kosten sehr stark gewachsen. Die Projekte müssen viel besser priorisiert werden. Der Effizienzgewinn, der angeblich erreicht werden soll, muss tatsächlich vorhanden sein.

S. Näf (SP): Es wird nicht bestritten, dass die Stelle eines Facility Managers für den Superblock nötig ist. Es ist klar, dass ein so grosses Bürogebäude professionell gemanagt werden muss. Diese Stelle wird sinnvollerweise bereits im Herbst 2014 besetzt, damit die zuständige Person bei der Planung und beim Umzug bereits dabei ist. Es ist klar, dass die Einsparungen im Zusammenhang mit Fokus nicht bereits im Herbst 2014 realisiert werden können, sondern erst im Verlauf des Jahres 2015, nämlich dann, wenn die Verwaltung tatsächlich umzieht. Von daher ist klar, dass für einige Monate Mehrausgaben zwingend gegeben sind. Die SP ist gegen die Streichung dieser Stelle. In Bezug auf die pauschale Kürzung fordert die SP die GLP auf, zu sagen, wo konkret gespart werden soll. Sollen die notwendigen Erneuerungen an Mietwohnungen reduziert werden? Diese Ausgaben muss aber jeder Vermieter übernehmen. Die Kosten für Versicherungen können ebenfalls nicht eingespart werden. Die SP lehnt den pauschalen Kürzungsantrag ab.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Wann die Hauswartung abgebaut werden soll, ist nicht klar. Das kann aber sicher nicht bereits zu Beginn des Umzugs sein. Es wird auch im Superblock eine ganze Anzahl Hausabwarte brauchen. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt diesen Antrag ab. Zum Antrag der GLP ist zu erwähnen, dass ein grosser Teil der Kosten die Versicherungen und die Reinigung betreffen. Bei den Versicherungen besteht kein Spielraum und bei der Reinigung würde das heissen, dass die Stadt mehr Leute anstellt anstatt die Aufträge extern zu vergeben. Das ist aber in der Regel nicht die Idee der GLP. Betreffend Verkauf der Restaurants ist festzuhalten, dass das Schloss Wülflingen das höchste Defizit aufweist. Wenn man das verkauft, muss eine Abschreibung in Kauf genommen werden, die sicher zu einer Erhöhung des Steuerfusses führen würde. Man muss sich überlegen, welche Auflagen die Stadt potentiellen Käufern machen soll. Ist es ein Ziel, dass weiterhin gewartet wird? Zum jetzigen Zeitpunkt ist vieles unklar. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt diesen Antrag ab.

S Stierli (SP): Die SP lehnt den Antrag betreffend Restaurant ab. S. Stierli ist erstaunt. Die SVP hat immer wieder erklärt, dass sie heute sagen werde, welches Restaurant der Stadtrat verkaufen muss. Das wurde aber nicht gesagt. Es ist offensichtlich, die bürgerlichen Parteien wollen nicht sagen, wo der Stadtrat sparen soll – bei den pauschalen Anträgen nicht und jetzt bei den Restaurants ebenfalls nicht. Alles wird an den Stadtrat abgeschoben. In der Kommission wurden die Zahlen der Restaurants genau geprüft. Somit könnte man heute entscheiden, welches Restaurant geschlossen werden soll. Die SP ist im Moment gegen eine weitere Reduktion, weil es nicht anständig ist, über einen Budgetentscheid schnell ein Restaurant zu killen. Das ist nicht seriös. Ein Verkauf müsste sorgfältig vorbereitet werden – nicht über das Budget.

N. Albl (SVP): Die SVP hält am Antrag fest, die Anzahl Restaurants auf 7 zu reduzieren. Es kann nicht das Kerngeschäft einer Stadt sein, ein Restaurant zu betreiben. Es kann nicht sein, dass die Stadt jedes Jahr Defizite in der Höhe von mehreren 100'000 Franken übernimmt. Es wurden Namen genannt. Die SVP hat bereits in der Vergangenheit konkret ein

Restaurant genannt. Die Mörsburg wurde ebenfalls genannt. Man könnte auch das Restaurant Bruderhaus verkaufen. Auf diesen Vorschlag hin wurde erklärt, dass im Zusammenhang mit dem Wildpark ein Verkauf nicht möglich sei. Man könnte das Bistro im Rathaus verkaufen. Es gibt Möglichkeiten einen Verkauf zu tätigen. All die Restaurants, die die Stadt in den letzten Jahren verkauft hat, erwirtschaften heute Gewinn. N. Albl hält fest, die Stadt muss die Liegenschaften behalten, deren Lage strategisch wichtig ist. Dass das Schloss Wülflingen nicht verkauft werden kann, ist klar. Die Stadt hat zu viel investiert. Die SVP war damals mit diesem Vorgehen nicht einverstanden.

D. Oswald (SVP) will den Zuschauern das Budgetbuch zeigen. Er will aufzeigen über was der Gemeinderat abstimmt. Es ist höchst bedenklich, dass verschiedene Leute eine Desinformationspolitik betreiben. D. Oswald zeigt den Beschlussteil des Voranschlags 2014. Darin werden über zwei Seiten verschiedene Zahlen aufgeführt aber keine Kosten. Einzig im Saldo sind die Nettokosten aufgeführt. Es wurde erklärt, dass eine Stadt sich von einem privaten Unternehmen unterscheidet. Man müsse nicht auf den Profit schauen. Der Gemeinderat kann aber einzig über den Saldo abstimmen, das heisst über den Profit einer Produktgruppe. Dieser kann grösser oder kleiner gemacht werden. Ein Zweck der Wirkungsorientierten Verwaltung ist, dass der Gemeinderat nicht mehr an den einzelnen Konten schraubt, sondern den Saldo verändert. Der Stadtrat kann entscheiden, wo er sparen will. Leider lässt diese Regelung das Spiel zu, dass der Stadtrat Einsparungen tätigen kann, die alle Leute wütend machen, anstatt dort zu sparen, wo die Kostensteigerungen angefallen sind. Das ist höchst bedenklich.

Es wäre nicht sinnvoll, wenn die SVP heute ein Restaurant nennen würde, das verkauft werden soll. Dann muss genau das Restaurant auch verkauft werden, damit könnte der Preis gedrückt werden. Die Stadt verfügt über eine professionelle Immobilienverwaltung. Die wissen, welches Restaurant allenfalls zu einem guten Preis verkauft werden kann. Deshalb wäre es falsch, wenn der Gemeinderat heute ein Restaurant festlegen würde. Zudem kann der Gemeinderat nur über den Saldo der Produktgruppe abstimmen. Das zieht sich durch das ganze Budget hindurch.

N. Gugger (EVP): Die Restaurants erhitzen die Gemüter. Die Mörsburg wurde genannt. Neben dem Frohsinn ist nur noch der Verkauf eines Restaurants offen, das heisst es gibt nur ein Restaurant über das diskutiert werden kann. Das ist ein Restaurant, das gewinnbringend arbeitet. Ein Verkauf wird die Gemüter ebenfalls heiss laufen lassen. Es handelt sich um das Rössli in Seen, das verkauft werden könnte. Damit würde Geld in die Stadtkasse gespült. Die EVP-Fraktion wird den Antrag der SVP unterstützen. Das Rössli war im Gemeinderat bereits früher ein Politikum. Eine Volksabstimmung hat den Verkauf verhindert. Niemand darf darüber jammern, wenn das Rössli gewinnbringend verkauft wird. Das Schloss Wülflingen kann die Stadt überhaupt nicht verkaufen, auch wenn das gewünscht wird. Es ist verbrieft, dass es sich um eine Schenkung an die Stadt handelt. Die Stadt muss sich mit diesem Klumpfuss abfinden. Im Besitz der Stadt befinden sich zwei Restaurants, die keinen Gewinn einbringen. Der Verkauf würde ein Restaurant treffen, das Gewinn bringt. Daran wird die Mehrheit keine Freude haben, wenn es das Rössli treffen sollte, müsste man das schlucken.

R. Diener (Grüne/AL): Die SVP und die GLP sind ein gutes Team. Die beiden Parteien sind aber extrem inkonsequent. Die SVP stellt den Antrag ein Restaurant zu verkaufen, ohne eine Reduktion des Globalkredits zu beantragen. Die bürgerliche Seite will sparen, also müsste sie auch sagen wie viel gespart werden soll. Der Gemeinderat hat die Aufgabe, wenn er die Parameter verändert, die entsprechenden Anpassungen vorzunehmen. Die GLP stellt pauschale Sparanträge ohne klaren Auftrag. Von niemandem war zu hören, was genau gespart werden soll. Die Stadt besitzt einige Restaurants deren Verkauf möglich wäre. Welches soll verkauft werden? Das Restaurant Schlosshalde würde R. Diener nicht verkaufen wollen. Es handelt sich um ein wertvolles Projekt. Schwächere Mitglieder der Gesellschaft werden in den Arbeitsprozess integriert. Wenn man das Restaurant verkauft, sind diese Leute wieder von der Sozialhilfe abhängig.

J. Altwegg (Grüne/AL): Es ist relevant, was die Wirkungsorientierte Verwaltungsführung für die Parlamentarier bedeutet. Es ist korrekt, dass der Verwaltung mit dem Globalkredit Geld in die Finger gegeben wird. Für dieses Geld will der Gemeinderat eine Leistung. Das hat D. Oswald salopp übergangen. Der Gemeinderat kann entscheiden, was er für dieses Geld will. Daran kann das Parlament schrauben. Es kann der Verwaltung Gelder streichen und entsprechend die Leistungen senken. Der Gemeinderat muss sagen, wo er das will. Er kann nicht einfach den Globalkredit kürzen. Das Parlament hat die Aufgabe genau zu sagen was es will – beispielsweise wie sauber die Stadt sein soll und wie viel das kosten darf. Es ist nicht so, dass das Parlament machtlos ist. Dank diesem System muss der Gemeinderat nicht mehr darüber abstimmen wie viele Bleistifte und Radiergummis die Verwaltung einkaufen soll, sondern kann auf einer Flughöhe, die einem Gremium von 60 Personen angemessen ist, entscheiden. Das ist wichtig zu wissen. Es handelt sich um ein gutes und angemessenes System, das von den Milizparlamentariern bewältigt werden kann.

Z. Dähler (EDU) wird dem Antrag der FDP, Kürzung des Globalkredits mit dem Ziel die Facility Management Stelle nicht zu besetzen, zustimmen. Er wird wie bisher dem Antrag der GLP, Kürzung des Globalkredits um 0,6631 %, nicht zustimmen. Dem Antrag der SVP in Bezug auf die Restaurants wird Z. Dähler nicht zustimmen. Die EDU war aus Prinzip gegen den Verkauf der Zeughauswiese. Sie will nicht, dass die Stadt Winterthur ihre Immobilien veräussert. Aus diesem Grund wird Z. Dähler dem Antrag nicht zustimmen.

Stadträtin Y. Beutler: Es ist tatsächlich keine Kernaufgabe der Stadt Restaurants zu betreiben. Warum soll aber die Stadt etwas nicht machen, wenn es Geld in die Kassen spült. Es macht keinen Sinn rentable Restaurants zu verkaufen. Die Restaurants der Stadt sind rentabel. Zwei sind das allerdings nicht – das Restaurant Goldenberg und das Schloss Wülflingen. Sie sind deshalb nicht rentabel, weil die Stadt dort überbewertetes Grundeigentum besitzt, das abgeschrieben werden muss. Wenn die Stadt diese Restaurants verkaufen würde, dann müssten Abschreibungen in Millionenhöhe in Kauf genommen werden. Das würde sich direkt auf die laufende Rechnung auswirken. Das macht keinen Sinn. Wenn die Zielvorgaben reduziert werden und ein zusätzliches Restaurant verkauft werden muss, dann wird es das Rössli Seen treffen. Die anderen Restaurants befinden sich in einem Kontext, der ein Verkauf nur schwer möglich macht, zum Beispiel das Restaurant Obergass, zu dem noch weitere Liegenschaften gehören. Dass es keinen Sinn macht das Rathauscafé zu verkaufen, ist offensichtlich. Der Pächter des Rössli steht rund 3 Jahre vor der Pensionierung. Wenn jemand das Restaurant kauft, will er gewöhnlich selber wirteln. Der Stadtrat wird sich um eine saubere Lösung bemühen. Der Frohsinn im Eidberg wird verkauft. Im Moment wird im Eidberg eine Genossenschaft gegründet, damit das Restaurant gekauft und sichergestellt werden kann, dass der Treffpunkt erhalten bleibt. Der Stadtrat hat beschlossen der Bevölkerung genügend Zeit zu lassen, damit sie sich organisieren kann. Die Mörsburg soll im Auftrag der AK ebenfalls verkauft werden. Die Stadt hat ein Integrationsprojekt lanciert. Das Restaurant ist tatsächlich noch nicht in der Gewinnzone. Man kann jetzt das Restaurant verkaufen, dann stirbt dieses Projekt. Wenn das der Wille und Auftrag des Gemeinderates ist, wird der Stadtrat diesen Auftrag umsetzen. Wenn das Rössli Seen verkauft werden sollte, wäre Stadträtin Y. Beutler froh, wenn die SVP den Kollegen aus Seen, der im Kantonsrat sitzt, davon abhalten würde, eine Petition einzureichen. Daran ist der Verkauf des Restaurants letztlich gescheitert. Die Stadträtin wäre froh, wenn E. Wettstein eine allfällige Petition nicht unterstützen würde. Es ist aber richtig, dass das Restaurant Rössli Gewinn macht. Der Ertrag müsste im Budget entsprechend reduziert werden.

Was das Facility Management anbelangt, ist klar, dass die Hauswarte der Liegenschaften, die frei werden, nicht weiterhin beschäftigt werden. Im Superblock arbeiten aber 800 Mitarbeitende, die von 24 Standorten zusammenkommen. Das braucht eine riesen Organisation im Vorfeld. Das betrifft die Haustechnik, den Empfang, die Telefonie und den Kurierdienst etc. All das muss vorab organisiert werden, damit alles funktioniert, wenn die Leute einziehen. Dem Stadtrat ist klar, dass die Stellen an den verschiedenen Standorten abgebaut und nicht mehr ersetzt werden. Es wurden bereits befristete Verträge abgeschlossen. Die Stelle im Facility Management wird aber bereits vor dem Einzug in den Superblock benötigt. Sie kann aber nicht vor dem Auszug aus den verschiedenen Liegenschaften kompensiert wer-

den. Stadträtin Y. Beutler bittet die Ratsmitglieder von dieser Kürzung abzusehen. Sie ist darauf angewiesen, dass jemand dafür sorgen kann, dass der Superblock so organisiert ist, dass die Leute auch einziehen können und alles funktioniert. Wenn etwas nicht funktioniert, geht sehr viel Arbeitszeit verloren. Die pauschale Kürzung von 0,6631 %, 190'000 Franken betrifft vor allem die Reinigung und die Versicherungen. Zudem ist in diesen Konten alles enthalten, was ersetzt oder repariert werden muss – zum Beispiel in den städtischen Liegenschaften. Diese Reparaturen müssen ausgeführt werden. Der Stadtratskredit kann dort nicht eingesetzt werden, wo die Stadt hoheitliche Aufgaben wahrnimmt oder dringende Reparaturen gemacht werden müssen. Der Stadtrat wird die Ausgaben gebunden erklären oder einen Antragskredit stellen. Die Schulreisen könnten über den Stadtratskredit finanziert werden. Dann müsste der Kredit aber noch mehr erhöht werden. Staatliche Aufgaben, die erfüllt werden müssen, können nicht über den Stadtratskredit finanziert werden, sie werden sich direkt auf die Rechnung des nächsten Jahres auswirken. Die Informatikdienstleistungen für die Produktegruppe Immobilien bestehen im Grundsatz darin, dass dafür gesorgt wird, dass die Computer funktionieren und die Immobilienbewirtschaftung möglich ist. Es sind keine ungewöhnlichen Projekte geplant.

M. Zeugin (GLP/PP), persönliche Erklärung: In der Debatte zum Budget 2012 wurde in der Produktegruppe Stadtentwicklung die Schaffung von 1,1 Stelle vom Gemeinderat explizit abgelehnt. Mit der Rechnung 2012 musste der Gemeinderat feststellen, dass der Stadtrat trotz des Entscheids des Gemeinderates diese Stelle geschaffen hat. Er hat die Kürzung, mit der der Gemeinderat bewirken wollte, dass sich der Aufwand in dieser Produktegruppe in Massen entwickeln sollte, nicht umgesetzt. Der Stadtrat hat nicht nur die Stellen trotzdem geschaffen, sondern den Gesamtaufwand auf 277'000 Franken erhöht. Die Ironie dieser Geschichte ist, dass der Stadtrat mit einer «effort 14+» Massnahme diese Stelle für das nächste Jahr wieder gestrichen hat. Zudem hat es auch damals geheissen, dass die Kürzungen nicht möglich sind. Der Stadtrat hat sich über den Entscheid des Grossen Gemeinderates relativ grosszügig hinweggesetzt. Das sollte man im Hinterkopf behalten, wenn man jetzt erklärt, was möglich ist und was nicht. Der Gemeinderat gibt zwar Vorgaben, er kann den Nettokredit beeinflussen, aber der Stadtrat entscheidet in Winterthur relativ eigenmächtig im Lauf des Jahres, was er für richtig empfindet und was nicht.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der FDP abstimmen: Reduktion des Globalkredits um CHF 30'000, mit dem Ziel die Facility Management Stelle nicht zu besetzen.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 190'000. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über folgenden Kommissionsantrag abstimmen: Zielvorgaben / Messgrössen, Liegenschaften Finanzvermögen, Anzahl Betriebe: Reduktion des Indikators von 8 Restaurantbetriebe auf 7.

Der Rat nimmt den Antrag mit 30 zu 28 Stimmen an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Ertrag wurde um 220'000 Franken erhöht und beläuft sich neu auf 8'368'857 Franken.

236000 Städtische Allgemeinkosten/Erlöse

B. Konyo (SP): Folgender Antrag der FDP wurde in der Kommission mit 7 zu 4 Stimmen angenommen: Entnahme CHF 1.4 Mio. aus der Städtische Betriebsreserve der Produktgruppe Betrieb Parkplätze und Parkhäuser.

Folgender Antrag der FDP wurde in der Kommission mit 6 zu 5 Stimmen angenommen: Reduktion der Rückstellung für noch nicht bezogene Dienstaltersgeschenke, Ferien und noch nicht kompensierte Überstunden beziehungsweise Mehrstunden um 4 Millionen.

Folgender Antrag der GLP wurde in der Kommission mit 6 zu 5 Stimmen angenommen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 674'100.

A. Steiner (GLP/PP): Im Drehbuch ist der Antrag der GLP enthalten das Budget um 2,8 Millionen zu kürzen und 20 Stellen nicht zu besetzen. Diesen Antrag zieht die GLP zurück.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion müsste traditionsgemäss zum Antrag der FDP, 1,4 Millionen aus der Städtischen Betriebsreserve der Produktgruppe Betrieb Parkplätze und Parkhäuser zu entnehmen, Ja sagen. Bei genauer Betrachtung stellt man aber fest, dass es nicht um Parkplätze geht, sondern um Geld, das für den Unterhalt der Parkplätze und Parkhäuser reserviert wäre. Wie viel Geld für diesen Unterhalt benötigt wird, weiss niemand. Das ist allgemein bekannt und deshalb ist auch allgemein bekannt, dass das ein Selbstbedienungstopf ist, aus dem man Geld entnehmen kann, wenn man das Gefühl hat, man könne es brauchen. Es ist auch bekannt, dass dieses Vorgehen nicht nachhaltig ist. Die FDP will einen Zehntel der vom Stadtrat beantragten Steuerfusserhöhung aus diesem Topf nehmen. Über diesen Antrag hätte man mit der Grüne/AL-Fraktion verhandeln können. Wenn die FDP bei der Steuerfusserhöhung etwas entgegengekommen wären, hätte auch die Fraktion Grüne/AL entgegengekommen können. Das wäre eine Möglichkeit gewesen. Da die FDP auf diese Hilfe verzichtet hat, verzichtet die Grüne/AL-Fraktion darauf, diesen Antrag zu unterstützen.

Zum Antrag betreffend Dienstaltersgeschenke, nicht bezogene Ferien und nicht bezogene Überzeit gilt es folgendes zu berücksichtigen: Grundsätzlich können die Mitarbeitenden maximal die Hälfte des Ferienanspruchs eines Jahres auf das neue Jahr übernehmen. Im Weiter kann eine Überzeit von 84 Stunden auf das neue Jahr übernommen werden und die Treueprämie kann bis 4 Jahre nach der Fälligkeit bezogen werden. Das steht im Personalstatut in den Paragraphen 29, 37 und 65. Im Schnitt verbleibt ein Rest von ca. 5 Tagen. Das liegt im reglements-konformen Bereich. Aus diesem Grund bezweifelt Ch. Griesser, dass hier Kosten eingespart werden können. Wenn man etwas ändern will, muss der Gemeinderat nicht das Budget ändern, sondern das Reglement. Ein Blick auf die Situation der Angestellten zeigt, dass sie ab dem 1. Januar 2014 1 % weniger verdienen aufgrund der Sanierung der Pensionskasse. Der Umzug in den Superblock steht bevor. Viele Leute verlieren ihr Einzelbüro. Es muss ein Mehraufwand bewältigt werden. Das heisst, die Leute sind nicht unbedingt zufrieden. Es hat sich einiges an Frust angestaut. Ch. Griesser sieht nicht ein, warum mit einer nicht ganz reglements-konformen Auslegung, die Rückstellungen reduziert werden sollen. Wenn man das umsetzt, werden einige Mitarbeitende sich bei der Ombudsfrau melden und sie werden Recht bekommen. Dieses Vorgehen ist ungeschickt und unnötig.

Ch. Griesser fragt sich, ob dieses Vorgehen nicht Mehrkosten verursacht, weil möglicherweise diverse Mitarbeitende sich die Hälfte des Dienstaltersgeschenks als Lohn auszahlen lassen und nicht als Ferien beziehen. Ch. Griesser ist der Meinung, dass dazu ein Vorstoss nötig ist, der beinhaltet, dass in den nächsten Jahren nur noch in Härtefällen Dienstaltersgeschenke in Form vom Lohn bezogen werden können. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt den Antrag ab.

B. Konyo (SP): Kann die FDP sagen, wer von den betroffenen Mitarbeitenden auf die bereits geleisteten und allenfalls auch angeordneten Überzeitsaldi verzichten soll? Wer soll auf Ferien und Dienstaltersgeschenke verzichten? Dieser Antrag ist für die betroffenen Mitarbeitenden sehr unfair und rechtswidrig.

D. Berger (Grüne/AL) wird den Antrag der FDP unterstützen 1.4 Millionen aus der Städtischen Betriebsreserve der Produktegruppe Betrieb Parkplätze und Parkhäuser zu entnehmen. Es macht keinen Sinn, dass eine Produktegruppe über Jahre Geld hortet. Man weiss wie viel Geld nötig ist, darüber wurde in der Kommission informiert, es handelt sich um das Dreifache des Jahresgewinns, sprich ca. 4,5 Millionen. Jetzt sind 11 Millionen in den Betriebsreserven. Wenn etwas Geld abwirft, soll dieses Geld verwendet werden können. Die Stadt befindet sich in einer schwierigen Situation. Es handelt sich zwar um den viel zitierten Griff in den Giftschrank, aber die Menge macht das Gift. Dieses Vorgehen kann aber nicht beliebig wiederholt werden. Aber in diesem Fall, wenn so viel Geld vorhanden ist, macht es keinen Sinn, das Geld in den Reserven liegen zu lassen. Man hätte bereits früher dieses Geld, statt in die Betriebsreserven, in die laufende Rechnung fliessen lassen müssen.

N. Gugger (EVP): Die EVP-Fraktion hätte dem Antrag 1.4 Millionen aus der Städtischen Betriebsreserve der Produktegruppe Betrieb Parkplätze und Parkhäuser zu entnehmen, eigentlich zustimmen können. Es handelt sich aber um eine Aushöhlung des Systems. Dementsprechend muss sich die Fraktion sagen, so geht es nicht. Heute Abend wird sie diesem Antrag nicht zustimmen. Die EVP wird einen Antrag unterbreiten. Die Grüne/AL-Fraktion hätte sich sicherlich zu einem Kompromiss in Bezug auf die Steuerfusshöhung bereit erklärt. Es ist zu hoffen, dass auch die SVP einem Mittelweg zustimmen kann. In diesem Sinn will die EVP diese Aushöhlung nicht unterstützen und die Entnahme von CHF 1.4 Mio. aus der Städtischen Betriebsreserve der PG Betrieb Parkplätze und Parkhäuser ablehnen.

F. Helg (FDP): In seiner Funktion als Präsident der Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) wird er sich zur Entnahme von 1,4 Millionen aus der Städtischen Betriebsreserve der PG Betrieb Parkplätze und Parkhäuser äussern. Dieser Antrag wurde in der SSK vorbereitet und mit 7 zu 1 Stimmen angenommen. Die Betriebsreserven betragen zurzeit 10 Millionen. Dann kommt noch das Ergebnis der laufenden Rechnung hinzu, das sind ca. 1,5 Millionen. Das ergibt 11,5 Millionen. Seitens der Verwaltung wurde in der Kommission erklärt, dass rund zwei Jahresumsätze in den Reserven genügen würden. Das wären ca. 5 Millionen. Der Stadtrat hat bereits eine Entnahme von 1,6 Millionen, zum Teil als «effort 14+» Massnahme, vorgesehen. Die SSK hat befunden, dass sich eine Entnahme von total 3 Millionen rechtfertigen lässt, als Notmassnahme in diesem besonderen Budgetjahr. Das ergibt die Differenz und den heutigen Antrag von einer zusätzlichen Abschöpfung von 1,4 Millionen. Das wird alles korrekt im Protokoll nachzulesen sein, falls es Unsicherheiten geben sollte. Als FDP Vertreter hat F. Helg noch eine Bemerkung: Die FDP hat 2013 ein Budgetpostulat eingereicht: Transparenz bei befristeten Stellen in der Stadtverwaltung, Geschäft 2013/013. Der Stadtrat hat den Willen bekundet, diesem Anliegen Rechnung zu tragen und die befristeten Stellen auszuweisen. Das ist auch geschehen. In der Weisung sind die Stellen in einer Tabelle aufgeführt. Was jetzt aber erstaunt ist, dass es insgesamt über die gesamte Stadtverwaltung nur gerade 3,5 befristete Stellen geben soll, bei einem totalen Etat von 3200 Stellen. Das ergibt etwa eine befristete Stelle pro 1000 Stellen. F. Helg fragt sich, wie der Begriff „befristet“ vom Stadtrat ausgelegt wird. Es gibt sicher eine Vielzahl von temporären Aushilfsstellen, die nicht transparent werden und deshalb der Steuerung durch den Gemeinderat entzogen sind. Hier besteht weiterhin Handlungsbedarf. F. Helg wird bei Gelegenheit darauf zurückkommen.

M. Wenger (FDP): Der Antrag der FDP, Entnahme von 1,4 Millionen aus den Reserven der Produktegruppe Betrieb Parkplätze und Parkhäuser, bereits vorgestellt. Die SSK hat mit 7 zu 1 Stimmen zugestimmt, die AK mit 7 zu 4 Stimmen. Das sind klare Aussagen. Reduktion der Rückstellung für noch nicht bezogene Dienstaltesgeschenke, Ferien und noch nicht kompensierte Überstunden beziehungsweise Mehrstunden um 4 Millionen: Es sind Überzeiten, Ferienguthaben etc. im Wert von 11 Millionen aufgelaufen. Es ist nicht so, dass auf diese Guthaben verzichtet werden muss. Die Ferienguthaben sollen abgebaut werden. Die Kaderleute sollen mit den Mitarbeitenden einen guten Weg suchen. Härtefälle wird es nicht viele geben.

S. Stierli (SP): Die SP-Fraktion lehnt die drei Anträge ab. Entnahme von 1,4 Millionen aus den Städtischen Betriebsreserven: Die SSK will die Parkhausreserven auflösen und damit neue Polizeistellen finanzieren. Das findet die SP seltsam. Zudem entspricht es nicht einer nachhaltigen Finanzpolitik, wenn wiederkehrende Kosten für ein Jahr über die Reserven gedeckt werden. Das Loch wird dann einfach im folgenden Jahr zutage treten. Der Antrag der GLP, den Globalkredit pauschal um 0,6631 % zu kürzen, lehnt die SP ab. Wahrscheinlich müsste man den gekürzten Betrag mit dem Stadtratskredit decken. Die GLP hat sich nicht dazu geäußert. S. Stierli weiss auch nicht wie diese 0,6631 % ausgerechnet wurden. Offenbar nicht vom Betrag, der im Novemberbrief steht, weil dort der Aufwand gesunken ist, was eine Differenz von 28'000 Franken ausmacht. Aber über so kleine Beträge wird heute gar nicht mehr gesprochen und sie müssen offenbar nicht mehr begründet werden. Der Antrag der FDP, die Reduktion der Rückstellung für noch nicht bezogene Dienstaltersgeschenke, Ferien und noch nicht kompensierte Überstunden beziehungsweise Mehrstunden um 4 Millionen, empfindet die SP als eine Geringschätzung gegenüber dem städtischen Personal. Die Überzeiten mussten die Leute auch aufgrund des Sparprogramms «effort 14+» anhäufen. Es wurden Mehrarbeiten geleistet, auch in Bezug auf die heutige Budgetsituation. Dass man jetzt das Personal drückt, um diese Überzeiten abzubauen, ist unschön, geringschätzig und verachtend gegenüber dem Personal. Dass dieses Vorgehen wahrscheinlich auch rechtlich nicht zulässig ist, hat Ch. Griesser bereits erwähnt. Die Finanzkontrolle nimmt immer wieder eine Überprüfung vor. Es ist nicht nötig auf diese Arte und Weise mit dem Personal umzuspringen. Da es sich um einen fundamentalen Angriff auf das Personal handelt, der allenfalls zu Rechtsstreitigkeiten führen kann, beantragt die SP, dass über diesen Antrag per Namensaufruf abgestimmt wird.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Aussage von N. Gugger, dass die Grüne/AL-Fraktion zu einem Kompromiss in Bezug auf die Steuerfusserhöhung bereit wäre, ist nicht ganz richtig. Ch. Griesser hat lediglich gesagt, dass der Betrag, der aus der Reserve entnommen wird, ein halbes Prozent Steuerfusserhöhung ausmacht. Wenn man bereit gewesen wäre zu diskutieren, wäre vielleicht ein Kompromiss möglich gewesen. Wenn die FDP eine Steuerfusserhöhung nicht komplett abgelehnt hätte, wäre man sicher ins Gespräch gekommen. Wenn das Reglement korrekt angewendet wird, wird es keine Probleme geben. Die Frage ist, ob bei einer korrekten Anwendung des Personalreglements betreffend Überstunden und Dienstaltersgeschenken wirklich 4 Millionen eingespart werden können. Das ist zu bezweifeln.

N. Gugger (EVP): Als Weggefährte in der AK und Banknachbar hat N. Gugger immer gehofft, dass sich die linke und die rechte Ratsseite heute Abend zusammenraufen kann und keine unsäglichen Geschichten passieren, von denen Menschen betroffen werden. Am letzten Montag haben alle im Rat erklärt, dass keine Lohnreduktionen geplant sind. Die Hälfte der Ratsmitglieder hat für einmal auf das Sitzungsgeld verzichtet. Jetzt geht es um eine Reduktion von 4 Millionen, von der Menschen betroffen sind. Es geht um Dienstaltersgeschenke aber auch um Kündigungsfristen. Zugleich sind die Fronten verhärtet. Alle müssen ihr Gesicht wahren. Bereits im letzten Sommer haben die einen erklärt, dass sie einer Erhöhung des Steuerfusses nicht zustimmen werden. Die anderen haben angekündigt, dass sie den Steuerfuss um 5 % erhöhen wollen. Heute werden die Ratsmitglieder voraussichtlich noch 5 bis 6 Stunden im Rat sitzen. N. Gugger weist darauf hin, dass die Budgetdebatte verkürzt werden könnte, wenn ein Mittelweg gesucht würde und nicht hier 4 Millionen und dort 1,4 Millionen gestrichen werden. Es wäre gut, wenn man sich über den Steuerfuss unterhalten könnte.

D. Oswald (SVP): In der aller grössten Not ist der Mittelweg der Tod.

R. Harlacher (CVP): Es wurde erwähnt, dass keine Parallelen zur Privatwirtschaft gezogen werden können. Das Beispiel zeigt sehr gut, dass Parallelen vorhanden sind. Eine Massnahme, wie sie in Bezug auf die Überstunden und Dienstaltersgeschenke vorgeschlagen wird, ist in der Privatwirtschaft Gang und Gäbe. Überstunden und Feriensaldi müssen kompensiert und dürfen nicht angehäuft werden. Ein Angestellter in der städtischen Verwaltung

sollte nicht anders gestellt sein als jemand in der Privatwirtschaft. Dieser Antrag ist durchaus verträglich. Letztendlich ist es eine Führungsaufgabe. Die städtischen Führungskräfte müssen ihre Aufgaben wahrnehmen und ihre Mitarbeiter so managen, dass keine Überstunden und Feriensaldi entstehen, für die Millionenbeträge zurückgestellt werden müssen. Diese Massnahme ist völlig verträglich und belastet das Personal nicht stark. R. Harlacher bittet die Ratsmitglieder, den Antrag zu unterstützen.

D. Berger (Grüne/AL): Die Aussage, dass mit der Entnahme von 1,4 Millionen aus den Städtischen Reserven die Polizeistellen finanziert werden sollen, gilt nicht für D. Berger. Er will damit die Erhöhung finanzieren, die er beantragen wird.

Stadträtin Y. Beutler: Wenn in einem privatrechtlichen Arbeitsvertrag keine Angaben betreffend Überzeiten oder Feriensaldi gemacht werden, stellt sich tatsächlich die Frage, wie das geregelt werden soll. Für die Stadt gilt aber das Personalstatut, das vom Gemeinderat verabschiedet worden ist. In diesem Personalstatut werden die Ansprüche der Mitarbeitenden geregelt. Eine Kürzung von 4 Millionen kann nicht durchgesetzt werden, weil das widerrechtlich ist und gegen das Personalstatut verstösst. Zudem stellt sich das Problem der Rechnungsgrundlage. Die Saldi von Ende Jahr sind nicht bekannt. Es wird eine Kürzung im Umfang von 4 Millionen beantragt. Der Stadtrat weiss bereits jetzt, dass diese Reduktion nicht rechtens ist. Falls sich der Stadtrat dazu entschliessen sollte, am Ende der Budgetdebatte den einen oder anderen Antrag rechtlich überprüfen zu lassen, wird dieser Antrag sicher dazugehören.

Der Gemeinderat kann selbstverständlich Geld aus den Betriebsreserven nehmen. Es wurde bereits erwähnt, dass es sich um einen Einmaleffekt handelt. Stadträtin Y. Beutler kann sich gut erinnern, dass die Vertreterinnen und Vertreter aus der CVP, GLP, FDP und SVP im letzten Jahr gefordert haben, dass die Stadt Eigenkapital bilden muss. Mit diesem Antrag wird das Gegenteil gemacht. Die Kassen werden geplündert und damit Löcher gestopft. Entscheidend ist, dass ein Abfluss von Eigenmitteln gefordert wird. Diese Eigenmittel müssen durch Fremdkapital ersetzt werden und das kostet die Stadt Zinsen. Wenn der Gemeinderat den Anträgen 1,4 Millionen aus den Betriebsreserven zu entnehmen und die Rückstellung um 4 Millionen zu reduzieren, zustimmt, heisst das, dass die Stadt ab 2015 100'000 Franken mehr Zins bezahlen muss. Unter nachhaltiger Finanzpolitik stellt sich Stadträtin Y. Beutler etwas anderes vor. In den städtischen Allgemeinkosten sind keine Kosten enthalten, die stadintern nicht zugewiesen werden können. Das ist gemäss Gutachten ein klassischer, pauschaler Sparantrag und ist damit nicht zulässig. Mit diesen Anträgen stehen mindestens Einsparungen im Umfang von 4,6 Millionen auf wackligen Beinen. Das ist eine sehr hohe Summe, nämlich fast 2 Steuerprozent. Zusätzlich sollen noch 1,4 Millionen den Betriebsreserven entnommen werden, was letztlich zu höheren Zinskosten führen wird.

Stadtpräsident M. Künzle will die Aussage von Stadträtin Y. Beutler, was die Dienstaltersgeschenke anbelangt, unterstreichen. Man muss sich die absurde Situation vorstellen, dass Leute, die bereits 2012 in die Ferien geschickt wurden, anders dastehen, als diejenigen, die einen Teil des Guthabens ins nächste Jahr hinüber genommen haben. Diese Übernahme ist erlaubt, das steht so im Personalstatut, das der Grosse Gemeinderat beschlossen hat. Man kann die Situation nicht einfach mit der Privatwirtschaft vergleichen. Der Stadtpräsident gibt M. Wenger Recht, der Umgang mit den Überstunden ist eine Führungsaufgabe. Der Stadtrat hat bereits erklärt, dass die Situation genau geprüft werden muss. Die budgetierten Ansprüche können auch mit einer sehr guten Führung noch nicht ganz reduziert werden. Die Stadtverwaltung hat sich aber auf den Weg gemacht. Die Reduktion wird gelingen aber nicht im Jahr 2014.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag abstimmen: Entnahme CHF 1.4 Mio. aus der Städtische Betriebsreserve der PG Betrieb Parkplätze und Parkhäuser.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag auf Namensaufruf abstimmen. Wenn 20 Mitglieder des Gemeinderates den Antrag unterstützten ist der Antrag angenommen.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag abstimmen: Reduktion der Rückstellung für noch nicht bezogene Dienstaltersgeschenke, Ferien und noch nicht kompensierete Überstunden beziehungsweise Mehrstunden um 4 Millionen.

	Ja	Nein		Ja	Nein
B. Baltensberger (SP)		X	St. Feer (FDP)	X	
Ch. Baumann (SP)		X	F. Helg (FDP)	X	
Ch. Benz – Meier (SP)			U. Hofer (FDP)	X	
K. Bopp (SP)		X	Th. Leemann (FDP)	X	
B. Helbling-Wehrli (SP)		X	Ch. Magnusson (FDP)	X	
R. Kappeler (SP)		X	D. Schneider (FDP)	X	
R. Keller (SP)		X	M. Wenger (FDP)	X	
B. Konyo Schwerzmann (SP)		X	K. Cometta-Müller (GLP)	X	
F. Künzler (SP)		X	S. Gygax-Matter (GLP)	X	
F. Landolt (SP)		X	B. Meier (GLP)	X	
S. Madianos-Hämmerle (SP)		X	A. Steiner (GLP)	X	
U. Meier (SP)		X	M. Zehnder (GLP)	X	
S. Näf (SP)		X	M. Zeugin (GLP)	X	
S. Stierli (SP)		X	M. Wäckerlin (PP)	X	
Ch. Ulrich (SP)		X	J. Altwegg (Grüne)		X
E. Wettstein (SP)		X	R. Diener (Grüne)		X
N. Albl (SVP)	X		Ch. Griesser (Grüne)		X
G. Gisler-Burri (SVP)	X		A. Hofer (Grüne)		X
H. Keller (SVP)	X		D. Schraft (Grüne)		X
R. Keller (SVP)		X	D. Berger (AL)		X
Ch. Kern (SVP)	X		L. Banholzer (EVP)		X
W. Langhard (SVP)	X		N. Gugger (EVP)		X
Ch. Leupi (SVP)	X		B. Günthard Fitze (EVP)		X
J. Lisibach (SVP)	X		Ch. Ingold (EVP)		X
U. Obrist (SVP)	--	--	F. Albanese (CVP)	X	
D. Oswald (SVP)	X		M. Baumberger (CVP)	X	
P. Rütsche (SVP)	enthalten		K. Brand (CVP)	X	
W. Steiner (SVP)	X		R. Harlacher (CVP)	X	

	M. Thurnherr (SVP)	X			W. Schurter (CVP)	X	
	M. Stutz (SD)		X				
	Z. Dähler(EDU)		X				

Der Rat stimmt dem Antrag mit 29 zu 28 Stimmen zu mit einer Enthaltung.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 674'100. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektiven Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Erlös wurde um 6'074'100 Millionen auf 27'959'785 Franken erhöht.

280000 Steuern und Finanzausgleich

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Kürzungsantrag der GLP kann jetzt behandelt werden. Die beiden Anträge über den Steuerfuss werden verschoben.

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP hält am Antrag fest, weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienz.

S. Stierli (SP): Die SP-Fraktion lehnt diesen Antrag ab. Die Ratsmitglieder haben die detaillierte Aufstellung der Ausgaben erhalten. Daraus ist ersichtlich, dass diese Kürzung nicht umgesetzt werden kann. Es ist bemühend, wenn über Anträge abgestimmt werden muss, die sich nicht umsetzen lassen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion lehnt den Antrag ab.

B. Baltensberger (SP) bittet die GLP, die Anträge ausführlich zu begründen und den Betrag, der eingespart werden soll, zu erwähnen.

A. Steiner (GLP/PP): Es geht um einen Betrag von 38'500 Franken.

Stadträtin Y. Beutler: Die Ausgaben betreffen den Zins, der den Leuten bezahlt werden muss, die ihre Steuern zu früh einzahlen. Diese Zahlungen sind gesetzlich vorgegeben. Die Stadträtin weiss nicht wie dieser Betrag eingespart werden kann, es sei denn die Stadt verbietet es, die Steuern zu früh zu bezahlen. Damit würde die Stadt gegen die kantonale Gesetzgebung verstossen. Das ist ein klassischer Fall. Es wird zu einer Gebundenerklärung, respektive zu einem Nachtragskredit kommen. Wenn diese Kosten gestrichen werden, dann wird nichts eingespart. Es muss doch letztlich das Ziel sein, nicht einfach ein ausgewogenes Budget zu erreichen, sondern eine Rechnung, die aufgeht. Wenn man jetzt aus dem Budget Zahlen streicht, um eine schwarze Null zu erreichen aber bereits weiss, dass ein Millionendefizit resultieren wird, weil sich ein beträchtlicher Teil dieser Anträge nicht umsetzen lässt, kann das nicht im Sinn des Gemeinderates sein. Verluste in der Rechnung werden das bereits knappe Eigenkapital belasten. Stadträtin Y. Beutler bittet die Ratsmitglieder, diesen Antrag, der offensichtlich nicht umgesetzt werden kann, nicht zu unterstützen.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 38'500. Weniger Anschaffung Mobi-

lien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Ertrag wurde um 38'500 Franken erhöht auf 539'423'500 Franken.

Departement Bau

322000 Tiefbau

D. Schneider (FDP) stellt folgende Kommissionsanträge: 1. Reduktion um CHF 200'000 bei Produkt 3 - Strassenreinigung. Die Kosten im Produkt Strassenreinigung haben in der Vergangenheit stark geschwankt, deshalb sollen die Ausgaben auf das Niveau von 2011 reduziert werden. Die Anzahl berechtigter Reklamationen soll auf 15 erhöht werden. Der Quadratmeterpreis für die Reinigungskosten soll um 5 Rappen gesenkt werden auf 0,65 Franken. 2. Reduktion um CHF 150'000 bei Produkt 5 - Strassensignalisation. Dieser Antrag wurde in der Kommission mit 8 zu 1 Stimmen angenommen. Hier ist ein klarer Leistungsabbau feststellbar, das heisst bei der Markierungsmenge und bei der Menge von zu reinigenden Signalen. 3. Reduktion um CHF 100'000 bei Produkt 7 - Öffentliche Toiletten. Die Anzahl öffentliche Toiletten werden bereits reduziert und können weiter reduziert werden. Wenn man die Liste der Nutzung anschaut, ist das eine Option. Man kann auch die Toiletten etwas weniger reinigen. Das ist mit der heutigen Technologie möglich, mit den wasserlosen Toiletten und Pissoirs ist sicher Potential vorhanden. 4. Verpflichtungskredite: 11368 Teuchelweiher-Platz, Platzgestaltung: Gesamtkredit auf CHF 120'000 festlegen und im Programm 2014 die gesamten CHF 120'000 einsetzen. Es geht darum das absolute Minimum umzusetzen. Dieser Antrag wurde in der Kommission mit 5 zu 4 Stimmen angenommen.

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP hält an ihrem Antrag fest, dass der Bruttoaufwand um 224'600 Franken gekürzt werden soll, weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn.

L. Banholzer (EVP): Die EVP wird alle Anträge ablehnen. In dieser Produktegruppe insgesamt über 670'000 Franken zu sparen, ist unverantwortlich. Die FDP wollte vor einem Jahr mittels einer Budgetmotion mehr Geld für den Tiefbau, um den Standard der Strassenreinigung zu erhöhen. Jetzt will man im gleichen Produkt 200'000 Franken kürzen. Das ist ein totaler Widerspruch. Dass bei der Toilettenreinigung noch weiter reduziert werden soll, ist nicht angebracht. Von der Kürzung im Konto Dienstleistungen Dritter ist unter anderem ebenfalls die Reinigung betroffen, nämlich die Reinigung der Bushaltestellen, das Leeren der Papierkörbe, was am Samstag und am Sonntag von Drittfirmen übernommen wird. Insgesamt bedeutet das einen deutlichen Abbau von Dienstleistungen, die bis vor kurzem noch als wichtig angeschaut wurden. Den Betrag auf 120'000 Franken zu kürzen für die Platzgestaltung des Teuchelweiher-Platzes bringt gar nichts. Es ist klar, dass der Platz wieder hergestellt werden muss. Es ist aber zu bezweifeln, dass eine Kommission beurteilen kann, ob das für 120'000 Franken machbar ist oder nicht. Auch diesen Antrag lehnt die EVP ab.

J. Altwegg (Grüne/AL): In der Sachkommission Bau und Betriebe wurde die Produktegruppe Tiefbau intensiv geprüft. Der Stadtrat hat im Rahmen von «effort 14+» bereits 300'000 Franken eingespart. Die zuständigen Personen konnten erklären, warum noch mehr sparen sehr schwierig ist. Die Strassenreinigung ist ein Kompensationsposten zum Winterdienst. Wenn der Winter sehr streng ist, bleibt in der Folge weniger für die Strassenreinigung und

umgekehrt. Es ist ganz wichtig, dass das Tiefbauamt über diese Kompensationsmöglichkeit verfügen kann. Wenn jetzt noch mehr Geld gestrichen wird, bedeutet das, dass der Winterdienst in einem strengen Winter weiter reduziert werden muss. In diesem Zusammenhang sind die vielen Leserbriefe zu beachten. Wenn man dieser Kürzung zustimmt, bedeutet das, dass in den Quartieren der Schnee noch später geräumt wird. Auch auf den Haupttrouten wird der Winterdienst ein wenig reduziert werden. In Bezug auf die Signalisationen ist auch die Grüne/AL-Fraktion nicht für einen Schilderwald. Die Bevölkerung hat vor kurzem einen Prospekt erhalten, mit dem erklärt wird, wie Tempo 30 und Begegnungszonen eingerichtet werden können. Diese Möglichkeit wurde sehr rege genutzt. Für Tempo 30 und Begegnungszonen braucht es die entsprechenden Signalisationen und Markierungen. Dafür braucht es das notwendige Geld. Dadurch dass die öffentlichen WCs etwas weniger geputzt werden, können nicht 100'000 Franken eingespart werden. Das ist unrealistisch. Der Globalkredit der Produktegruppe Tiefbau soll gesamthaft um 450'000 Franken reduziert werden. D. Oswald hat bereits ausgeführt, dass der Tiefbau selber entscheiden muss, wo gespart werden soll. Der Gemeinderat kann lediglich Empfehlungen abgeben. Die pauschale Kürzung von 224'600 Franken, die von der GLP beantragt wird, erscheint bei einem Globalbudget von 20,77 Millionen nicht sehr hoch. In den Konten Anschaffung Mobilien, Dienstleistungen Dritter, Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn, sind aber rund 3 Millionen eingestellt. Damit müssen 6,5 % eingespart werden. Wer selber ein grösseres Projekt in Millionenhöhe begleitet hat, weiss, dass Einsparungen von 6,5 % von einem Jahr auf das andere nicht einfach sind. Die FDP ist mit zwei Stadträten in der Regierung vertreten. J. Altwegg fragt sich, wieso sie ihre Leute im Regen stehen lässt. Weil diese Kürzungen für die Bevölkerung stark spürbar sein werden – reduzierter Winterdienst, schmutzige Strassen und Toiletten, weniger Tempo 30 und weniger Begegnungszonen – stellt die Grüne/AL-Fraktion einen Antrag auf Namensauf-rauf für die drei Anträge.

F. Landolt (SP) spricht zur Pauschalkürzung der GLP über das gesamte Departement Bau. Die SP wird sich in der Folge zu den Kürzungen in den Produktegruppen des Departements Bau nicht mehr äussern, sondern die entsprechenden Anträge ablehnen. Die Produktegruppe Entsorgung muss man ausklammern, weil sie gebührenfinanziert ist. Im Tiefbau, bei der Vermessung, der Baupolizei, dem Städtebau sind in den Konten 3110, 3130 und 3080 4,5 Millionen eingestellt. Diese 4,5 Millionen erscheinen relativ hoch. Man muss aber prüfen wofür das Geld benötigt wird. Wenn man das Verbrauchsmaterial im Tiefbau abzieht, halbiert sich diese Summe. Im Tiefbau werden Materialien und Werkzeuge benötigt, um die geforderten Leistungen zu erbringen, diese können nicht einfach eingespart werden. Wenn man die Fahrzeugversicherungsgebühren und Versicherungsprämien abzieht und berücksichtigt, dass im Amt für Städtebau die Honorare im Budget 2014 im Vergleich zum Jahr 2012 halbiert werden, verbleiben noch 1,6 Millionen als Manövriermasse. Aus diesen 1,6 Millionen müsste man über das gesamte Departement Bau 377'000 Franken herauspressen. Das sind 24 %. Diese Finanzpolitik ist nicht seriös. Mit dieser Finanzpolitik wird die Verwaltung daran gehindert, ihre Arbeit zu machen. Die SP wird alle Anträge ablehnen.

W. Langhard (SVP): Die SVP hat die mahnenden Worte des Stadtrates und des linken Lagers ernst genommen und hat nicht global gekürzt. Sie hat die einzelnen Produktegruppen genau geprüft. Die Ausgaben wurden bis ins Jahr 2010 zurückverfolgt und verglichen, dementsprechend wurden die Sparanträge gestellt. Die SVP kürzt überall dort, wo die Leistungen in den Produktegruppen zurückgefahren worden sind oder in den letzten drei bis vier Jahren bei den Nettokosten grosse Schwankungen zu verzeichnen waren. Darum stellt die SVP im Tiefbau zwei Kürzungsanträge. Das Langzeitgedächtnis der Grünen lässt grüssen. Letztes Jahr wollten die Grünen ursprünglich den Globalkredit des Departements Bau um 500'000 Franken kürzen. Im Gemeinderat wurde der Antrag gestellt, den Kredit um 200'000 Franken zu kürzen. Dieser Antrag wurde knapp abgelehnt. Das Departement setzt in diesem Jahr in dieser Produktegruppe bei der Schneeräumung den Vorschlag der Grünen um und kürzt den Kredit um 200'000 Franken. Die Grünen sind aus dem Schneider. Dem Departement wird jetzt vorgeworfen, dass ausgerechnet bei der Schneeräumung gespart wird. Das ist im letzten Jahr auf dem Mist der Grünen gewachsen. Die SVP wird die Anträge unterstüt-

zen. Die Kosten werden teilweise durch Littering verursacht. Das ist bekannt. Tanz dich frei, nächtliche Einsätze und Sonderreinigungen verursachen Mehrkosten. W. Langhard möchte die Polizeivorsteherin aufrufen. Littering kann gebüsst werden, wenn man das will. In Bezug auf die Strassensignalisation sind grosse Reduktionen vorgesehen. Der Aufwand, um Wegweiser instand zu setzen, soll um 28,5 % reduziert werden, die Erneuerung von Bodenmarkierungen wurde von 17 km auf 12 km reduziert, das entspricht 29,5 %. Hier ist Zeit vorhanden und man muss kürzen können. Das ist selbstverständlich. Tempo 30 Zonen sind ein Thema. Stadträtin P. Pedernana hat erklärt, dass die SVP wahrscheinlich gegen Tempo 30 Zonen sei. Das ist nicht so. Aber man muss auch hier Grenzen setzen und erklären, dass pro Jahr 3 Tempo 30 Zonen eingerichtet werden können und nicht 5, 10 oder 15. Viele Anwohner sind mit der Tempo 30 Zone nicht einverstanden. Den Antrag, die Reinigung der Toiletten zu reduzieren, unterstützt die SVP. Sie wollte den Kredit um 60'000 Franken kürzen, stimmt aber der Kürzung um 100'000 Franken zu. Die Stadt hat teure WCs aus Chromstahl gekauft, die den Arbeitsaufwand reduzieren.

Für den Teuchelweiher-Platz sind zwei Kredit vorgesehen – im Tiefbau und im Städtebau. Der Betrag wurde korrekt reduziert. Früher waren 6 Millionen eingestellt, dann wurde der Betrag auf 3 Millionen reduziert und danach ist das Projekt in der Schublade verschwunden. Jetzt schlägt der Stadtrat einen Kredit von 300'000 Franken vor, die BBK will 120'000 Franken einsetzen. Auf dem Teuchelweiher-Platz soll ein Zirkus Platz finden. Die oberirdischen Parkplätze werden aufgehoben. Die Platzgestaltung soll im kleinen Rahmen bleiben. Diese Anträge sind korrekt und richtig. Die bürgerliche Seite versucht dort zu sparen, wo es möglich ist. W. Langhard erwartet, dass eine grosse Mehrheit, mit den Linken und den Grünen, diese Anträge unterstützt. Weil genau das umgesetzt wurde, was diese Ratsseite verlangt.

K. Bopp (SP): So genau hat die SVP doch nicht hingeschaut. Die Schwankungen bei der Strassenreinigung sind mit dem Winterdienst erklärbar. Genau gleich können die Schwankungen bei der Strassensignalisation begründet werden. Ein Teil der Signalisation wird über Projekte abgerechnet. Somit erklärt sich ganz einfach, wieso die Kosten, die in der Produktgruppe Tiefbau abgerechnet werden, nicht immer vereinbar sind mit dem was in den WOV-Indikatoren ersichtlich ist. Die Sparanträge sind unqualifiziert und willkürlich in den Augen der SP. Sie entsprechen nicht dem Qualitätsanspruch, den die SP an die Gemeinderäte stellt. Die SP lehnt alle Anträge ab. Die öffentlichen Toiletten wurden von 28 im Jahr 2012 auf 16 reduziert. Diese Anzahl benötigt Winterthur.

J. Altwegg (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion hat damals den Antrag gestellt, den Kredit um 200'000 Franken zu kürzen. Der Stadtrat hat um 300'000 Franken gekürzt. Diese Kürzung unterstützt die Grüne/AL-Fraktion. Das geht in die richtige Richtung. Jetzt soll der Globalkredit im Tiefbau um weitere 450'000 Franken reduziert werden, also insgesamt um 750'000 Franken. Damit wird der Tiefbau totgespart. Das ist ein Problem. Die Stadt ist gewachsen. Es gibt mehr Arbeit, so muss beispielsweise der Eulachpark gereinigt werden. J. Altwegg ist ebenfalls nicht begeistert über das Littering. Man könnte jetzt Geld in die Erziehung investieren. Wie fruchtbar das wäre, ist fraglich. Wenn Polizisten zur Überwachung und zum Verteilen von Bussen eingesetzt werden, kostet das viel mehr als die Reinigung. J. Altwegg sieht sich als Volksvertreter. Wenn die meisten Quartiere Tempo 30 oder Begegnungszonen wollen, ist es seine Aufgabe sich im Rat sich dafür einzusetzen.

Ch. Ulrich (SP): Die Diskussion über konkrete Kürzungen soll im Rat geführt werden. Deshalb ist es wichtig und richtig, dass endlich konkrete Anträge gestellt werden. Damit kann eine wichtige Diskussion geführt werden. Der Gemeinderat kann entscheiden, wie viel Geld er für die Strassenreinigung ausgeben will. Schlussendlich geht es um eine Güterabwägung. Will jemand etwas mehr Steuern bezahlen, dafür sind die Strassen in der Altstadt am Sonntagvormittag bereits gereinigt, wenn das nicht wichtig ist, kann das Geld eingespart werden. Woher Littering kommt, ist ein anderes Thema. Aber die Güterabwägung muss heute gemacht werden. Die SP kommt zum Schluss, dass es besser ist etwas mehr Steuern zu bezahlen, dafür kann der Tiefbau, in diesem Fall die Strassenreinigung, die Arbeit sauber erledigen. Damit können entsprechend Leserbriefe verhindert werden, weil die Strassen dreckig sind.

Stadträtin P. Pedernana erlebt heute zum 13. Mal eine Budgetsitzung als Stadträtin. Noch nie war der Grosse Gemeinderat so nahe daran, seinem Ansehen nachhaltig zu schaden. Das zu beobachten, ist schmerzlich. Der absolute Tiefpunkt in dieser Budgetdebatte ist, dass eine Partei in den Sachkommissionen ihre Kürzungsanträge verschwiegen hat und dass die Sachkommissionen gleichzeitig mit der Aufsichtskommission unkoordiniert Beschlüsse gefasst haben. Das Tiefbauamt ist davon betroffen, das Amt für Städtebau noch viel mehr. Zudem wurden diese Beschlüsse zu einem Zeitpunkt gefasst, als Stadträtin P. Pedernana nicht in der Kommission anwesend war. Die Stadträtin weiss nicht, ob es sich um ein Versteckspiel gehandelt hat oder um einen Fehler im Ablauf. Auf jeden Fall hat die Stadträtin in einem Mail der BBK angeboten an einer weiteren Sitzung über die möglichen Folgen zu informieren, damit die Kürzungsanträge und deren Auswirkungen besprochen werden können. Gegebenenfalls hätten auch die Indikatoren diskutiert und verändert werden können. M. Zeugin hat erwähnt, dass der Stadtrat eigenmächtig entscheide. Das war nicht das Ziel von Stadträtin P. Pedernana. Sie wollte das Vorgehen absprechen. In einigen Produktgruppen ist nicht klar, was der Gemeinderat will. Leider hat auf das Mail niemand geantwortet. Auch nicht der Stadtratskandidat, der sich vollberuflich mit Politik befassen will. Die Stadträtin wäre auch für Einzelgespräche zur Verfügung gestanden. Vergeblich. Verantwortungsvolles Handeln sieht anders aus. Man muss sich mit den Themen auseinandersetzen und kann nicht einfach ein Schauspiel durchziehen, das gut vorbereitet ist. Die GLP stellt pauschale Kürzungsanträge und die anderen bürgerlichen Parteien marschieren brav hinterher. Augen zu und durch.

Wenn der Stadtrat mitteilt, dass nicht alle Einsparungen beim Sachaufwand möglich sind und die eine oder andere Sparmassnahme Folgen für das Personal oder sonst unliebsame Folgen haben wird, dann fängt das grosse Aufheulen an. Dann heisst es, der Stadtrat hat am falschen Ort gespart. Der Stadtrat hat ein Budget vorgelegt mit vielen Einsparungen und vereinzelt auch mit höheren Erträgen. Er erwartet nicht, dass der Gemeinderat mit dem Budgetvorschlag einverstanden ist, aber er erwartet, dass der Gemeinderat die Verantwortung übernimmt für einen rechtmässigen Budgetbeschluss. Es ist allen klar, dass nicht nur beim Sachaufwand gespart werden kann, sondern dass auch das Personal betroffen ist. Das ist kein Spiel. Es geht heute Abend um Menschen, um die Mitarbeitenden, die Strassen reinigen, Betagte pflegen, Kinder betreuen und es geht um die Mitarbeitenden, die gerne ihren Dienst für die Bevölkerung leisten und es geht besonders um die Menschen in unserer Gesellschaft, die auf die Dienstleistungen angewiesen sind. Weder in der öffentlichen Verwaltung, noch in einem KMU Betrieb können sogenannte Einsparungen vorgenommen werden, ohne die damit verbundene Leistung, Produktivität oder Wirkung anzuschauen. Schon gar nicht kann behauptet werden, es handle sich um einen Effizienzgewinn, wie das letzten Montag passiert ist. Das ist schönreden. Für die Stadträtin ist klar, der Gemeinderat ist gewählt worden, um Verantwortung zu tragen – die Verantwortung für einen rechtmässigen Beschluss. Deshalb erwartet Stadträtin P. Pedernana, dass der Gemeinderat die Folgen im Detail prüft.

Das Departement Bau hat eine Ergebnisverbesserung von 2,7 Millionen mit «effort 14+» erbracht. Das heisst, der Stadtrat legt über alle Nettoglobalkredite eine Verbesserung von 8,2 % vor. Das ist ein beachtlicher Beitrag an die Haushaltsanierung. Vor allem wenn man bedenkt, dass die Stadt gewachsen ist und die stetig steigenden Aufgaben mit einem Personalbestand, der ungefähr gleich geblieben ist, wahrnimmt und seit vielen Jahren zurückhaltend budgetiert. Das Tiefbauamt muss in der wachsenden Stadt ein immer grösseres Strassennetz reinigen und unterhalten und ist mit mehr Littering konfrontiert als früher. Trotzdem steht heute ein kleinerer Kredit zur Verfügung als vor 10 Jahren, wenn man die besonderen Effekte abzieht, wie das Wegfallen des Staatsbeitrags etc. Das Tiefbauamt ist unter den Schweizer Städten der Benchmark. Die Ausgaben sind im Vergleich mit vergleichbaren Schweizer Städten deutlich tiefer. Der Sparauftrag ist besonders schwierig umzusetzen, weil vom Tiefbauamt nicht nur kommunale, sondern auch überkommunale Strassen unterhalten und gereinigt werden. Dieser Unterhalt wird mit 25 % vom Kanton entschädigt. Wenn der Stadtrat einen pauschalen Sparauftrag erhält, der alles umfasst, muss die Stadt mehr als diese 25 % einsparen, also mehr als der Gemeinderat in Auftrag gegeben hat, damit fehlen auch Kantonsbeiträge. Der Gemeinderat kann auch den Auftrag erteilen,

dass ein Zweiklassensystem eingeführt und die Quartierstrassen weniger gereinigt werden als die überkommunalen Strassen. Damit könnte die Stadt weiterhin die kantonalen Beiträge hereinholen. Was will der Gemeinderat? Das hätte in der Kommission diskutiert werden müssen.

Stadträtin P. Pedergnana bittet die Ratsmitglieder, den GLP Antrag den Sachaufwand in der Produktegruppe Tiefbau um 224'600 Franken zu kürzen, abzulehnen. Dieser Sachaufwand ist in der Produktegruppe Tiefbau im Budget 2014 bereits um 430'000 Franken gekürzt worden. Im Finanzplan ist eine weitere Kürzung von 100'000 Franken vorgesehen. Die GLP hat die Kürzung auf den Gesamtaufwand berechnet. Letztendlich entspricht die Kürzung, die so harmlos daherkommt mit 0,6631 %, effektiv einer Reduktion von knapp 10 %. Das betrifft den Sachaufwand des ganzen Tiefbauamtes, also Strassenreinigung, Winterdienst und Signalisation. Dieser Sachaufwand kann nicht weiter reduziert werden. Aus diesem Grund geht es jetzt um Menschen und zwar um die Mitarbeitenden, die Strassen reinigen, Löcher ausbessern, sich um die Robidog-Behälter kümmern oder Papierkörbe leeren. Diese Menschen leisten einen Dienst für die Bevölkerung. Stadträtin P. Pedergnana hofft, dass es den Ratsmitgliedern nicht egal ist, welche Auswirkungen die Sparanträge haben, auch wenn sie sich nicht danach erkundigt haben. Eine weitere Einsparung bei der Strassenreinigung hat Entlassungen zur Folge. Es ist davon auszugehen, dass es ein Team von 3 Personen treffen wird. Das hat auch Auswirkungen auf das Stadtbild. Von allen Sparanträgen im Tiefbauamt ist es der Antrag bei der Strassenreinigung, der die Stadträtin am meisten schmerzt. Die Strassenreinigung hat die Arbeit in den letzten 13 Jahren mit einem Durchschnittswert von 2,18 Franken pro Quadratmeter erbracht. Der Mittelwert von vergleichbaren Städten liegt bei 3,05 Franken. Die Stadt ist aus betriebswirtschaftlicher Sicht sehr gut unterwegs, 28 % günstiger als der Durchschnitt. Dieser Antrag ist deshalb abzulehnen. Produkt 5, Strassen-signalisation: Die Stadträtin kann damit leben, wenn mit Graffiti verschmutzte Wände etwas weniger schnell oder gar nicht geputzt werden müssen. Aber bei den Signalisationen und den Markierungen ist die Stadtpolizei Bestellerin, das Tiefbauamt führt die Bestellungen aus. Stadträtin P. Pedergnana ist, was die Sicherheit an Fussgängerstreifen und die Verkehrssicherheit im Allgemeinen anbelangt, dezidiert dagegen, dass gespart wird. Produkt 7, öffentliche Toiletten: Niemand kann glauben, dass man öffentlichen Toiletten verdrecken lassen kann. Das würde einen Aufschrei in der Bevölkerung provozieren. Wahrscheinlich wird es jetzt Leserbriefe geben, weil jemand meint, diese Sparmassnahme sei bereits umgesetzt worden. Wenn schon, müssten die Ratsmitglieder hin stehen und erklären, dass weitere 8 WCs geschlossen werden müssen. Schlechter putzen wird nicht akzeptiert von der Bevölkerung. Mit der Kürzung des Verpflichtungskredits auf 120'000 Franken ist die Stadträtin einverstanden.

Persönliche Erklärungen

M. Zeugin (GLP) M. Zeugin weist mit aller Vehemenz die Aussage zurück, dass die GLP das Budget nicht genau geprüft hat. Das ist eine einseitige Unterstellung. Er weist auch mit aller Vehemenz zurück, dass die GLP Anträge bewusst zurückgehalten hat. Die Vertreterin der GLP in der AK hat in der ersten Sitzung der Budgetberatung die materiellen Anträge bereits thematisiert. In der Folge wurde erklärt, dass der Rechtsweg beschritten würde. M. Zeugin fragt sich, ob Toleranz nicht etwas einseitig eingefordert wird. Es liegt ein IAFP vor, der im Vergleich zu den Vorjahren später vorgelegt wurde. Zudem sind nicht alle «effort 14+» Massnahmen in den Voranschlag eingearbeitet worden. Im Voranschlag sind zudem Fehler enthalten, die vom Gemeinderat ohne grosse Diskussion korrigiert worden sind, weil eine gewisse Fehlertoleranz aber auch eine Toleranz im Umgang angebracht sind. Der Gemeinderat hat das Budget, für das der Stadtrat fast ein Jahr Zeit gehabt hat, innerhalb kürzester Zeit bearbeitet. M. Zeugin bittet den Stadtrat zumindest die gleiche Toleranz walten zu lassen, die der Stadtrat vom Gemeinderat einfordert. Die Grünliberale Fraktion setzt sich dafür ein, dass die Steuern nicht erhöht werden. Sie ist der Meinung, dass das Wachstum der Ausgaben, das wesentlich Problem ist. Dieses Problem versucht die GLP zu lösen.

W. Langhard (SVP): Das Mail, das Stadträtin P. Pedernana erwähnt hat, haben alle erhalten. F. Landolt hat W. Langhard aufgefordert eine ausserordentliche Kommissionssitzung am Samstag oder am Montagvormittag einzuberufen. W. Langhard hat Stadträtin P. Pedernana direkt geantwortet und kundgetan, dass er als Präsident nicht gewillt ist zu einer zusätzlichen Sitzung einzuladen. Die Meinungen waren gemacht. Die SVP hat am 18. November 2013 alle Sparanträge in der BBK vorgebracht. Stadträtin P. Pedernana und die Chefbeamte waren in der Kommission anwesend. 14 Tage später wurde in der Kommission über die Anträge abgestimmt. Von der Stadträtin war keine Reaktion zu hören. In diesen 14 Tagen hätte der Stadtrat Zeit gehabt zu reagieren und der BBK eine Erklärung abzugeben.

F. Landolt (SP): Die GLP Anträge sind erst später gestellt worden. In der Kommission wurden sie nie diskutiert. Es wurde vorgeschlagen, eine weitere Sitzung einzuberufen. Die Sitzung hätte ca. 2 Stunden gedauert. F. Landolt wollte von den Chefbeamten hören, was die pauschalen Kürzungen der GLP bedeuten und welche Leistungen nicht mehr erbracht werden können. Aber wenn die rechte Ratshälfte einfach durchmarschiert und blindwütig das Budget zusammenstreicht, wird ein katastrophales Budget resultieren.

M. Baumberger (CVP): Es hat so geklungen, als würden die Mitglieder der BBK nicht auf die Stadträtin reagieren. Die Stadträtin hat wie eine Lehrerin gesprochen, die ihre unflätigen Schüler in der Öffentlichkeit massregelt. Das ist nicht der richtig Ort dazu. Wenn die CVP eine Anfrage von F. Landolt erhält, dann sieht es M. Baumberger als seine Aufgabe an, dem Präsidenten der Kommission eine Antwort zu geben. Es ist so, Winterthur hat ein Milizparlament. Es geht nicht, dass einfach eine weitere Sitzung einberufen wird, weil fast alle arbeiten müssen. Das hat M. Baumberger dem Kommissionspräsidenten per Mail mitgeteilt. Das geht sicher allen so. M. Baumberger überrascht diese schulmeisterliche Belehrung im Gemeinderat.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier für die ersten drei Anträge wurde ein Antrag auf Namensaufruf gestellt. Die Ratspräsidentin lässt darüber abstimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag auf Namensaufruf zu.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag abstimmen: Reduktion um CHF 200'000 bei Produkt 3 - Strassenreinigung.

	Ja	Nein		Ja	Nein
B. Baltensberger (SP)		X	St. Feer (FDP)	X	
Ch. Baumann (SP)		X	F. Helg (FDP)	X	
Ch. Benz – Meier (SP)			U. Hofer (FDP)	X	
K. Bopp (SP)		X	Th. Leemann (FDP)	X	
B. Helbling-Wehrli (SP)		X	Ch. Magnusson (FDP)	X	
R. Kappeler (SP)		X	D. Schneider (FDP)	X	
R. Keller (SP)		X	M. Wenger (FDP)	X	
B. Konyo Schwerzmann (SP)		X	K. Cometta-Müller (GLP)	X	
F. Künzler (SP)		X	S. Gyax-Matter (GLP)	X	
F. Landolt (SP)		X	B. Meier (GLP)	X	
S. Madianos-Hämmerle (SP)		X	A. Steiner (GLP)	X	
U. Meier (SP)		X	M. Zehnder (GLP)	X	

S. Näf (SP)		X		M. Zeugin (GLP)	X	
S. Stierli (SP)		X		M. Wäckerlin (PP)	X	
Ch. Ulrich (SP)		X		J. Altwegg (Grüne)		X
E. Wettstein (SP)		X		R. Diener (Grüne)		X
N. Albi (SVP)	X			Ch. Griesser (Grüne)		X
G. Gisler-Burri (SVP)	X			A. Hofer (Grüne)		X
H. Keller (SVP)	X			D. Schraft (Grüne)		X
R. Keller (SVP)	X			D. Berger (AL)		X
Ch. Kern (SVP)	X			L. Banholzer (EVP)		X
W. Langhard (SVP)	X			N. Gugger (EVP)		X
Ch. Leupi (SVP)	X			B. Günthard Fitze (EVP)		X
J. Lisibach (SVP)	X			Ch. Ingold (EVP)		X
U. Obrist (SVP)	X			F. Albanese (CVP)	X	
D. Oswald (SVP)	X			M. Baumberger (CVP)	X	
P. Rütsche (SVP)	X			K. Brand (CVP)	X	
W. Steiner (SVP)	X			R. Harlacher (CVP)	X	
M. Thurnherr (SVP)	X			W. Schurter (CVP)	X	
M. Stutz (SD)	X					
Z. Dähler(EDU)	X					

Der Rat nimmt den Antrag mit 34 zu 25 Stimmen an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag abstimmen: Reduktion um CHF 150'000 bei Produkt 5 - Strassensignalisation

	Ja	Nein		Ja	Nein
B. Baltensberger (SP)		X	St. Feer (FDP)	X	
Ch. Baumann (SP)		X	F. Helg (FDP)	X	
Ch. Benz – Meier (SP)			U. Hofer (FDP)	X	
K. Bopp (SP)		X	Th. Leemann (FDP)	X	
B. Helbling-Wehrli (SP)		X	Ch. Magnusson (FDP)	X	
R. Kappeler (SP)		X	D. Schneider (FDP)	X	
R. Keller (SP)		X	M. Wenger (FDP)	X	
B. Konyo Schwerzmann (SP)		X	K. Cometta-Müller (GLP)	X	
F. Künzler (SP)		X	S. Gygax-Matter (GLP)	X	
F. Landolt (SP)		X	B. Meier (GLP)	X	
S. Madianos-Hämmerle (SP)		X	A. Steiner (GLP)	X	

	U. Meier (SP)		X		M. Zehnder (GLP)	X	
	S. Näf (SP)		X		M. Zeugin (GLP)	X	
	S. Stierli (SP)		X		M. Wäckerlin (PP)	X	
	Ch. Ulrich (SP)		X		J. Altwegg (Grüne)		X
	E. Wettstein (SP)		X		R. Diener (Grüne)		X
	N. Albl (SVP)	X			Ch. Griesser (Grüne)		X
	G. Gisler-Burri (SVP)	X			A. Hofer (Grüne)		X
	H. Keller (SVP)	X			D. Schraft (Grüne)		X
	R. Keller (SVP)	X			D. Berger (AL)		X
	Ch. Kern (SVP)	X			L. Banholzer (EVP)		X
	W. Langhard (SVP)	X			N. Gugger (EVP)		X
	Ch. Leupi (SVP)	X			B. Günthard Fitze (EVP)		X
	J. Lisibach (SVP)	X			Ch. Ingold (EVP)		X
	U. Obrist (SVP)	X			F. Albanese (CVP)	X	
	D. Oswald (SVP)	X			M. Baumberger (CVP)	X	
	P. Rütsche (SVP)	X			K. Brand (CVP)	X	
	W. Steiner (SVP)	X			R. Harlacher (CVP)	X	
	M. Thurnherr (SVP)	X			W. Schurter (CVP)	X	
	M. Stutz (SD)	X					
	Z. Dähler(EDU)	X					

Der Rat nimmt den Antrag mit 34 zu 25 Stimmen an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag abstimmen: Reduktion um CHF 100'000 bei Produkt 7 - Öffentliche Toiletten.

	Ja	Nein		Ja	Nein
B. Baltensberger (SP)		X	St. Feer (FDP)	X	
Ch. Baumann (SP)		X	F. Helg (FDP)	X	
Ch. Benz – Meier (SP)			U. Hofer (FDP)	X	
K. Bopp (SP)		X	Th. Leemann (FDP)	X	
B. Helbling-Wehrli (SP)		X	Ch. Magnusson (FDP)	X	
R. Kappeler (SP)		X	D. Schneider (FDP)	X	
R. Keller (SP)		X	M. Wenger (FDP)	X	
B. Konyo Schwerzmann (SP)		X	K. Cometta-Müller (GLP)	X	
F. Künzler (SP)		X	S. Gygax-Matter (GLP)	X	
F. Landolt (SP)		X	B. Meier (GLP)	X	

	S. Madianos-Hämmerle (SP)		X		A. Steiner (GLP)	X	
	U. Meier (SP)		X		M. Zehnder (GLP)	X	
	S. Näf (SP)		X		M. Zeugin (GLP)	X	
	S. Stierli (SP)		X		M. Wäckerlin (PP)	X	
	Ch. Ulrich (SP)		X		J. Altwegg (Grüne)		X
	E. Wettstein (SP)		X		R. Diener (Grüne)		X
	N. Albl (SVP)	X			Ch. Griesser (Grüne)		X
	G. Gisler-Burri (SVP)	X			A. Hofer (Grüne)		X
	H. Keller (SVP)	X			D. Schraft (Grüne)		X
	R. Keller (SVP)	X			D. Berger (AL)		X
	Ch. Kern (SVP)	X			L. Banholzer (EVP)		X
	W. Langhard (SVP)	X			N. Gugger (EVP)		X
	Ch. Leupi (SVP)	X			B. Günthard Fitze (EVP)		X
	J. Lisibach (SVP)	X			Ch. Ingold (EVP)		X
	U. Obrist (SVP)	X			F. Albanese (CVP)	X	
	D. Oswald (SVP)	X			M. Baumberger (CVP)	X	
	P. Rüsche (SVP)	X			K. Brand (CVP)	X	
	W. Steiner (SVP)	X			R. Harlacher (CVP)	X	
	M. Thurnherr (SVP)	X			W. Schurter (CVP)	X	
	M. Stutz (SD)		X				
	Z. Dähler(EDU)	X					

Der Rat nimmt den Antrag mit 33 zu 26 Stimmen an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 224'600. Weniger Anschaffung Mobili-
en, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Prio-
risierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total ef-
fektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag abstimmen: Verpflichtungskredite,
Teuchelweiher-Platz, Platzgestaltung: Gesamtkredit auf CHF 120'000 festlegen und im Pro-
gramm 2014 die gesamten CHF 120'000 einsetzen.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit wurde von 20'777'927 Franken um
674'600 Franken reduziert und beläuft sich neu auf 20'103'327 Franken.

Entsorgung

D. Schneider (FDP): Die FDP hat diesen Antrag in der BBK thematisiert. Leider wurde er letztendlich nicht eingereicht. Dafür entschuldigt sich D. Schneider. Die FDP stellt den Antrag: Reduktion des Globalkredits um 100'000 Franken. Grüngutsammlung neu durchschnittlich 14-tägig (anstatt wöchentlich) Kartontour neu monatlich (anstatt 14-tägig). Die Grüntour wird somit um ca. 25, die Kartontour um 12 Fahrten reduziert. Das ergibt Einsparungen von gut 3'000 Franken pro eingesparte Fahrt. Es ist der Verwaltung überlassen, die Grüntouren saisonal zu steuern und im Herbst und im Frühjahr mehr Touren anzuberaumen und im Winter auf monatliche Rhythmen zu reduzieren. Die Grüntour ist zudem keine Selbstverständlichkeit, deshalb besteht ein Spielraum. Die Bevölkerung kann mithelfen, wenn die Touren etwas ausgedünnt werden.

A. Steiner (GLP): Die GLP stellt den Antrag, den Kredit um 201'500 Franken zu kürzen. Das ist allerdings nicht budgetrelevant, weil die Entsorgung eine gebührenfinanzierte Produktegruppe ist.

L. Banholzer (EVP): Die EVP hat zwar Verständnis für das Anliegen der FDP und würde eine Diskussion darüber begrüßen. Aber es ist nicht einzusehen, dass das mit dem Budget gemacht werden muss. Die Kürzung ist für das Budget nicht relevant, weil der Betrieb gebührenfinanziert ist.

J. Altwegg (Grüne/AL): Der Globalkredit der Produktegruppe Entsorgung beträgt 0 Franken. Von Null Franken sollen jetzt 201'500 und 100'000 Franken eingespart werden. Das heisst für die Entsorgung ganz konkret, dass zum Beispiel die Sackgebühren reduziert werden. Das ist super, dann kann man den Abfall günstiger entsorgen. Das soll jetzt ein sehr grünes Anliegen sein. Die GLP sollte sich auf das G, das sie im Namen trägt, besinnen. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt die Anträge ab.

F. Landolt (SP): Die SP lehnt diese Anträge ab.

W. Langhard (SVP): Die Entsorgung muss neu 650'000 Franken Zins abliefern. Man sagt zwar, dass man mit der Miete, die man bezahlt, einen gezielten Abbau realisiert, der der Stadtkasse zugutekommt. Die Deponie hat 25 Millionen Deponiereserven und 6 Millionen Abfallentsorgungsreserven. Das sind 31 Millionen. Mit «effort 14+» soll neu Zins verlangt werden. Es sollen jährlich 650'000 Franken abgezweigt werden.

Stadträtin Y. Beutler: Das Land gehört der Stadt und die Finanzvorsteherin hätte gern Geld dafür. Für den steuerfinanzierten Boden muss zuhanden der Produktegruppe Immobilien ein kalkulatorischer Zins bezahlt werden. Wenn gebührenfinanzierte Produktegruppen das Land nutzen, müssen sie ebenfalls Zins bezahlen. Das ergibt die Transferzahlung vom gebührenfinanzierten in den steuerfinanzierten Bereich. Die Stadträtin will nicht mehr hören müssen, dass die Rechnung der Immobilien nicht in Ordnung sei.

W. Langhard (SVP): Es ist einfach eine Feststellung, die W. Langhard macht. Auch hier werden Gelder, die über Gebühren eingenommen werden, in die Stadtkasse fließen.

Stadträtin P. Pedergnana: Wenn hier eine Veränderung vorgenommen wird, hat das keine Auswirkungen auf den städtischen Finanzhaushalt. Der Globalkredit beträgt 0 Franken. Die Änderungen werden Auswirkungen auf die Betriebsreserven haben. Wenigstens ist mit dem Antrag der FDP eine Leistungskürzung verbunden. Das muss man dem Antrag zugutehalten. Die Anträge der GLP waren nicht bekannt, als in der Sachkommission alle Anträge beraten wurden. Man hat nicht gewusst, was später noch hinzukommt.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 201'500. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der FDP abstimmen: Reduktion des Globalkredits um 100'000 Franken. Grüngutsammlung neu durchschnittlich 14-täglich (anstatt wöchentlich) Kartontour neu monatlich (anstatt 14-täglich). Die Grüntour wird somit um ca. 25, die Kartontour um 12 Fahrten reduziert.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Die Einlagen in die Spezialfinanzierung betragen 301'500 Franken.

340000 Vermessung

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP hält an ihrem Antrag fest, den Globalkredit um 22'600 Franken zu kürzen, weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn.

J. Altwegg (Grüne/AL): Auch hier will die Grüne/AL-Fraktion nicht aufgeben und der Öffentlichkeit zeigen, was dieser Antrag bedeutet. Eine Kürzung von 22'600 Franken auf einen Betrag von 600'000 Franken scheint nicht sehr viel zu sein. Die GLP sagt in welchen Konten der Betrag eingespart werden muss. Die Gesamtkosten in diesen Konten belaufen sich auf 143'000 Franken. Damit müssen 14 % dieser Ausgaben eingespart werden. Man kann jetzt sagen, es können weniger Büromöbel eingekauft werden. Die Anschaffung von Büromaterial ist mit 0 Franken im Budget verzeichnet. Im Konto Verbrauchsmaterial, hier gehört zum Beispiel das Benzin dazu, sind 42'000 Franken eingestellt. Die Versicherungs- und Entsorgungsgebühren und die Telefonkosten belaufen sich auf 53'000 Franken. Sollen die Leute weniger telefonieren? Wie soll das funktionieren?

F. Landolt (SP) hat bereits seine Ausführungen über das ganze Departement Bau vorgebracht. Es ist tatsächlich so, die Analyse zeigt, dass eigentlich eine normal funktionierende Verwaltung verhindert wird, wenn man allen Anträgen zustimmt. Die SP lehnt die Anträge ab.

M. Wäckerlin (GLP/PP) möchte vom Stadtrat wissen, ob man in der Stadtverwaltung bereits überall auf Voice over IP (VoIP) umgestiegen ist. Wenn nicht, gäbe es Potential.

A. Steiner (GLP/PP): Man ist daran und stellt in der Stadtverwaltung auf VoIP um. Private stellen dann auf VoIP um, wenn Geld eingespart werden kann. Das ist ein typisches Beispiel dafür, wie es in der Stadt aktuell läuft. Es wird ein neues Projekt lanciert und letztendlich resultieren Mehrkosten. Die Stadt gibt insgesamt 2 Millionen für Telefonie aus. 2014 sollen 180'000 Franken mehr ausgegeben werden, als im letzten Jahr. Es ist nicht einzusehen warum bei solchen Projekten letztendlich mehr ausgegeben werden muss, obwohl jeder Private sparen kann.

Stadträtin P. Pedergnana: Der Sachaufwand wird nicht bei VoIP eingespart. Der Einkauf von Material wird um ein Jahr verschoben. Das ist ein Einmaleffekt. Entweder macht man

das über die WOV-Reserven oder der Einkauf wird um ein Jahr verschoben. Das ist nicht nachhaltig gespart. Das ist hier aber nicht möglich, weil der Sachaufwand bereits mit «effort 14+» reduziert worden ist.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 22'600. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit wurde von 609'494 Franken um 22'600 Franken auf 586'894 Franken reduziert.

350000 Baupolizei

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP hält am Antrag fest. Das Budget soll um 48'300 Franken gekürzt werden – weniger Anschaffung von Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn.

J. Altwegg (Grüne/AL): Das Spiel soll offenbar so weiter gehen, auch wenn es bis nachts um 24.00 Uhr dauert. Auch bei der Baupolizei beträgt das Gesamtbudget, sollen die Ausgaben in den von der GLP genannten Konten massiv gekürzt werden. Zur Telefonie ist folgendes zu sagen: Privat mag VoIP billiger sein. Eine grosse Telefonzentrale ist aber etwas ganz anderes. A. Steiner und M. Wäckerlin sollten sich informieren, was das heisst.

Stadträtin P. Pedernana: Bereits vor der Sitzung war bekannt, welche Einsparungen durchpauken werden sollen. Es war offenbar auch keine Zusatzsitzung notwendig. Man weiss bereits vor der Beratung, was man durchpauken will. Deshalb nimmt die Stadträtin inhaltlich zu diesem Punkt nicht Stellung. Bei der nächsten Produktegruppe ist es aber absolut irr, was in der Kombination beantragt wird.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 48'300. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit wurde um 48'300 Franken reduziert auf 1'773'712 Franken.

360000 Städtebau

F. Landolt (SP) kann höchstens vorlesen, was im Drehbuch steht.

M. Baumberger (CVP): Nicht weil die Stadträtin die Antragsteller als irr bezeichnet hat, was eher eine persönliche Bezeichnung ist und nicht sehr sachlich, wird der Antrag der CVP, Reduktion des Globalkredits um 790'000 Franken, zurückgezogen.

Stadträtin P. Pedernana hat die Kombination der 6 Kürzungsanträge angesprochen.

D. Schneider (FDP): Reduktion um CHF 100'000 bei Produkt 2 – Denkmalpflege: Konkret wird vorgeschlagen, dass in der Denkmalpflege in den Zielvorgaben/Messgrössen 4 anstatt 7 Veranstaltungen und Führungen durchgeführt werden. Damit sollen die 100'000 Franken eingespart werden. Das wird im Antrag nicht erwähnt.

A. Steiner (GLP/PP): Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 63'800. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn.

W. Langhard (SVP): Die Anträge, die in der Kommission gutgeheissen wurden, hat die SVP gestellt: Reduktion um CHF 150'000 bei Produkt 1 - Raum und Verkehr. Die Nettokosten von 2'506'426 sollen auf 2'356'426 Franken reduziert werden. Begründung: Die Steigerung betrug in den letzten Jahren ca. 150'000 Franken pro Jahr. Die SVP hat sich an den Zahlen von 2011 orientiert. Der Nettokredit betrug 2'198'445 Franken. Im Jahr 2012 belief sich der Nettokredit 2'361'563 Franken, 2013 auf 2'552'885 Franken. Jetzt im Jahr 2014 sind 2'506'426 Franken budgetiert. Der Erlös im Jahr 2012 wurde mit 49'547 Franken budgetiert, abgerechnet wurden 120'332 Franken. Im Jahr 2014 sind wiederum 45'106 Franken Erlös angegeben. Der Erlös betrug in den letzten Jahren immer mindestens 100'000 Franken. Das zeigt, dass sich die SVP mit dem Budget auseinandergesetzt hat. Diese Produktgruppe leistet viel. Das ist unbestritten. Gestaltungspläne, Quartierserschliessungspläne gemäss den Zielen einer nachhaltigen Stadtentwicklung, gehören zu den Aufgaben. Die SVP ist aber der Meinung, dass auch hier das Budget reduziert werden kann. Die Planung und Steuerung der Verkehrsinfrastruktur ist auf einem hohen Level, ausgelöst auch von der linken Seite. In Anbetracht der Umstände ist die SVP von diesem Antrag überzeugt.

Reduktion um CHF 100'000 bei Produkt 2 – Denkmalpflege: Der Globalkredit soll auf 1'251'662 Franken reduziert werden. Begründung: Die Baugesuche zu Inventarschutzobjekten sind von 151 Gesuchen im Jahr 2011 auf ein Soll von 120 im Jahr 2013 gesunken. Im Jahr 2014 sind ebenfalls 120 Gesuche budgetiert. In der Altstadt ist vieles bereits gebaut. Die Anzahl der Gesuche wird wahrscheinlich stagnieren. 2011 wurden 103 Baugesuche in der Kernzone gestellt, 2012 waren es 80 und im Jahr 2013 waren es 75. Das sind rund 20 % weniger als im Jahr 2011. Die Nettokosten 2011 beliefen sich auf 1'320'097 Franken, 2012 1'354'497 Franken und im Jahr 2013 waren es 1'404'159 Franken. Für das Jahr 2014 sind 1'351'662 Franken budgetiert. Die SVP ist der Meinung, dass man das Budget auf 1'251'662 Franken reduzieren kann. Die Anzahl Veranstaltungen und Anlässe soll von 7 auf 4 reduziert werden.

Produkt 3, Beratung und Entwicklung: Reduktion um CHF 100'000 bei Produkt 3 - Beratung und Entwicklung. Die Nettokosten sollen auf 1'683'748 Franken gekürzt werden. Die Anzahl Berichte in der Tages- und Fachpresse sollen von 15 auf 12 reduziert werden. Begründung: Die Leistungsmengen sind vergleichbar mit dem Jahr 2011. Die Nettokosten beliefen sich 2011 auf 1'659'974 Franken. Die Leistungen dieses Produkts beinhalten Planen und Durchführung von Architektur- und Planungswettbewerben sowie die Durchführung von Planerwahlverfahren. Heute wurde im Kantonsrat eine Diskussion über Projektwettbewerbe geführt. Es ist unbestritten, dass die Kosten dadurch höher sind. Bezogen auf die Stadt Winterthur sind das Schulhaus Zinzikon, das Schulhaus Neuhegi und das Polizeigebäude Beispiele. Auch hier muss der Gemeinderat den Finger darauf legen und damit beginnende Vorgaben zu machen, um ein Wunschkonzert zu verhindern. Es sollen keine Prunkstücke gebaut werden.

F. Landolt (SP): In der Produktgruppe Städtebau wird ein Strauss von Sparanträgen gestellt, die ein Kerngeschäft des Amtes für Städtebau betreffen. Diese Einsparungen tun wirklich weh und sind nicht im Interesse von Winterthur – nicht im Interesse der Wirtschaft, nicht im Interesse der Bevölkerung, nicht im Interesse des Gewerbes und nicht im Interesse des Tourismus. Ausserdem müsste man, wenn man diesen Anträgen zustimmt, die Leistungsindikatoren in einem viel grösseren Umfang verändern. Mit 3 Veranstaltungen kann man nicht 100'000 Franken einsparen. Das Amt für Städtebau hat seine Hausaufgaben gemacht. Es

hat mit «effort 14+» den Globalkredit um 500'000 Franken reduziert. Das entspricht ca. 7 %. Wenn man den beantragten Kürzungen zustimmt, entspricht das einer Reduktion von 14 bis 15 % in einem Jahr in den Bereichen Raum und Verkehr, Denkmalpflege und Beratung. Die Pauschale von 300'000 Franken, die in der zweiten Sparrunde eingestellt worden ist, kann nur schwerlich ohne Personalreduktion umgesetzt werden. Wenn jetzt weitere rund 414'000 Franken eingespart werden, dann bedeutet das den Abbau von 3 bis 4 Stellen auf einen Etat von 39 Planstellen. Diese Haltung ist respektlos und diskreditiert das Personal und die Leitung dieses Amtes. Dieser Abbau ist nicht im Interesse von Winterthur.

Raum und Verkehr: Wegweisend ist das städtische Gesamtverkehrskonzept. Davon werden viele Projekte abgeleitet. Das Ziel dieses Produkt ist die Verhinderung eines Verkehrskollapses. Der Verkehr soll fließen können. Es ist ein wichtiger Standortvorteil, dass man sich auf den Strassen bewegen kann. Die Bevölkerung nimmt zu und damit auch der Verkehr. In diesem Produkt massiv zu sparen, zeugt von einem kleinen Sachverstand und entspricht der Situation in keiner Art und Weise. Denkmalpflege: Das ist keine Institution, die verhindern will, dass gebaut wird. Sie schützt und pflegt das baukulturelle Erbe von Winterthur. Eine intakte Altstadt und ein Strassenbild, das bleibt, fördert die Identifikation der Bevölkerung mit dieser Stadt. Insofern ist die Denkmalpflege hochgradig identitätsstiftend und ein Markenzeichen. Es ist eine strategische Erfolgsposition für Winterthur, für das Gewerbe, die Industrie, die Bevölkerung und den Tourismus. Im Jahr 2013 sind Bauvorhaben im Umfang von 1 Milliarde bewilligt worden. Mit dieser Summe, die jährlich fließt, können ganze Quartiere umgepflügt werden. Deshalb ist es wichtig, dass die öffentlichen Interessen wahrgenommen werden. Das macht unter anderem die Denkmalpflege.

Beratung und Entwicklung: Sie antizipiert mögliche und wünschbare städtebauliche Entwicklungen und gibt der Qualität des öffentlichen Raums eine Sprache. Das ist wertvoll. Wenn man jetzt an dieser Stelle spart, in einer Stadt die so schnell wächst, ist das verantwortungslos gegenüber der Bevölkerung, der Industrie und dem Gewerbe. Die Grünliberalen erklären, dass Qualität zwar wichtig sei, sie sind aber nicht bereit, das notwendige Geld und das notwendige Personal zur Verfügung zu stellen. Damit begeben sie sich in einen Widerspruch, der unlösbar ist. Das Amt für Städtebau erbringt Leistungen, die vielleicht nicht ganz konkret fassbar sind, die aber im Interesse der Wirtschaft, der Bürgerinnen und Bürger und des Gewerbes sind. Diese Leistungen zu reduzieren, schadet den Interessen von Winterthur direkt und nachhaltig. Auf die Interpellationen, die das Departement Bau betreffen, muss jeweils jemand Antwort geben. Auf der einen Seite wird immer mehr von der Verwaltung gefordert und auf der anderen Seite werden die Mittel verweigert, das ist ein Widerspruch. Es ist zudem eine Mär, dass Wettbewerbe ein Projekt verteuern. Das stimmt nicht. Abgesehen davon muss die Stadt Winterthur als öffentliche Hand die Submissionsgesetze einhalten, sie muss Wettbewerbe zu veranstalten. Die SP wird diese Anträge mit Überzeugung ablehnen.

L. Banholzer (EVP): Auch beim Amt für Städtebau schießen die bürgerlichen Parteien weit über das Ziel hinaus. Es bringt keine Vorteile, wenn in der wachsenden Stadt zu wenig Geld für Planung, Raum und Verkehr vorhanden ist. Gerade aus dem Parlament sind Vorstösse mit Ideen eingereicht worden, die Projekte und Planungen auslösen. Vor allem der Bereich Verkehr ist im Moment extrem gefordert. Wer jetzt die Mittel abziehen will, kann fast nur Wahlkampf betreiben. Die EVP lehnt alle Kürzungen ab.

J. Altwegg (Grüne/AL) dankt der SVP, die sich die Mühe nimmt, zu sagen wo gespart werden soll. Das ist fair. Die Bevölkerung soll wissen, wer für was einsteht. Aus eigener Erfahrung kann J. Altwegg sagen, dass ein Wettbewerb ein Projekt nicht teurer macht, im Gegenteil, die Bauherrschaft erhält die beste Lösung. Produkt 1, Raum und Verkehr, ist sehr wichtig für die Stadt, die sich entwickeln soll und immer weiter wächst. Man kann es gut oder schlecht finden, das Wachstum findet statt und muss gesteuert werden. Zur Denkmalpflege sagt J. Altwegg nicht viel, er hat hier gewisse Vorbehalte und wäre durchaus für einen Sparantrag zu haben gewesen. Produkte 3, Beratung und Entwicklung, ist zentral in einer Stadt, die wächst. Wenn man in Winterthur Pläne umsetzen will, die auch in Zukunft standhalten, kann man in diesem Produkt das Geld nicht kürzen. Sonst wird die Stadt einfach irgendwie wachsen. In zehn Jahren muss man sich ärgern, weil nichts unternommen wurde. Das ist ein ganz falscher Ort um zu sparen. Das Rechenspiel des GLP Antrags ist leicht zu widerle-

gen. Die 63'800 Franken werden nicht von knapp 8 Millionen eingespart, sondern müssen in den vorgegebenen Konten eingespart werden. In der Produktegruppe Städtebau betragen diese Ausgaben 470'000 Franken, also sind es rund 14 %, die eingespart werden müssen in diesen Bereichen. Bei den Möbeln sind 2'800 Franken eingestellt. Damit kann man nicht 63'800 Franken sparen. Der Rest sind Spesen, Telefon, Porti etc. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt alle Anträge ab. Beratung und Entwicklung ist ein zentraler Aspekt. Die Wahlbevölkerung soll wissen, wer für diese Sparmassnahmen einsteht, deshalb stellt die Fraktion einen Antrag auf Namensaufruf für den Antrag 3, Reduktion um 100'000 Franken bei Produkt 3 – Beratung und Entwicklung.

W. Langhard (SVP), persönliche Erklärung: Es ist nicht in Ordnung, dass die Finanzministerin nicht zuhört, sondern Einträge im Facebook schreibt. Zitat: „Wie stark ist eine Allianz, die auf dem Buckel der finanziell Schwächsten spart, wie beispielsweise bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Strassenreinigung.“ W. Langhard erwartet von den Stadträten, dass sie fair sind und nicht wie Stadtrat St. Fritschi reagieren, der droht, die Schulreisen zu streichen. W. Langhard bittet die Stadträtinnen und Stadträte, die Situation zu analysieren und zu prüfen, wo die Sparmassnahmen ungesetzt werden können.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier erlaubt sich die Bemerkung, dass man nur dann diese Einträge mitbekommt, wenn man selber auch auf Facebook ist.

Ch. Kern (SVP): Vor einer Woche hat man grosses Entsetzen gemimt, als M. Wäckerlin (PP) getwittert hat. Was in der Zwischenzeit auf Facebook abgegangen ist und von Stadträten geäußert wurde, ist nicht mehr schön. Das ist zwar jedem seine Sache. Stadträtin Y. Beutler weiss aber genau, die Situation der Mitarbeitenden der Strassenreinigung wurde nicht verschlechtert. Sie erhalten nicht weniger Lohn. Sie werden auch weiterhin mit Arbeitsbekleidung versorgt etc. Ch. Kern bittet darum, dass Haltung bewahrt und die Sparanträge entsprechend entgegengenommen werden. Die SVP erwartet, dass keine Unwahrheiten verbreitet werden. Alles andere ist eher beschämend.

Stadträtin Y. Beutler erlaubt sich als Politikerin eine politische Haltung zu haben.

Stadträtin P. Pedergnana: Kürzung des Globalkredits um 63'800 Franken: Der Sachaufwand ist bereits deutlich reduziert worden. So können beispielsweise viele Drucksachen nicht mehr bestellt werden. Es sind elektronische Lösungen aufbereitet worden. Das Budget für Honorare und Dienstleistungen wurde um die Hälfte gekürzt. Diese Angaben scheinen zwar nicht zu interessieren, die Stadträtin will aber trotzdem informieren. Die GLP wird den Antrag durchziehen und eine Mehrheit erreichen.

Antrag der BBK zum Produkt 1, Raum und Verkehr: In Winterthur wird sehr viel gebaut und zwar in einem Mass, wie es der Grosse Gemeinderat bei der Festlegung des neuen Zonenplans nicht erwartet hat. In Zeiten einer schnell wachsenden Stadt führen mangelnde Ressourcen dazu, dass die öffentlichen Interessen gegenüber privaten Grundeigentümern nicht genügend vertreten werden können. Vielleicht ist das auch gewünscht, das weiss die Stadträtin nicht. Zurzeit finden zwei Prozesse statt. Zum einen wächst die Stadt und zum anderen wird sie verdichtet. Diese Verdichtung löst immer wieder Widerstand aus in den Quartieren. Das sieht man zum Beispiel beim Sulzerhochhaus oder in Einfamilienhausquartieren. Eine fachliche Begleitung dieser Verdichtung ist enorm wichtig. Ein Beispiel löst aktuell in Seen Diskussionen aus. Ein Einfamilienhaus wird abgerissen. Auf dem Grundstück sollen mehrere Wohnungen entstehen. Die fachliche Begleitung hat an der Bürglistrasse dazu geführt, dass verdichtet werden konnte und die Verdichtung im Quartier akzeptiert wurde. Es sind keine Rekurse und keine Einwendungen gegen den Gestaltungsplan oder gegen das Bauvorhaben eingegangen. Das ist ein Beispiel, wie die personellen Ressourcen sinnvoll eingesetzt werden können. Das öffentliche Interesse soll gut vertreten werden. Wenn das nicht gelingt, ist die nächste Generation die Leidtragende. Die Stadt vergibt sich viele Chancen, wenn ein Gestaltungsplan wie ein Selbstbedienungsladen behandelt werden muss, weil auf Seiten der Stadt zu wenig Personal vorhanden ist. Der Gestaltungsplan Werk 1 konnte auf Augenhöhe mit der Grundeigentümerin Implania verhandelt werden. Die Implania wird in

den nächsten Jahren für 1 Milliarde in Winterthur bauen. Die Hälfte davon im Werk 1 und die andere Hälfte in Neuhegi. Jetzt ist der Moment gekommen, um für Qualität zu sorgen. Der Gestaltungsplan zum Werk 1 wird im Gemeinderat demnächst beraten. Das Wohnen wurde begrenzt. Der Stadtrat konnte Wohnraum für ein breites Segment durchsetzen. Er konnte zudem eine Verkehrslösung aushandeln, von der auch die umliegenden Quartiere profitieren können. Die Raumplanung ist enorm wichtig und unverzichtbar. In den nächsten Jahren wird grossflächig verdichtet, mit Sondernutzungen, Rahmengestaltungsplänen und anderen Gestaltungsplänen. Damit grossräumige Verdichtungen überhaupt auf Akzeptanz stossen, ist es wichtig, dass gleichzeitig die öffentlichen Räume aufgewertet werden. Der Eulachpark konnte so ausgehandelt werden. Allerdings musste die öffentliche Hand für die Parkgestaltung bezahlen. In Neuhegi, Grüze und beim Werk 1 konnte die Stadt erreichen, dass die Privaten den öffentlichen Raum finanzieren. Das geht nur, wenn das entsprechende Personal zur Verfügung steht. Kein unternehmerisch denkender Mensch würde ausgerechnet in einem Wachstumsmarkt so vehement den Rotstift ansetzen. Das ist nicht nachhaltig und nicht fair der nächsten Generation gegenüber. Wenn in diesem Produkt reduziert wird, hat das Auswirkungen auf die Verkehrsplanung. Es muss aber gelingen die Projekte des Agglomerationsprogramms termingerecht einzureichen. Wenn das nicht möglich ist, verliert die Stadt die Gelder aus dem Programm. Diese Einsparungen hätte die Stadträtin gerne in der Kommission diskutiert. Jetzt weiss sie nicht, was damit erreicht werden soll. Geht es vor allem gegen Tempo-30-Zonen oder soll auf die Erschliessungsstrasse in Neuhegi/Grüze verzichtet werden? Soll die Stadt die Planung eines Tunnels stoppen? Ist das geplante Niveau für Verbesserungen für den Veloverkehr zu hoch? Die Stadträtin muss wissen was hinter diesem Sparantrag steckt. Der Stadtrat hat sich den ÖV-Hochleistungskorridor zum Ziel gesetzt. Das fällt aber niemandem in den Schoss, sondern muss erarbeitet werden. Auch die anderen verkehrsberuhigenden Massnahmen in den Quartieren können nur umgesetzt werden, wenn genügend Personal zur Verfügung steht. Die Personalressourcen sind bereits jetzt knapp. Darum ist dieser Antrag im Produkt 1 des Amts für Städtebau abzulehnen.

Produkt 2, Denkmalpflege: Reduktion um 100'000 Franken. Die Denkmalpflege sorgt in einer Stadt, die so schnell umgebaut wird, dafür, dass die Stadt ihre Identität da und dort bewahren kann. Das ist der Bevölkerung ein wichtiges Anliegen. In der Denkmalpflege verteilen sich ca. 300 % Stellenprozent auf 4 Personen. In Winterthur wird die praktische Denkmalpflege umgesetzt. Das heisst die Bauherrschaft wird beraten. Schutzverfügungen werden weniger erlassen. Mit einvernehmlichen Verträgen, die ausgehandelt werden, ist die Stadt besser bedient. Das Baupolizeiamt und das Amt für Städtebau sind gerne bereit bereits im Vorfeld Lösungen zu suchen und zu verhandeln. Das ist die besser, als bei der Baueingabe zu messen, zu bestimmen und zu verweigern. Das ist der unangenehmere und unerfreulichere Teil der Arbeit. Die Denkmalpflege versucht einvernehmliche Lösungen zu entwickeln. Die Kunden sollen sich mit der Lösung einverstanden erklären können, zudem wird das Risiko von Rekursen durch die Verbände reduziert.

Produkt 3, Beratung und Entwicklung, Reduktion um 100'000 Franken: Zurzeit wird pro Jahr ein Bauvolumen zwischen 600'000 Millionen und 1 Milliarde bewilligt. Die Beratung erfolgt mit 200 Stellenprozenten. Private Bauherren kommen zu mehr Qualität. Zudem wird abgeklärt, ob ein Bauvorhaben in das Quartier passt. In der Beratung werden diese Fragen geklärt. Wenn die Beratung reduziert wird, dann wird die Stadt vermehrt verfügen ohne Beratung. Die Kundenzufriedenheit wird sinken und das Risiko steigt, dass die Nachbarschaft Rekurs einlegt. Auch das Risiko, dass die Stadt aufgrund mangelnder Sorgfalt vor Gericht einen schweren Stand haben wird, ist erhöht. Die Reduktion führt zu geringeren Leistungen und dazu, dass die Vorhaben weniger sorgfältig oder nicht rechtzeitig entwickelt werden können. Gerade die Entwicklung ist enorm wichtig, weil zu Beginn eines Projekts die grösste Wirkung erzielt und Einsparungen realisiert werden können. Später im Prozess ist die Hebelwirkung viel kleiner. Stadträtin P. Pederngana empfiehlt den Ratsmitgliedern, diesen Antrag abzulehnen. Es sind offenbar aufwändige Interpellationen im Umlauf. Vielleicht muss der Rat, gemeinsam mit dem Stadtrat, eine neue Lösung finden. Vielleicht wäre es eine Lösung Vorstösse im Stil des Regierungsrates zu beantworten – kurz, knapp und nicht so detailliert wie bisher. Dann können Ressourcen eingespart werden. Wenn diese Sparanträge

angenommen werden – und es sieht danach aus – bittet die Stadträtin darum, nicht jedes Mal aufzuheulen, wenn der Stadtrat diese Aufträge umsetzt, sondern dazu zu stehen.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag abstimmen: Reduktion um CHF 150'000 bei Produkt 1 - Raum und Verkehr.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag abstimmen: Reduktion um CHF 100'000 bei Produkt 2 - Denkmalpflege.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag auf Namensaufruf abstimmen.

Der Rat: Mehr als 20 Ratsmitglieder stimmen dem Antrag zu.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag abstimmen: Reduktion um CHF 100'000 bei Produkt 3 - Beratung und Entwicklung.

	Ja	Nein		Ja	Nein
B. Baltensberger (SP)		X	St. Feer (FDP)	X	
Ch. Baumann (SP)		X	F. Helg (FDP)	X	
Ch. Benz – Meier (SP)			U. Hofer (FDP)	X	
K. Bopp (SP)		X	Th. Leemann (FDP)	X	
B. Helbling-Wehrli (SP)		X	Ch. Magnusson (FDP)	X	
R. Kappeler (SP)		X	D. Schneider (FDP)	X	
R. Keller (SP)		X	M. Wenger (FDP)	X	
B. Konyo Schwerzmann (SP)		X	K. Cometta-Müller (GLP)	X	
F. Künzler (SP)		X	S. Gyax-Matter (GLP)	X	
F. Landolt (SP)		X	B. Meier (GLP)	X	
S. Madianos-Hämmerle (SP)		X	A. Steiner (GLP)	X	
U. Meier (SP)		X	M. Zehnder (GLP)	X	
S. Näf (SP)		X	M. Zeuglin (GLP)	X	
S. Stierli (SP)		X	M. Wäckerlin (PP)	X	
Ch. Ulrich (SP)		X	J. Altwegg (Grüne)		X
E. Wettstein (SP)		X	R. Diener (Grüne)		X
N. Albl (SVP)	X		Ch. Griesser (Grüne)		X
G. Gisler-Burri (SVP)	X		A. Hofer (Grüne)		X
H. Keller (SVP)	X		D. Schraft (Grüne)		X
R. Keller (SVP)	X		D. Berger (AL)		X
Ch. Kern (SVP)	X		L. Banholzer (EVP)		X
W. Langhard (SVP)	X		N. Gugger (EVP)		X

Ch. Leupi (SVP)	X		B. Günthard Fitze (EVP)		X
J. Lisibach (SVP)	X		Ch. Ingold (EVP)		X
U. Obrist (SVP)	X		F. Albanese (CVP)	X	
D. Oswald (SVP)	X		M. Baumberger (CVP)	X	
P. Rütsche (SVP)	X		K. Brand (CVP)	X	
W. Steiner (SVP)	X		R. Harlacher (CVP)	X	
M. Thurnherr (SVP)	X		W. Schurter (CVP)	X	
M. Stutz (SD)	X				
Z. Dähler(EDU)	X				

Der Rat nimmt den Antrag mit 34 zu 25 Stimmen an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 63'800. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag abstimmen: Zielvorgaben / Messgrößen: Die Anzahl Veranstaltungen und Führungen der Denkmalpflege werden von 7 auf 4 reduziert.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag abstimmen. Reduktion der Anzahl Berichte in der Tages- und Fachpresse von 15 auf 12.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Verpflichtungskredite: Zu dem von der BBK gestellten Antrag wird kein Ablehnungsantrag gestellt: Planungsausgaben/Neuvermessungen Der Antrag der GLP auf Streichung ist damit angenommen. Der Stadtrat schliesst sich an. Der Globalkredit wurde um 413'800 Franken reduziert auf eine Budget von 7'518'208 Franken.

Departement Sicherheit und Umwelt

411000 Stadtrichteramt

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP hält an ihrem Antrag fest in dieser Produktegruppe den Globalkredit um 16'000 Franken zu reduzieren weniger Anschaffung von Mobilien weniger Dienstleistungen Dritter weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn.

B. Baltensberger (SP): Die SP lehnt diesen Antrag ab. Mit «effort 14+» muss das Stadtrichteramt bereits 200'000 Franken mehr Ertrag erwirtschaften. Das kann nur bedeuten, dass die Bussen schneller bearbeitet werden müssen, damit die entsprechenden Einnahmen ge-

neriert werden können. Wo soll diese Kürzung um 16'000 Franken vorgenommen werden? Im Konto Anschaffung von Mobilien sind diese Kürzungen nicht möglich und im Konto Dienstleistungen Dritter betreffen die grössten Posten Porti, Betreibungsgebühren und der Kauf von Papier. Das Amt kann in den angegebenen Konten diese Kürzungen nicht vornehmen. Das geht nicht. Wenn diese Anträge angenommen werden, kann die Verwaltung das Budget nicht einhalten.

D. Berger (Grüne/AL) kann dem nicht mehr viel hinzufügen. Wie gesagt, die beiden grossen Posten sind Porti und Betreibungsgebühren. Die Stadt könnte weniger Betreibungen veranlassen. Wenn sich das herumspricht, wird sich die Zahlungsmoral verschlechtern. Damit wird es dieser Produktgruppe nicht besser gehen. Die 200'000 Franken Mehreinnahmen, die generiert werden müssen, sind damit nicht zu schaffen.

Stadträtin B. Günthard-Maier: Das Stadtrichteramt leistet bei einem Nettoglobalkredit von 1,45 Millionen im Rahmen von «effort 14+» einen Beitrag von insgesamt 200'000 Franken an die Verbesserung des Budgets, durch budgetierte Mehrerträge in dieser Höhe. Wenn der Gemeinderat einen zusätzlichen Sparauftrag von 16'000 Franken im Bereich Mobilien, Dienstleistungen Dritter, Betriebs- und Verbrauchsmaterial und Priorisierung der Informatikprojekte gutheisst, würde das bedeuten, dass kaputtes Material nicht mehr ersetzt wird, dass der wöchentliche Reinigungsrythmus auf einen zweiwöchigen Rhythmus ausgedünnt wird und dass das Umsetzungstempo für eine elektronische Aktenführung verlangsamt wird. Das ist grundsätzlich rechtlich möglich und machbar. Der Stadtrat ist aber der Meinung, dass mit «effort 14+» genügend gespart wurde. Ob der Gemeinderat diesem zusätzlichen Sparauftrag zustimmen will oder nicht, werden die Ratsmitglieder vor dem Hintergrund dieser Zusatzinformationen als budgetverantwortliche Gemeinderätinnen und Gemeinderäte schlussendlich selber entscheiden müssen.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 16'000. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

424000 Stadtpolizei

B. Baltensberger (SP): Die SSK stellt folgenden Antrag: Erhöhung des Globalkredits um CHF 450'000 für die Einstellung von 3 Polizisten. Die FDP hat diesen Antrag in der Kommission gestellt. Er wurde mit 4 zu 4 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten angenommen. Begründung: Der Ausbau der Stadtpolizei wurde vom Volk, mit der Zustimmung zum stadträtlichen Gegenvorschlag, im November 2012 angenommen. Dieser beinhaltet, ausgehend von einem Korpsbestand im Jahr 2011 von 203 Stellen, eine Aufstockung bis ins Jahr 2016 auf 217 Stellen. Der Stadtrat hat im Budget 2014 diese Stellenaufstockung ausgesetzt. Die Finanzierung soll über eine zusätzliche Entnahme aus den Betriebsreserven der Produktgruppe Parkhäuser und Parkplätze laufen.

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP stellt den Antrag den Kredit um 288'200 Franken zu reduzieren. Auch bei der Stadtpolizei werden Anschaffungen getätigt und Dienstleistungen Dritter beansprucht, zudem wird Betriebs- und Verbrauchsmaterial benötigt. Auch die Informatikprojekte können unter die Lupe genommen werden.

F. Helg (FDP): Es gibt ein Argument für den Kommissionsantrag, der von der FDP-Fraktion eingebracht worden ist. 75 % der Stimmberechtigten hat vor einem Jahr einer Aufstockung des Polizeicorps zugestimmt. Der Auftrag des Volkes ist eindeutig. Respekt vor dem Volks-

entscheid bedeutet, jetzt mit der Aufstockung anzufangen, sodass ein Endbestand von 217 Stellen im Jahr 2016 erreicht wird und das mit einer kontinuierlichen Erhöhung von 3 Stellen pro Jahr. Seit einigen Tagen liegt die Umsetzungsvorlage des Stadtrates vor. Der Stadtrat erklärt, dass er eine schrittweise Umsetzung dieser Vorgabe will. Das heisst, dass einige Schritte notwendig sind und der Ausbau etappiert erfolgen soll. F. Helg appelliert vor allem an die Parteien, die wahrscheinlich gegen diese Erhöhung reden werden, aber vor einem Jahr die Ja-Parole ausgegeben haben, insbesondere SP, GLP, EVP, EDU und Piraten. Wer jetzt eine Verschiebung verlangt, topediert faktisch die Aufstockung, weil es unmöglich ist in nur zwei Jahren, nämlich 2015 und 2016, die geforderte Anzahl Polizisten zu rekrutieren. Wer faktisch diese Aufstockung torpediert, nimmt den Volkswillen nicht ernst. Im Publikum sitzen auch viele Leute aus dem normalen Volk. Es geht jetzt darum, dass das Volk ernst genommen wird. Wer den Volkswillen nicht ernst nimmt, handelt nicht nach demokratischen Regeln. F. Helg bittet die Ratsmitglieder, dem Kommissionsantrag zuzustimmen, die Verantwortung wahrzunehmen und den Volksentscheid vom November 2012 zu respektieren. Es ist wichtig festzustellen, wer wie abstimmt und wer die Verantwortung für diesen Entscheid trägt. F. Helg beantragt eine Abstimmung mit Namensaufruf.

J. Lisibach (SVP): Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in der Stadt Winterthur ist ein zentrales Anliegen. Sicher zu sein und sich sicher zu fühlen, sind gesellschaftliche Grundbedürfnisse. Defizite im Sicherheitsbereich beeinträchtigen nicht nur die Wohn- und Lebensqualität, sondern gefährden auch die wirtschaftliche Entwicklung. Die rund um die Uhr erforderliche Polizeipräsenz an den neuralgischen Orten, vor allem im Stadtzentrum, widerspiegelt sich nicht nur in hohen Einsatzzahlen, sondern entspricht auch einem weit verbreiteten Bedürfnis der Winterthurerinnen und Winterthurer. Das zeigen Bevölkerungsumfragen. Der Personalbestand in den Dienstgruppen hat sich seit Jahrzehnten kaum verändert, obwohl die Probleme in Winterthur und die Aufgaben der Stadtpolizei, Gefahrenabwehr und Störungsbeseitigung durch die Kräfte der Sicherheitspolizei, massiv zugenommen haben. Das zeigen auch die Einsatzzahlen. Zu berücksichtigen ist, dass der Polizeidienst heute aufgrund der gestiegenen Erwartungshaltung in der Bevölkerung und der höheren Komplexität der einschlägigen rechtlichen Grundlagen immer anforderungsreicher geworden ist. Ferner macht vor allem den älteren Mitarbeitenden der Schichtdienst zu schaffen. Zu den regulären Dienstzeiten wird die Belastung der Mitarbeitenden zusätzlich erhöht, bedingt durch zusätzliche Sondereinsätze, Ordnungsdienst an Grossveranstaltungen wie beispielsweise „Tanz dich frei“. Nicht zuletzt fällt in Betracht, dass angesichts der zunehmenden Gewalt und Drohung gegen Polizistinnen und Polizisten der Eigenschutz immer wichtiger wird und deshalb mehr Personal an der Front erforderlich ist. Das sind wortwörtlich die Aussagen des Stadtrates in der Medienmitteilung vom 6. Januar 2012 und im Gegenvorschlag zur Volksinitiative. F. Helg hat es bereits gesagt. Dieser Gegenvorschlag wurde mit 75 % angenommen. Es braucht nicht mehr Worte. Die SVP-Fraktion ist klar der Meinung, dass das Volk das letzte Wort hat und wird den Antrag unterstützen.

B. Günthard Fitze (EVP): Die EVP-Fraktion nimmt den Volkswillen ebenfalls ernst. Die Polizei ist aber bereits unterbesetzt. Es ist fraglich, wie die Polizei im Jahr 2014 genügend gute Leute finden soll. Die Kommissionsmitglieder wissen, dass das nicht einfach ist. Bis 2014 alle Stellen besetzt sind, wird es eine Weile dauern. Die EVP-Fraktion lehnt die zusätzlichen Stellen ab. Es ist eine Illusion. Man kann noch lange 3 zusätzliche Stellen wünschen, die Besetzung dieser Stellen ist illusorisch. Kürzungsantrag der GLP: Die Polizei hat ihren Beitrag zu «effort 14+» bereits geleistet und sehr viel Geld gespart. Den Kürzungsantrag in der Höhe von 288'200 Franken lehnt die EVP ab.

D. Berger (Grüne/AL) ist fein raus, weil seine Gruppierung ein doppeltes Nein in die Urne gelegt hat. Die linke Ratshälfte hat jetzt die Quittung dafür, dass sie dem Gegenvorschlag zugestimmt hat. Die rechte Ratsseite hat ihre Schäfchen im trockenen und kann sich auf den Volkswillen berufen. D. Berger hat zwei Mal nein gesagt. Alle Bereiche müssen sparen. In diesem Bereich kann es sich die Stadt leisten, ein Jahr lang die Aufstockung der Stellen hinauszuschieben. Wenn man die Polizisten nicht bereits 2014 einstellt, hat das keine Mehrkosten zur Folge, wie das in anderen Bereichen des Budgets der Fall ist. Die Streichung

gewisser Beträge wird die Stadt in Zukunft mehr Geld kosten. Es liegt deshalb drin, dass diese 3 Stellen erst später besetzt werden. Wie diese Stellen in Zukunft finanziert werden sollen, ist D. Berger aber nicht klar. Das wird man sehen. Der Kürzungsantrag der GLP ist schwierig. Gerade bei der Stadtpolizei sind viele Ausgaben essentiell, damit die Aufgaben erledigt werden können. Die Polizei hat bereits massiv gespart im Rahmen von «effort 14+». Es wird spekuliert, dass Dienstleistungen abgeschafft werden sollen, was tragisch wäre, wenn es zum Beispiel die Fachstelle für häusliche Gewalt betreffen würde. Hier weitere Einsparungen zu beschliessen, ist nicht richtig. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt beide Anträge ab.

B. Baltensberger (SP): Die SP lehnt den Antrag ab, den Globalkredit um 450'000 Franken zu erhöhen. Sie weiss nicht woher das Geld kommen soll. Die Betriebsreserven der Produktgruppe Parkhäuser und Parkplätze können nicht jahrelang geplündert werden. Diese Finanzierung ist nicht nachhaltig. Aus diesem Grund lehnt die SP den Antrag ab. Wenn man die Steuern nicht erhöhen will, kann man auch keine zusätzlichen Stellen schaffen. Die Kürzung des Globalkredits um 288'200 Franken lehnt die SP ab. Dieser Antrag ist erstaunlich. Es wird immer wieder betont, wie wichtig die Sicherheit ist. Von diesem Antrag wäre die Ausrüstung der Polizei betroffen, Pfefferspray, Drogenschnelltests etc., das heisst das Werkzeug, das die Stadtpolizei für die Arbeit benötigt. Darunter fällt auch der Ersatz der Streifenwagen. Es ist nicht nachvollziehbar, wie dieser Antrag zustande gekommen ist. Die Stadtpolizei hat bereits einen grossen Beitrag zu «effort 14+» geleistet und musste einen Stellenausbau verschieben, Gebühren anpassen etc. Wenn der Antrag der GLP angenommen wird, muss die Stadtpolizei noch mehr einsparen. Das würde auch heissen, dass die Kontrolle des ruhenden Verkehrs weiter ausgelagert werden müsste. Diese Einsparungen sind nicht umsetzbar und zwingt diese Produktgruppe gewisse Ausgaben gebunden zu erklären.

Z. Dähler (EDU): Die EDU hat bei der Volksabstimmung die Ja-Parole herausgegeben. Deshalb wird Z. Dähler dabei bleiben und den Antrag auf Erhöhung des Globalkredits um 450'000 Franken unterstützen. Wenn diese Stellen nicht besetzt werden können, weil die Kandidaten fehlen, dann ist das nicht relevant für das Budget.

N. Gugger (EVP) hofft, dass F. Helg (FDP) mit seiner Stadträtin über den Antrag gesprochen hat. Es nimmt N. Gugger wunder, ob bekannt ist, dass 12 Stellen bei der Stadtpolizei Winterthur nicht besetzt sind. Jetzt werden noch 3 weitere Stellen gefordert. Damit müssen 15 Stellen geschaffen werden. Dementsprechend ist es nicht relevant. Bisher wurde gespart und jetzt sollen 450'000 Franken zusätzlich ins Budget eingestellt werden. Auch wenn man vor einem Jahr noch ja gestimmt hat, kann man heute mit gutem Gewissen nein stimmen. Die EVP wird die Erhöhung des Budgets ablehnen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Es liegen zwei Anträge vor, einer mit dem mehr Polizisten gefordert werden und ein anderer mit dem weniger Mittel gesprochen werden sollen. Wer diesen beiden Anträgen zustimmt, will drei unbewaffnete Polizisten.

J. Lisibach (SVP): Die Reduktion des Globalkredits um 288'200 Franken ist eine Kröte, die geschluckt werden muss. Das tut wirklich weh. Die SVP wird aber auch in der Produktgruppe Stadtpolizei dem Antrag der GLP zustimmen. Das ist nicht ganz einfach. Der Widerspruch stimmt ein Stück weit. Wenn man das Ganze ins Lot bringen will, muss man manchmal über den eigenen Schatten springen. Die SVP ist dazu bereit.

Stadträtin B. Günthard-Maier: Die Stadtpolizei leistet bei einem Nettoglobalkredit von rund 26 Millionen im Rahmen von «effort 14+» einen Beitrag von rund 1,1 Millionen an die Verbesserung des Budgets 2014, durch Optimierungen im Bereich der Kontrolle des ruhenden Verkehrs, durch ein internetbasiertes Fundbüro, durch eine verzögerte Umsetzung des Gegenvorschlags zur Volksinitiative mehr Sicherheit für die Grossstadt Winterthur, indem der geplante Stellenausbau um drei Stellen verzögert wird, durch Mehreinnahmen durch Gebühren und durch diverse Massnahmen im Umfang von knapp einer halben Million, was einen massiven Leistungsabbau leider nicht ausschliesst. Stadträtin B. Günthard-Maier äussert

sich zur Stellenaufstockung und zur Bemerkung, dass gewisse Stellen noch nicht besetzt seien: Es ist so, dass die Differenz des Sollbestandes zum Effektivbestand heute 12 Stellen beträgt. Für 11 Stellen besuchen aber Aspirantinnen oder Aspiranten die Polizeischule. Die Polizei wird massiv aufgestockt. Ob eine weitere Aufstockung bereits jetzt sinnvoll wäre, zu dieser inhaltlichen Diskussion nimmt Stadträtin Günthard-Maier nicht Stellung. Grundsätzlich ist aber eine Erhöhung des Budgets der Stadtpolizei um 450'000 Franken rechtlich möglich und machbar. Ob eine Krediterhöhung zum Zweck einer Stellenaufstockung bereits 2014, vor den Hintergrund der Volksabstimmung, die F. Helg erwähnt hat und vor dem Hintergrund der finanziellen Lage der Stadt, opportun ist, muss der Gemeinderat, als Budgetverantwortlicher, entscheiden. Der Stadtrat hat gefunden, Nein.

Auch wenn der zusätzlichen Sparauftrag der GLP in der Höhe von 288'200 Franken im Bereich Mobilien, Dienstleistungen Dritter, Betriebs- und Verbrauchsmaterial und Priorisierung der Informatikprojekte gutgeheissen wird, kann im Bereich der Sachkosten nicht noch mehr eingespart werden. Die Stadtpolizei schafft bereits heute nur zwingend notwendiges Material an, das sie zur Erfüllung der Aufgaben benötigt. Eine Kürzung im Bereich Dienstleistungen Dritter hat zur Folge, dass im Bereich der Auslagerung der Kontrolle des ruhenden Verkehrs gespart werden muss. Es würden also weniger Kontrolleurinnen und Kontrolleure eingesetzt. Das hätte einen Einnahmefall zur Folge. Grundsätzlich ist eine Kürzung des Globalkredits um 288'200 Franken rechtlich möglich. Stadträtin B. Günthard-Maier kann nicht ausschliessen, dass dieser Betrag durch einen weiteren Leistungsabbau kompensiert werden müsste. Sie verzichtet aber darauf, konkret zu benennen über welchen Leistungsabbau zurzeit nachgedacht wird. Sie will sich nicht dem Vorwurf aussetzen, dass die den Gemeinderat unter Druck setzen will. Sie hat aber die SSK bereits im Rahmen der Einsparungen von einer halben Million, die mit «effort 14+» eingespart werden sollen, darüber informiert, in welche Richtung gedacht werden muss. D. Berger hat bereits etwas angetönt. Der Stadtrat ist aber der Meinung, dass mit «effort 14+» genügend gespart wurde, auch in diesem Bereich. Ob der Gemeinderat diesem zusätzlichen Sparauftrag und einer Kürzung des Globalkredits um 288'200 Franken zustimmen will oder nicht, werden die Ratsmitglieder vor dem Hintergrund dieser Zusatzinformationen als budgetverantwortliche Gemeinderätinnen und Gemeinderäte schlussendlich selber entscheiden müssen.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Antrag 1: Es wurde ein Antrag auf Namensaufruf gestellt.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag abstimmen: Erhöhung des Globalkredits um CHF 450'000 für die Einstellung von 3 Polizisten.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 288'200. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat lehnt den Antrag mit 32 zu 26 Stimmen ab.

425000 Betrieb Parkhäuser und Parkplätze

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP beantragt eine Kürzung von 21'100 Franken.

N. Gugger (EVP): Heute Abend wurden bereits 1,4 Millionen gespart, dementsprechend wird die EVP-Fraktion den Antrag ablehnen.

Stadträtin B. Günthard-Maier: Dieser Sparauftrag ist grundsätzlich machbar.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 21'100. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

430000 Feuerwehr

D. Berger (Grüne/AL) stellt einen Erhöhungsantrag von 8'000 Franken. Als er diesen Antrag ausgearbeitet hat, war D. Berger nicht bekannt, dass die GLP so viele Anträge stellen wird. Er zieht seinen Antrag trotzdem durch und stellt im Namen der Fraktion Grüne/AL folgenden Antrag: Erhöhung des Globalkredits um CHF 8'000, mit dem Ziel die gemeinsamen Übungen mit den anderen Corps beibehalten zu können. Der Betrag ist klein, die Auswirkungen sind aber relativ gross. In der Produktegruppe Feuerwehr wurde in der zweiten Runde von «effort 14+» eine Reduktion von 100'000 Franken beim Personal und den Sachkosten beschlossen. Konkret könnte das bedeuten, dass die Übungen zwischen der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr gestrichen werden. Das ist eine Sparmassnahme, die längerfristig einen Schuss in den Ofen bedeutet. In den letzten Jahren hat man versucht mit Werbekampagnen Freiwillige für die Feuerwehr anzulocken. Das hat häufig gefruchtet. Ein wichtiger Motivationspunkt für die freiwillige Feuerwehr sind die gemeinsamen Übungen mit der Berufsfeuerwehr. Die Stadt hat Geld investiert, um Leute zu rekrutieren und jetzt soll ein wichtiger Motivationspunkt wieder gestrichen werden. Längerfristig wird es schwieriger Freiwillige zu finden. Bereits jetzt bleiben die Leute nicht lange bei der freiwilligen Feuerwehr. Der Effekt wird sein, dass entweder eine neue Werbekampagne gestartet werden muss oder die Berufsfeuerwehr ausgebaut werden. Beides kostet Geld. Mit diesem Beispiel will D. Berger aufzeigen, dass auch in den «effort 14+» Massnahmen Einsparungen enthalten sind, die nicht nachhaltig sind und unter Umständen Mehrkosten generieren können.

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP stellt den Antrag den Globalkredit um 64'200 Franken zu kürzen – weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn.

B. Helbling (SP): Die SP anerkennt die Notwendigkeit der freiwilligen Feuerwehr und findet deren Einsatz sehr wichtig. Durch die Restrukturierung und die Anpassung der Alarmierung soll die freiwillige Feuerwehr stärker in die Einsätze der Feuerwehr eingebunden werden. Das wurde in der SSK erklärt. Somit können sie vermehrt mit den Profis zusammenarbeiten. Das kann hoffentlich die Motivation der freiwilligen Feuerwehr steigern. Aus diesem Grund ist es vertretbar, aufgrund der Sparmassnahmen die gemeinsamen Übungen nicht mehr durchzuführen. Die SP lehnt den Antrag um Erhöhung des Globalkredits um 8'000 Franken ab. Zum Antrag der GLP, Kürzung des Globalkredits um 64'200 Franken: In der SSK wurde erklärt, wie 100'000 Franken bei den Sach- und Personalkosten gespart werden sollen. Jetzt sollen erneut 64'200 Franken bei den Sachkosten eingespart werden. B. Helbling hat sich die Aufstellung genau angeschaut. Es ist nicht nachvollziehbar, wie dieser Betrag eingespart werden kann. Es betrifft die Alarmierung und den Funkbetrieb, das heisst die Alarmierungskosten der Feuerwehr, Benutzungsgebühren für Pager, Funkkonzessionen etc. B. Helbling sieht nicht wie in diesen Bereichen gespart werden kann. Die SP lehnt den Antrag ab.

K. Cometta (GLP/PP): Man muss nicht lange über die Erhöhung von 8'000 Franken diskutieren. Trotzdem will K. Cometta festhalten, dass die freiwillige Feuerwehr sehr wichtig ist und dass auch die GLP sehr froh ist, dass die Berufsfeuerwehr das erkannt hat und die Zu-

sammenarbeit sucht. In der Kommission konnte glaubhaft aufgezeigt werden, dass die Zusammenarbeit mit der freiwilligen Feuerwehr intensiviert wird. In diesem Sinne ist es vertretbar, wenn auf die gemeinsamen Übungen verzichtet wird.

B. Günthard Fitze (EVP): Erhöhung des Globalkredits um 8'000 Franken: Die Berufsfeuerwehr leistet in Zusammenarbeit mit der freiwilligen Feuerwehr sehr viel. Auch wenn die Erhöhung lediglich 8'000 Franken beträgt, die EVP unterstützt diesen Antrag. Die Feuerwehr hat bereits einen grossen Sparbeitrag geleistet. Sie muss viele gesetzlicher Vorgaben erfüllen. Aus diesem Grund ist der GLP Antrag, die Reduktion des Globalkredits um 64'200 Franken, eine Theorie. Die EVP lehnt diesen Antrag ab.

F. Helg (FDP): Die FDP anerkennt den Wert der freiwilligen Feuerwehr. Die 8'000 Franken können aber auch anders erhältlich gemacht werden, wenn man das unbedingt möchte. Die FDP lehnt diesen Antrag ab.

Stadträtin B. Günthard-Maier: Die Feuerwehr leistet bei einem Nettoglobalkredit von 7,6 Millionen im Rahmen von «effort 14+» einen Beitrag von insgesamt 330'000 Franken an die Verbesserung des Budgets 2014. Das wird durch eine Verschiebung der geplanten Stellenplanerhöhung, durch diverse Anpassungen bei der Leistungsvereinbarung und durch eine Reduktion der Personal- und Sachkosten erreicht. Man hat es Ansatzweise bereits gehört, vorgesehen ist ein verminderter Unterhalt der Fahrzeuge und Gebäude, eine verzögerte Materialbeschaffung und der Verzicht auf Aus- und Weiterbildungen der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr, die ausserhalb der Schicht geleistet werden müssten und Zusatzstunden generieren würde. Antrag D. Berger: Der Stadtrat hat beschlossen, dass die Feuerwehr im Rahmen von «effort 14+» einen Sparbeitrag von 330'000 leistet. Grundsätzlich wäre eine Erhöhung um 8'000 Franken aber rechtlich möglich und machbar. Zum Antrag der GLP, Kürzung des Globalkredits um 64'200 Franken im Bereich Mobilien, Dienstleistungen Dritter, Betriebs- und Verbrauchsmaterial und Priorisierung der Informatikprojekte: Die Feuerwehr kauft bereits heute nur zwingend notwendiges Material ein. Im Konto Dienstleistungen Dritter sind die Kosten für die Pageralarmierung enthalten. Die Feuerwehr müsste zusätzlich im Bereich des Gebäudeunterhalts und der freiwilligen Feuerwehr sparen, um diesen Antrag umzusetzen und zwar durch die Reduktion der Ausbildung und der Schutzausrüstung der freiwilligen Feuerwehr. Grundsätzlich ist dieser Antrag rechtlich möglich aber schwierig machbar. Der Stadtrat ist aber der Meinung, dass mit «effort 14+» bei der Feuerwehr genügend gespart wurde. Die Ratsmitglieder können auf dem Hintergrund dieser Zusatzinformationen als budgetverantwortlicher Gemeinderat entscheiden.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag von D. Berger abstimmen: Erhöhung des Globalkredits um 8'000 Franken, mit dem Ziel die gemeinsamen Übungen mit den anderen Corps beibehalten zu können.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 64'200. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit wurde um 64'200 Franken reduziert und beträgt neu 7'555'674 Franken.

460000 Zivilschutz

A. Steiner (GLP): Die GLP beantragt eine Kürzung von 32'100 Franken.

B. Helbling (SP): Im Rahmen von «effort 14+» hat der Zivilschutz bereits einen Beitrag von rund 500'000 Franken geleistet durch strukturelle Massnahmen. Dazu soll es eine Machbarkeitsstudie geben. Es wurde ausgeführt, dass es sehr schwierig wird diese Sparvorgaben zu erreichen. Wenn jetzt erneut gekürzt wird, dann sind auch die persönlichen Ausrüstungen betroffen. Die SP lehnt den Antrag ab. Niemand weiss genau wo gespart werden soll.

Stadträtin B. Günthard-Maier: Der Zivilschutz leistet mit einem Nettoglobalkredit von 3,2 Millionen im Rahmen von «effort 14+» einen Beitrag von einer halben Million an die Verbesserung des Budgets der Stadt durch strukturelle Massnahmen, die mit einer Machbarkeitsstudie noch genau abgeklärt werden. Wenn der Gemeinderat einen zusätzliche Sparauftrag von 32'100 Franken im Bereich Mobilien, Dienstleistungen Dritter, Betriebs- und Verbrauchsmaterial und der Priorisierung der Informatikprojekte unterstützt, dann würde das heissen, dass im Bereich Material noch mehr eingespart werden müsste, wenn Stellen vakant werden, könnten sie gar nicht oder verzögert besetzt werden. Generell würde die Einsatzfähigkeit reduziert. Grundsätzlich ist der Antrag rechtlich möglich und machbar. Der Stadtrat ist aber der Meinung, dass auch in diesem Bereich im Rahmen von «effort 14+» genügend gespart wurde. Wenn der Gemeinderat diesem zusätzlichen Sparauftrag zustimmen will, ist das die Sache der Ratsmitglieder. Vor dem Hintergrund dieser Zusatzinformationen sind sie die budgetverantwortlichen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 32'100. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit wurde um 32'100 Franken reduziert und beträgt neu 3'173'375 Franken.

460000 Melde- und Zivilstandswesen

U. Obrist (SVP) stellt folgenden Kommissionsantrag: Kürzung des Globalkredit um CHF 50'000 mit dem Ziel die geplante Stellenerhöhung rückgängig zu machen. Der Antrag wurde in der Kommission mit 7 zu 2 Stimmen gutgeheissen. Im Weiteren wurden von der linken Seite Anträge zur Anpassung der Zielvorgaben /Messgrössen gestellt: Zufrieden und sehr zufrieden in %: Anpassung der parlamentarischen Zielvorgabe von 95% auf 90%. Der Antrag wurde mit 7 zu 2 Stimmen gutgeheissen. Die Einwohnerkontrolle erledigt Kundenauftrag innert 2 Tagen in %: Anpassung der parlamentarischen Zielvorgabe von 90% auf 85%. Die Kundschaft der Einwohnerkontrolle wird innert 12 Minuten bedient in %: Anpassung der parlamentarischen Zielvorgabe von 80% auf 75%. Auch diese Anträge wurden in der Kommission mit 7 zu 2 Stimmen gutgeheissen. Die geplante Stellenerhöhung kann damit problemlos rückgängig gemacht und das Globalbudget um 50'000 Franken reduziert werden.

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP beantragt den Globalkredit um 30'400 Franken zu kürzen.

B. Baltensberger (SP): Den Kürzungsantrag der GLP in der Höhe von 30'400 Franken lehnt die SP ab. Es ist kaum möglich diesen Betrag einzusparen. Wenn Reparaturen notwendig sind oder Anschaffungen ist die Kürzung schwierig umzusetzen. Das Gleiche gilt für

das Betriebs- und Verbrauchsmaterial. Im Konto Dienstleistungen Dritter ist ein Informatikprojekt enthalten, das die Zusammenarbeit mit anderen Ämtern, zum Beispiel mit dem Steueramt, ermöglicht. Diesem Projekt könnte damit der Stecker gezogen werden. Das ist nicht sinnvoll. Auch dieser Antrag hindert eine Verwaltungseinheit daran, ihre Arbeit zu erledigen, weil das Material fehlt. Dieser Sparantrag ist sinnlos und abzulehnen.

D. Berger (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion lehnt beide Anträge ab. Sowohl die Kürzung der GLP als auch die Kürzung des Globalkredits um 50'000 Franken um die geplante Stellenerhöhung rückgängig zu machen. Diese Produktegruppe hat immer sehr gut gewirtschaftet, obwohl die Stadt gewachsen ist, wurde der Stellenetat nicht erhöht, im Gegenteil, er ist gleich geblieben. Jetzt müssen neue Aufgaben bewältigt werden, zum Beispiel im Rahmen des kantonalen Integrationsprogramms. Die Stellenaufstockung ist begründet. Es geht darum, die Vorgaben zu erfüllen. Es ist deshalb unsinnig, wenn eine Produktegruppe bestraft wird, die endlich ein wenig wachsen will, weil ein Nachholbedarf besteht. Den Antrag der GLP lehnt die Grüne/AL-Fraktion ab. Die Kosten im Konto Dienstleistungen Dritter betreffen vor allem ein Informatikprojekt, das in Zusammenarbeit mit anderen Stellen realisiert werden soll. Das ist ein laufender Prozess. Dort zu kürzen, bringt nichts. Wenn man die Summe der restlichen Konten betrachtet, erschliesst es sich nicht, wo gekürzt werden kann.

B. Günthard Fitze (EVP) hat in der Kommission die Kürzung des Globalkredits um 50'000 Franken unterstützt. Zusammen mit dem Antrag der GLP, der in der Kommission nicht besprochen werden konnte, kann die EVP diese Anträge nicht unterstützen. Das Melde- und Zivilstandswesen arbeitet sehr effizient. Aus diesem Grund lehnt die EVP beide Anträge ab.

Stadträtin B. Günthard-Maier: Das Melde- und Zivilstandswesen leistet bei einem Nettoglobalkredit von 1,8 Millionen im Rahmen von «effort 14+» einen Beitrag von 12'000 Franken an die Verbesserung des Budgets 2014 durch eine Neuorganisation der Trauungen. Wenn der Gemeinderat einen zusätzlichen Sparauftrag von 50'000 Franken durch den Verzicht auf eine geplante Stellenplanerhöhung und eine entsprechende Anpassung der Zielvorgaben vorsehen sollte, ist das grundsätzlich machbar. Der Stadtrat ist aber der Meinung, dass in diesem Bereich bereits genug gespart wurde. Wenn der Gemeinderat einen weiteren Sparauftrag von 30'400 Franken im Bereich Mobilien, Dienstleistungen Dritter, Betriebs- und Verbrauchsmaterial und Priorisierung von Informatikprojekten gutheissen würde, würde das bedeuten, dass ein Teil des Bereichs Dienstleistungen Dritter eingespart werden könnte. Im Bereich Informatik kann kaum gespart werden. Das laufende Projekt GREKOS (Grundsteuern, Einwohnerkontrolle, Ordentliche Steuern) wäre betroffen. Das Projekt dient der Zusammenarbeit mit anderen Bereichen, zum Beispiel mit dem Steueramt. Das Projekt hat zum Ziel, die Effizienz zu steigern. Im Bereich Mobilien und Material könnte nichts eingespart werden, weil bereit nur das Nötigste eingekauft wird. Grundsätzlich ist auch dieser Sparauftrag rechtlich möglich und machbar. Aber der Stadtrat ist der Meinung, dass mit «effort 14+» bereits genug gespart wurde. Ob der Gemeinderat diesem zusätzlichen Sparauftrag zustimmen will oder nicht, werden die Ratsmitglieder vor dem Hintergrund dieser Zusatzinformationen als budgetverantwortliche Gemeinderätinnen und Gemeinderäte selber entscheiden müssen.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag abstimmen: Kürzung des Globalkredit um CHF 50'000 mit dem Ziel die geplante Stellenerhöhung rückgängig zu machen.

Der Rat nimmt den Antrag deutlich an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 30'400. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über die Änderung der Zielvorgaben /Messgrössen abstimmen: Kundenorientierung: Zufrieden und sehr zufrieden in %: Anpassung der parlamentarischen Zielvorgabe von 95% auf 90%.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über die Änderung der Zielvorgaben /Messgrössen abstimmen: Die Einwohnerkontrolle erledigt einen Kundenauftrag innert 2 Tagen in %: Anpassung der parlamentarischen Zielvorgabe von 90% auf 85%.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über die Änderung der Zielvorgaben /Messgrössen abstimmen: Die Kundschaft der Einwohnerkontrolle wird innert 12 Minuten bedient in %: Anpassung der parlamentarischen Zielvorgabe von 80% auf 75%.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit wurde um 80'400 reduziert auf neu 1'792'291 Franken.

Umwelt- und Gesundheitsschutz

B. Helbling (SP) stellt folgenden Kommissionsantrag: Das Label Energiestadt Gold Parlamentarische Zielvorgaben die Leistungsmengen durch '-' ersetzen. Es ist ungewiss, ob das Label Energiestadt voll erreicht werden kann. Deshalb soll die Leistungsmenge durch einen Bindestrich angegeben werden. Der zweite Antrag betrifft die Zielerreichung Goldmedaille. Zurzeit ist im Novemberbrief im Soll 2014 ein Zielerreichungsgrad von 78 % aufgeführt. Auch darauf soll verzichtet werden.

A. Steiner (GLP/PP): Auch wenn es schwerfällt in dieser Produktegruppe Kürzungen vorzunehmen, will die GLP konsequent sein. In diesem Bereich gibt es ebenfalls Anschaffungen von Mobilien, Dienstleistungen Dritter, Betriebs- und Verbrauchsmaterial und Informatikprojekte. Die GLP beantragt eine Kürzung von 26'100 Franken.

B. Helbling (SP): Kürzung des Globalkredits um 26'100: In der Produktegruppe Gesundheits- und Umweltschutz werden durch «effort 14+», zweite Runde, 200'000 Franken bei den Dienstleistungen Dritter und 350'000 Franken durch strukturelle und weitere Massnahmen eingespart. Durch die grossen Kürzungsaufträge werden nur noch Verbrauchs- und Betriebsmaterialien beschafft, die wirklich benötigt werden. Informatikprojekte sind nicht vorgesehen und sämtliche nicht benötigte Hardware wurde an die IDW zurückgegeben. In dieser Produktegruppe bedeutet eine weitere Kürzung um 26'100 Franken Einsparungen bei der Fachstelle nachhaltige Entwicklung.

Kommissionsanträge: Die SP sieht keinen Sinn darin, die Zielvorgaben der Leistungsmenge inaktiv zu setzen. Es ist weiterhin möglich die Vorgaben des Energielabels zu verfolgen, wenn auch nur in internen Audits. So wird das bereits jetzt in dieser Produktegruppe gehandhabt. Die SP lehnt die Anpassung der Zielvorgaben ab.

R. Diener (Grüne/AL) wollte ursprünglich beantragen, dass der Globalkredit um 50'000 Franken erhöht werden soll. Diesen Antrag zieht er zurück, weil er nicht mehr angezeigt ist. Es sind so viele Sparanträge angenommen worden, dass es auf diese 50'000 Franken nicht mehr ankommen. Das Resultat der Volksabstimmung muss aber berücksichtigt werden. Das Volk hat mit 70 % Ja-Stimmen dem Energiekonzept zugestimmt. Dabei geht es um Investitionen in erneuerbare Energien. Das Gesundheits- und Umweltschutzamt hat eine wichtige

Funktion. Die Abschaffung der Zielwerte in Bezug auf das Label Energiestadt und den Zielerreichungsgrad Goldmedaille ist bedenklich. Die Grüne/AL-Fraktion hat die Kröte geschluckt und die Einsparungen im Rahmen von «effort 14+» akzeptiert. In Bezug auf die Zielerreichung, die in Zukunft angestrebt werden soll, darf auf keinen Fall alles gestrichen werden. Das wäre für die Zukunft der Stadt fatal und für zukünftige Generationen ein falsches Zeichen. Die Stadt soll im Gegenteil an diesen Zielen weiterarbeiten und versuchen mit den beschränkten Mitteln die Ziele möglichst weitgehend zu erreichen. Es ist noch immer einiges möglich. Die Stadt soll weiterhin das Goldlabel anstreben. Deshalb dürfen die Zielwerte auf keinen Fall gestrichen werden. Auch der Energiestadtprozess soll weiterhin verfolgt werden. Damit kann der Bevölkerung gezeigt werden, dass die Stadt als grösste Arbeitgeberin in Winterthur und als wichtige öffentliche Mediatorin eine Vorbildwirkung hat. Auch den Kürzungsantrag der GLP lehnt die Grüne/AL-Fraktion ab. Die Leistungen sollen mit diesem Antrag weiter reduziert werden. Das ist schief. Mit der Volksinitiative haben die Grünen und die Grünliberalen gemeinsam für ihre Anliegen gekämpft und die Abstimmung gewonnen. R. Diener versteht nicht, dass die GLP diesen Kürzungsantrag stellt. Genauso wie er nicht verstanden hat, dass auch bei den Polizeistellen gekürzt wurde. Das ist unglaublich und zerstört die Mittel, die benötigt werden um etwas zu erreichen, einerseits bei der Sicherheit und andererseits bei der Planung der Energiezukunft. Die Fraktion lehnt alle Anträge ab.

K. Cometta (GLP/PP): Das Winterthurer Volk hat ja gesagt zur 2000-Watt-Gesellschaft. Das Goldlabel gehört dazu und zwar nicht nur damit sich die Stadt mit dem Label schmücken kann, sondern weil es ein Monitoring beinhaltet, das zeigt, ob die Stadt auf dem richtigen Weg ist und die Zielvorgaben erreichen kann. Das Goldlabel ist eine Voraussetzung für die Beteiligung der Stadt an Projekten des Bundes – Stichwort Smart City. Damit kann die Stadt Fördergelder vom Bund erhalten. Der Stadtrat hat in der Antwort auf die schriftliche Anfrage von K. Cometta erklärt, dass er weiterhin das Goldlabel erreichen will und weiterhin Mitglied bleibt im Verein der Energiestädte. Gemäss Novemberbrief schafft er das auch. Deshalb lehnt die GLP/PP-Fraktion die FDP Anträge ab. Der Stadtrat soll weiterhin das Goldlabel anpeilen.

B. Günthard Fitze (EVP): Den GLP Antrag lehnt die EVP ab. Die Produktegruppe hat bereits einen hohen Sparbeitrag geleistet. Die erneute Kürzung um 26'100 Franken ist zu viel des Guten. Parlamentarische Zielvorgaben: Die EVP schliesst sich dem Stadtrat an. Die Zielevorgaben sollen nicht verändert werden. Auch wenn es schwierig ist, soll das Goldlabel angestrebt werden.

F. Helg (FDP): Die beiden Anträge zu den Zielvorgaben sind Kommissionsanträge keine Anträge der FDP. Es ist einfach ein Nachvollzug des Antrags des Stadtrates im «effort14+» Programm 100'000 einzusparen. Es ist nicht so wie R. Diener das gesagt hat, die Zielvorgaben sollen nicht einfach gestrichen werden. Sie sollen inaktiv gesetzt werden. Das hat B. Helbling bereits ausgeführt. Die FDP hätte auch den Antrag stellen können, die Zielvorgaben zu streichen. Das ist nicht der Fall. Indem die Zielvorgaben auf inaktiv gesetzt werden, signalisiert der Gemeinderat, dass es keine Priorität hat, das Goldlabel zu erreichen.

Stadträtin B. Günthard-Maier: Das Umwelt- und Gesundheitsamt verfügt über einen Nettoglobalkredit von 1,9 Millionen, nach «effort 14+». Im Rahmen von «effort 14+» hat die Produktegruppe einen Beitrag an die Verbesserung des Budgets 2014 der Stadt geleistet. Das wurde durch folgende Massnahmen erreicht: Verzichtsmassnahmen im Bereich des Energielabels, es werden weniger Veranstaltungen durchgeführt. Dieser Sparbeitrag wird von verschiedenen Bereichen mitgetragen. Weiter Verbesserungen werden durch eine spätere Einführung der Kontrollen des Badewassers, Einsparungen bei den Gebrauchsgegenständen, Wegfallen des Beitrags an Blue-Tech, Mehreinnahmen durch Bundesbeiträge an ein Förderprogramm für Gewerbekühlschränke, durch strukturelle Massnahmen, durch Mehreinnahmen bei den Gebühren des Lebensmittelinspektorats und durch eine Reduktion der Beiträge an Dienstleistungen Dritter. Wenn der Gemeinderat einen zusätzliche Sparauftrag von 26'100 Franken im Bereich Mobilien, Dienstleistungen Dritter, Betriebs- und Ver-

brauchsmaterial und der Priorisierung der Informatikprojekte erteilt, kann die Stadträtin das wiederholen, was B. Helbling bereits gesagt hat. Es gibt im Moment kein Informatikprojekt das priorisiert werden könnte. Eine Globalkreditkürzung müsste durch eine Priorisierung oder Reduktion im Bereich der Projekte für die Umweltpolitik und die nachhaltige Entwicklung erfolgen. Der Stadtrat ist der Meinung, dass mit «effort 14+» auch im Umwelt- und Gesundheitsamt genügend gespart wurde. Ob der Gemeinderat diesen zusätzlichen Sparaufträgen zustimmen will oder nicht, werden die Ratsmitglieder vor dem Hintergrund dieser Zusatzinformationen als budgetverantwortliche Gemeinderätinnen und Gemeinderäte selber zu entscheiden haben.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 26'100. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über die Änderung der Zielvorgaben /Messgrössen abstimmen: Label Energiestadt: Label Energiestadt Gold Parlamentarische Zielvorgaben die Leistungsmengen durch '-' ersetzen.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über die Änderung der Zielvorgaben /Messgrössen abstimmen: Zielerreichungsgrad Goldmedaille: Label Energiestadt Gold Parlamentarische Zielvorgaben die Leistungsmengen durch '-' ersetzen.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Das Globalbudget wurde um 26'100 Franken reduziert und beläuft sich neu auf 1'927'641 Franken.

Departement Schule und Sport

514000 Volksschule

J. Lisibach (SVP) stellt folgenden Antrag, den die GLP in die Kommission eingebracht hat: Kürzung des Globalkredits um CHF 60'000 (5/12 Stelle) mit dem Ziel, dass bei Produkt 1 Therapien weniger Psychomotorik geleistet wird. Der Antrag wurde in der Kommission mit 5 zu 4 Stimmen angenommen.

Verpflichtungskredite: Schulanlage Erlenstrasse: Sanierung, Erweiterung: Schulgebäude, Projektierung: Korrektur der Bewilligungsart auf vom Gemeinderat mit dem Budget bewilligter Verpflichtungskredit B anstatt gebundene Ausgabe §. Zudem wird der Kredit auf CHF 100'000 korrigiert. Schulgebäude, Ausführung: Korrektur bei der Ausführung. Diese wird gestrichen.

Rebwiesen: Erweiterungsneubauten: Schulgebäude, Projektierung: Korrektur der bewilligten Gesamtsumme auf neu 2'500'000 davon 150'000 Projektierung und 2'350'000 Ausführung. Schulgebäude, Ausführung: Korrektur der bewilligten Gesamtsumme auf neu 2'500'000 davon 150'000 Projektierung und 2'350'000 Ausführung.

Schulhaus Hohfurri: Schulgebäude, Projektierung: Sanierung: Korrektur der Bewilligungsart auf vom Gemeinderat mit dem Budget bewilligter Verpflichtungskredit B anstatt gebundene Ausgabe §.

Pavillon TMZ Neubau: Schulgebäude, Ausführung: Korrektur der Bewilligungsart auf gebundene Ausgabe § anstatt noch nicht bewilligte Ausgabe #.

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP stellt folgenden Antrag: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: 1'291'800 Franken. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Die Volksschule ist eine riesige Produktegruppe, entsprechend ist der Kürzungsantrag auch sehr hoch ausgefallen. Es werden aber in dieser Produktegruppe sehr viele Materialien und Mobilien eingekauft. Deshalb wird man sicher einen grossen Sparbeitrag leisten können. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf 1,2918 Millionen. Die GLP geht aber davon aus, dass der Stadtratskredit einen Teil davon abdecken muss, damit die Kürzung nicht ganz so hoch ausfällt. Die GLP hat die Verteilung so nicht gewollt. Sie hat immer erklärt, dass eine bessere Verteilung möglich wäre. Aus diesem Grund schlägt die GLP eine Erhöhung des Stadtratskredits vor. Aber auch an der Volksschule sind Möglichkeiten zum Sparen vorhanden. Mobiliar: Es ist nicht bekannt, wie viel Mobiliar noch in den Kellern lagert. Ob die Inventarisierung der Möbel abgeschlossen ist, weiss A. Steiner nicht. Die Volksschule muss im nächsten Jahr einiges einsparen, zum Beispiel indem nachgeschaut wird, was alles an Lager ist. Womöglich kann auch im Bereich Energie gespart werden. Eine kantonale Anlage hat allein mit Energiesparmassnahmen 25'000 Franken pro Jahr einsparen können. Mit den richtigen Massnahmen sind Einsparungen möglich.

S. Madianos (SP): Psychomotorik-Therapie: Für Therapien stehen 26 Vollzeiteinheiten zur Verfügung, 5 davon betreffen die Psychomotorik, das heisst für die ganze Stadt stehen 5 Stellen für Psychomotorik zur Verfügung. Mit diesem Antrag wird eine von 5 Stellen ab August 2014 eingespart. Damit wird das Angebot um 20 % reduziert. S. Madianos zeigt, dass eine lange Warteliste besteht. Es dauert 12 Monate bis ein Kind die Psychomotorik-Therapie besuchen kann. Es wird begründet, dass die Kinder fast automatisch diese Therapie besuchen. Diese Begründung reicht der SP nicht. Sie ist gerne bereit genauer hinzuschauen und zu prüfen, ob eine Streichung Sinn macht. Aufgrund von Hörensagen ist die SP nicht bereit, den Globalkredit zu kürzen. Die Psychomotorik leistet einen wichtigen Beitrag an die Förderung der Kinder im motorischen Bereich. Feinmotorik und Grobmotorik können durch die Therapie verbessert werden. Das betrifft vor allem Kinder, die grosse Schwierigkeiten haben. Die Therapie ist zudem Kostengünstig. Den Kindern kann bereits sehr früh geholfen werden. Wenn sie erst später erfasst werden, sind die Massnahmen viel teurer. Die SP findet es verantwortungslos, das gespart werden soll ohne genau hinzuschauen. Sie lehnt den Antrag, bei der Psychomotorik zu sparen, ab.

Die GLP beantragt eine Kürzung von rund 1,3 Millionen bei den Sachkosten. Das ist ein Drittel des gesamten Betrags, der in den genannten Konten in der Volksschule anfällt. Es sind also nicht nur 0,6631 %, sondern ein Drittel des gesamten Betrages in diesen Kontenarten, der eingespart werden muss. Man kann sich fragen, warum die Schule so viel Geld benötigt. Benötigen die 10'000 Schülerinnen und Schüler wirklich so viel Mobiliar oder gehen sie jede Woche auf eine Exkursion oder auf eine Schulreise? Wenn man die Kosten genau prüft, die für Mobiliar eingestellt sind, sieht man, dass für das Mobiliar, Schülermobiliar, Büromobiliar, Betriebseinrichtungen, 80'000 Franken vorgesehen sind. Damit kommt man nicht weit, wenn 1,3 Millionen gespart werden müssen. Der grösste Betrag sind diverse Dienstleistungen von Dritten. Dazu gehören Busfahrten, beispielsweise wenn ein Kind zu weit weg wohnt. Bei einem Kindergartenkind muss ab einer Distanz von 1,6 Km ein Bus zur Verfügung stehen. Busfahrten sind notwendig, wenn eine Turnhalle fehlt, wenn der obligatorische Schwimmunterricht besucht werden muss oder Museen besucht werden. Das sind teilweise Fahrten, die gesetzlich geregelt sind. Es ist nicht möglich bei diesen Fahrten zu sparen. Es wird also im Bereich der Angebote gespart werden müssen. Wenn man beim Mobiliar und den Sachkosten nicht so viel sparen kann, müssen Eltern, Kinder und Lehrpersonen diese 1,3 Millionen sparen. Die Verwaltung hat aufgezeigt, was dieser Sparantrag bedeuten würde. Sie hat eine Liste per Mail verschickt. Diese Liste wurde auch vom Landboten aufgenommen. Das ist keine Drohung, sondern eine Aufklärung, um zu zeigen, wie diese Kürzung umgesetzt werden kann. Von den Sparmassnahmen sind mehr oder weniger

freiwillige Angebote betroffen. Es geht auch um Schulreisen und Klassenlager, die mit einer Million zu Buche schlagen. Die SP kann diesen Leistungsabbau nicht unterstützen. Sie wird den Antrag ablehnen. Weil die Volksschule ein sehr wichtiger Teil der städtischen Leistungen ist, beantragt die SP eine Abstimmung mit Namensaufruf.

D. Schraft (Grüne/AL): Beim Antrag, den Kredit für Psychomotorik-Therapie zu kürzen, stört, dass ein Bauchgefühl der Auslöser war. Wenn man nachfragt und wissen will, ob es genaue Regeln für die Verschreibung einer Therapie gibt, heisst es Ja das gibt es. Wenn behauptet wird, jedes Kind kann die Therapie besuchen, heisst das, man glaubt, dass gelogen wird. Nutzen der Psychomotorik: Es geht nicht nur darum, dass das Kind geschickter wird, feinmotorisch oder grobmotorisch. Die nicht gut ausgereiften motorischen Fähigkeiten hindern ein Kind auch daran gut mit den Kolleginnen und Kollegen zu kommunizieren. Die sozialen Beziehungen werden durch diese Therapie stark verbessert. Die Wartefrist beträgt jetzt ca. 12 Monate. Diese wird sich bei einer Kürzung um diese 5/12 Stelle auf ca. 1,5 bis 2 Jahre verlängern. Das ist massiv zu viel. Wenn ein Kind in der 1 Klasse Hilfe braucht und sie erst in der 3. Klasse erhält, ist das zu spät. Die Kürzung des Globalkredits um 1,3 Millionen entspricht einem Drittel der Sachkosten. Dass für das Mobiliar insgesamt 80'000 Franken vorgesehen sind, spricht für sich. Diesen Antrag kann man wirklich nicht annehmen.

Ch. Magnusson (FDP): Die FDP will ganz sicher nicht die Schulreisen abschaffen. Sie will auch ganz sicher weiterhin die Kinder in die Klassenlager schicken können. Dem Kürzungsantrag der GLP wird sie trotzdem zustimmen und zwar aus der einfachen Überlegung heraus, dass alle Departemente sparen müssen. Die FDP kann dabei nicht Rücksicht darauf nehmen, ob der eigene Stadtrat betroffen ist oder nicht oder ob das besonders realistisch ist oder nicht. Die GLP hat klar begründet, wie der Antrag zustande gekommen ist. Die FDP teilt diese Auffassung. Die GLP hat zudem erklärt, dass der Stadtratskredit um 1 Million aufgestockt werden soll. Die FDP fordert den Stadtrat auf, speziell in der Produktegruppe Volksschule einen grossen Teil dieses zusätzlichen Kredits zu verwenden und die Beträge, die nicht direkt eingespart werden können, zu kompensieren. Zur Ankündigung, was gestrichen werden soll, will Ch. Magnusson Stellung nehmen. Der Antrag ist klar formuliert. Die Konten 3110, 3130 und 3180 sollen gekürzt werden. Die Ausgaben für Schulreisen sind nicht in diesen drei Konten enthalten. Wenn der Gemeinderat dieser Kürzung zustimmt, darf keine einzige Schulreise betroffen sein. Die Schureisen sind im Konto 3170 eingestellt und nicht in den Konten 3110, 3130 oder 3180. Insofern muss sich der Gemeinderat nicht über Schulreisen und Klassenlager unterhalten, sondern darüber, ob der Stadtrat den Anspruch zu sparen und damit eine Steuererhöhung zu vermeiden, ernst nimmt und die Aufträge des Gemeinderates entgegennimmt oder ob er sich dagegen sträubt. Aus diesem Grund wird die FDP dem Antrag zustimmen.

W. Langhard (SVP): Die Schulanlage Erlenstrasse soll saniert werden. Der Kredit von 100'000 Franken soll im Budget bleiben, die 4 Millionen sollen aber gestrichen werden. Ist das richtig? Ist das im Budget zu sehen? Beim Schulhaus Rebwiesen ist ein Erweiterungsbau vorgesehen. Dabei handelt es sich um einen Pavillon. Man hat gesagt, dass die 6 Millionen gestrichen werden sollen. Das heisst es bleiben noch 2,5 Millionen im Budget.

Ch. Magnusson (FDP): Das ist so.

M. Zehnder (GLP/PP) nimmt zum Kommissionsantrag Stellung, den Kredit um 60'000 Franken zu kürzen. Es wurde gesagt, dass dieser Antrag aus einem Bauchgefühl heraus entstanden sei. M. Zehnder hat aber recherchiert und nicht aus der Hüfte geschossen. Psychomotorik-Defizite sind keine Behinderung. Man muss deshalb nicht unbedingt eine Therapieform finden und man muss diese Therapieform nicht unbedingt flächendeckend anbieten. Es ist klar, dass Psychomotorik-Defizite vor allem oder fast ausschliesslich durch Bewegungsmangel entstehen. Das heisst man muss nicht zusätzliche Bewegungstherapien an den Schulen anbieten, sondern man muss darauf achten, dass die Kinder sich allgemein mehr bewegen. In Bezug auf die Wartelisten könnte die Schule, statt Therapien zu verschreiben, die pro Lektion ca. 70 bis 80 Franken kosten, ein Jahresabonnement bei der Ju-

gendriege oder den Pfadfindern lösen. Dann haben die Kinder genug Bewegung und die Wartelisten lösen sich auf. Es ist wirklich so, es handelt sich nicht um eine Behinderung und es ist eher ein neues Defizit, das vor allem in den Städten entsteht. Die Kinder bewegen sich meist zu wenig.

R. Diener (Grüne/AL): In der Produktegruppe Volksschule sollen 1,3 Millionen gespart werden und dann soll der Stadtrat 1 Million erhalten, um zu kompensieren. Das ist verlogen. Es ist ein Nullsummenspiel. Die bürgerlichen Parteien sollen ehrlich sagen, was sie wollen. Sie wollen offenbar keinen Abbau der Leistungen. Die Grüne/AL-Fraktion will das jedenfalls nicht. Ch. Magnusson hat ebenfalls erklärt, dass die Leistungen der Volksschule nicht abgebaut werden. Verantwortung wahrnehmen sieht anders aus.

N. Gugger (EVP): Es gibt zu denken, wie oft in den Diskussionen die Erhöhung des Stadtratskredits um 1 Million bemüht worden ist. Bereits 5 Stadträten wurde angeboten, dass sie diese Million haben können, damit sei das Problem gelöst. Das geht nicht auf. Die FDP hat N. Gugger zutiefst enttäuscht, weil sie mit den eigenen Stadträten keine Lösungen gesucht hat. Er ist gespannt was Stadtrat St. Fritschi sagen wird. Sicher wurden die Kürzungsanträge nicht mit ihm besprochen.

F. Landolt (SP): Das Schulhaus Erlenstrasse stammt aus den 50er Jahren und ist funktional untauglich und energetisch schlecht. Man kann die Sanierung noch zwei oder drei Jahre hinausschieben. Aber diese Ausgaben kommen auf die Stadt zu. Beim Erweiterungsneubau Rebwiesen müssen die Parteien sagen wie viel weniger Schulzimmer gebaut werden sollen. Die Schulanlage Hofurri stammt ebenfalls aus den 50er Jahren und muss saniert werden. Gerade die energetischen Sanierungen sind dringend notwendig. Wenn man von der 2000-Watt-Gesellschaft spricht, müssen auch die entsprechenden Sanierungen realisiert werden.

Ch. Magnusson (FDP): Die FDP ist weder verlogen noch wurde explizit erklärt, dass überhaupt keine Leistungen abgebaut werden müssen. Wenn man spart, muss man überall eine Kröte schlucken. Auch in der Volksschule gibt es Möglichkeiten, das Budget zu straffen. Wenn N. Gugger von der FDP enttäuscht ist, kann das auch anspornen. Je grösser das Aufjaulen der politischen Gegner ist, desto eher ist man auf der richtigen Linie.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Für diejenigen, die nicht mitgerechnet haben: Mit diesem Sparantrag wird die Grenze von 10 Millionen überschritten. Eine Million entspricht 10 % der Einsparungen. Die bürgerliche Ratsseite nimmt ihre Sparverantwortung durchaus wahr. Es ist schwierig, wenn das Parlament sparen muss. Es wäre besser wenn der Stadtrat das selber entscheiden könnte, weil er viel mehr Details kennt. Aus diesem Grund wird 1 Million bereitgestellt. M. Wäckerlin vertraut darauf, dass der Stadtrat das sinngemäss umsetzen wird. Die genauen Kontonummern wurden genannt. Auch für M. Wäckerlin sind diese Kürzungen eine Kröte, die er schlucken muss. Wenn wirklich in den genannten Konten gespart wird, ist das in Ordnung.

Stadtrat St. Fritschi: Das Departement Schule und Sport hat zu den «effort 14+» Massnahmen bereits einen grossen Sparbeitrag von über 8 Millionen, an die 39 Millionen die eingespart worden sind, geleistet. Das Departement Schule und Sport kann nicht viele Ausgaben direkt beeinflussen. In der Kommission wurde mehrmals dargelegt, dass lediglich ca. 5 % der Ausgaben direkt beeinflusst werden können. Das sind ca. 12,7 Millionen auf das Gesamtbudget. Das Budget des Departements Schule und Sport beträgt 241 Millionen, davon können ca. 5 % direkt beeinflusst werden. Das Departement Schule und Sport soll jetzt von diesen 12,7 Millionen 1,29 Millionen einsparen. Wenn man erwartet, dass der Pelz nicht nass wird, wenn er gewaschen wird, dann wird bewusst weggeschaut. Diese Kürzung wird Konsequenzen haben. Ch. Magnusson muss beachten, was es bedeutet, wenn ein politischer Kamerad aufjault. Wenn der politische Gegner jault, ist das die eine Konsequenz aber wenn der politische Freund ebenfalls aufjault, dann muss man sich das zu Herzen nehmen. Wenn bei der Volksschule so viel gespart werden muss, dann geht das nicht ohne Konsequenzen. Die Aussage von A. Steiner, dass man im Keller Mobiliar finden kann, ist nicht

richtig. Stadtrat St. Fritschi fordert die Ratsmitglieder auf, in allen Schulhäusern nachzusehen. Der Stadtrat besucht jeden Monat ein Schulhaus. Es steht kein Mobiliar im Keller. Das Mobiliar ist zentral gelagert. Dort sind einige Stühle vorhanden. Es wurde gefordert, dass die Schulanlagen Energie sparen sollen. Die Kürzungen wurden bei den Sachkosten vorgenommen und danach wurde erklärt, die Volksschule soll Energie sparen. Die angegebenen Konten sind keine Energiekonten, sondern Sachkonten.

Der grösste Kredit, der beeinflussbar ist, ist der Schulkredit, dieser besteht aus mehreren Kontenarten und beläuft sich auf 7,2 Millionen. In den Sachkonten sind auch die Ausgaben für Lehrmittel und Bücher eingestellt. Wenn 1,3 Millionen bei den Lehrmitteln gestrichen werden sollen, sind die Auswirkungen massiv. Für die ganze Stadt sind für Lehrmittel 2,4 Millionen eingestellt. Wenn 1,3 Millionen gekürzt werden, wird mehr als die Hälfte des Kredits für Lehrmittel gestrichen. Will das der Gemeinderat? Die Stadt kann einzig die Kostenart 3170, Veranstaltungen und Schulreisen, von heute auf morgen beeinflussen. Dort sind 1,1 Millionen eingestellt. Wenn man hier um 1 Million kürzt, heisst das nicht, dass es keine Schulreisen mehr gibt, aber es heisst, dass die Stadt kein Geld mehr ausgeben kann für Schulreisen und Schullager. Dann müssen die Schüler Kuchen verkaufen, die Eltern müssen mehr bezahlen oder die Klasse reist nur von Seen nach Wülflingen und zurück. Die GLP verlangt, dass Informatikprojekte gestrichen werden. Es gibt aber nur ein Informatikprojekt an der Sekundarschule, das realisiert werden soll. Diesem Projekt hat der Gemeinderat vor einem Jahr ohne Gegenstimme zugestimmt. Wenn der Gemeinderat das Projekt nicht bezahlen will, dann ist das Zechprellerei, weil das Projekt vor einem Jahr bewilligt wurde. Wenn man die Sach- und Informatikkosten an der Volksschule zusammenzählt, sind die Kosten im Vergleich zum Jahr 2013 gesunken. Im Budget 2014 sind 6 Millionen eingestellt, 2013 waren es 6,2 Millionen. Das Wachstum, das immer wieder behauptet wird, findet nicht statt. Stadtrat St. Fritschi zeigt auf, was die beantragte Kürzung bedeuten würde. Er hat die Situation mit der Zentralschulpflege, den Schulleitungen und dem Stadtrat besprochen und sieht keine andere Möglichkeit von heute auf morgen diese Kürzungen umzusetzen als bei den Schulreisen und den Klassenlagern 1 Million zu streichen. Wenn jetzt gesagt wird, dass man das nicht will, dann ist es nicht ehrlich. In den Voten wurde auf den Stadtratskredit verwiesen. Diese Million, die bereits 10 Mal versprochen worden ist, kann nur einmal vergeben werden. Es gibt keine Subventionen mehr für Ferienkolonien, dessen muss man sich bewusst sein. Stadtrat St. Fritschi will kein Aufjaulen hören. Er will auch von keinem Sportverein hören, dass für die Benutzung von Turnhallen zu teuer sei. Gestern hat Stadtrat St. Fritschi seinen jüngeren Kindern das Märchen vom Rumpelstilzchen erzählt. Er kommt sich wirklich vor wie die Müllerstochter, die eine ganze Nacht lang Stroh zu Gold gesponnen hat und in der nächsten Nacht erneut Gold spinnen muss.

Die Therapiestellen sind seit 2008 konstant geblieben, obwohl die Schülerzahlen zunehmen. Wenn vermehrt Kinder in die Regelklassen integriert werden müssen, dann muss mit einer grösseren Spannweite von Schülern umgegangen werden. Die Heterogenität wächst. Das bedingt, dass schulnahe Therapiemöglichkeiten vorhanden sein müssen, um diese Vielfalt im gleichen Klassenzimmer zu unterrichten. Es ist richtig, dass viele Kinder nicht genügend Bewegungserfahrungen machen können. Das ist ein Grund, warum Psychomotorik-Therapien notwendig sind. Es ist aber nicht damit getan, dass man die Kinder in den Turnverein oder in die Pfadi schickt. Es handelt sich um Kinder, die entweder auch mit Turnverein oder Pfadi nicht zu genügend Bewegung kommen oder um Kinder, die von ihrem Umfeld her nicht in diese Vereine gehen. Es ist eine Tatsache, dass diese Kinder einen Nachteil haben, wenn sie schreiben lernen und auch allgemein in ihrem Leben. Stadtrat St. Fritschi empfiehlt den Ratsmitgliedern, den Kürzungsantrag abzulehnen.

Persönliche Erklärungen

B. Meier (GLP) will dem Schulvorsteher nicht widersprechen. Er macht einen hervorragenden Job und wehrt sich für seine Sache. B. Meier erinnert aber grundsätzlich daran, wieso die Stadt in diesen Schwierigkeiten steckt. Die GLP hat geprüft, wo die Ausgaben der Stadt gestiegen sind. Die Sachkostenposten haben in sehr kurzer Zeit 10 Millionen Mehrausgaben verursacht. Die GLP will dieses Ausgabenwachstum zum Teil rückgängig machen und auf das Niveau von vor zwei oder drei Jahren zurückfahren. Der Stadtrat hat daraufhin erklärt,

dass die GLP nicht sagen soll, was gespart werden soll, sondern wo. Das hat die GLP gemacht. Jetzt ist die Antwort, dass nicht gesagt werden muss, wo gespart werden soll, sondern wie. So geht das hin und her. Heute Abend ist immer wieder zu hören: Es geht nicht, man kann nicht, es gibt keine Möglichkeit. Trotzdem sind die Mehrkosten in den letzten Jahren entstanden. Wenn die Mehrkosten für Mobiliar nicht in der Produktegruppe Volksschule entstanden sind, wo dann. Diese Mehrkosten sind irgendwo entstanden und müssen zurückgefahren werden. Es ist so, die GLP hat nicht viel Zeit gehabt. Die Aussage, dass die Zeit zu knapp war, um all die Beschlüsse in die Bücher aufzunehmen, war bereits von der Finanzvorsteherin zu hören. Diese Zeit war aber vorhanden, die Vorschläge der GLP liegen bereits seit einiger Zeit auf dem Tisch. Der Stadtrat hat nicht reagiert und hat nicht gesagt, wie die Einsparungen bei den Sachkosten verteilt werden können. Deshalb liegen die Vorschläge heute so auf dem Tisch. Der Stadtrat hat bereits am 1. Oktober 2012 gesagt, dass der Voranschlag 2014 auf der Prioritätenliste ganz oben stehe. 12 Monate später hat er ein Budget präsentiert, das eine Steuererhöhung von 13 Millionen beinhaltet. Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan lag zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor. Der Stadtrat hatte 4 Jahre lang Zeit, die Zusammensetzung des Parlaments zu studieren und sich zu überlegen, wo allenfalls die Mehrheiten liegen. Er hätte sehen können, dass keine Mehrheit für eine Steuererhöhung um 13 Millionen zustande kommt. Der Stadtrat hat diese Situation, diesen halbwegs Schiffbruch, in Kauf genommen, als er entschieden hat, dem Parlament ein Budget vorzulegen, das eine Steuererhöhung um 5 Prozentpunkte vorsieht. Die GLP hält an ihren Anträgen fest. Es wird eine Herausforderung sein mit dem Stadtratskredit oder allenfalls mit anderen Mitteln im nächsten Jahr Lösungen zu finden.

Ch. Ulrich (SP) dankt Stadtrat St. Fritschi, dass er aufgezeigt hat, was es bedeutet, wenn in der Produktegruppe Volksschule 1,3 Millionen gespart werden müssen. Wenn über diesen Antrag abgestimmt wird, wissen alle im Rat, was Stadtrat St. Fritschi in der Produktegruppen Volksschule einsparen muss. Die Ratsmitglieder müssen diesen Entscheid fällen, im Wissen darum, was das konkret bedeutet.

Stadtpräsident M. Künzle: In den letzten 8 bis 9 Monaten hat der Stadtrat ein Sanierungspaket von 62 Millionen geschnürt. In diesen 62 Millionen ist auch eine Steuererhöhung enthalten. Selbstverständlich weiss der Stadtrat, wie das Parlament zusammengesetzt ist. Wenn der Stadtpräsident die Budgetdebatten aus den vergangenen Jahren anschaut, weiss er von der GLP nicht auf welcher Seite sie mitmacht. Die Einordnung der GLP-Fraktion ist auch für eine Exekutive mit viel Erfahrung sehr schwierig.

B. Meier (GLP/PP): Es ist ein Detail. Auf der untersten Zeile, zum Pavillon TMZ Neubau, steht im Drehbuch: Korrektur der Bewilligungsart auf gebundene Ausgabe § anstatt noch nicht bewilligte Ausgabe #. Das wurde nicht in der Kommission diskutiert. Man soll das mit dem Protokoll abgleichen. In der BBK wurde klar zum Ausdruck gebracht, dass der Stadtrat eine Weisung vorlegen soll. Der Stadtrat hat versichert, dass diese Gebundenheit noch nicht beschlossen ist. Im Drehbuch ist dieser Punkt falsch wiedergegeben, im Vergleich zur Kommissionsdebatte.

Stadtrat St. Fritschi: In der Kommission wurde besprochen, dass der Stadtrat informiert, bevor die Ausführung stattfindet. Die Ausgaben für den Pavillon müssen aber gebunden erklärt werden. Der Stadtrat hat in der Kommission nicht gesagt, dass er eine Weisung vorlegen wird. Er hat gesagt, dass die Kommission vorgängig informiert wird.

W. Langhard (SVP): Im Protokoll steht: „Die Gebundenheit ist noch nicht beschlossen.“

Stadtrat St. Fritschi: Das ist auch noch nicht beschlossen. Der Stadtrat muss das noch beschliessen. Aber es steht noch kein Datum im Budget, erst das Gebundenheitszeichen §. Der Stadtrat wird den Pavillonneubau gebunden erklären und die Kommission informieren.

W. Langhard (SVP): Das entspricht nicht der Meinung der BBK. Im Protokoll steht: B. Meier stellt den Antrag, dass die BBK den Beschluss fasst, dass dieses Projekt in der BBK disku-

tiert wird. Geplant ist ein neues Schulhaus, das viele Millionen kostet. Jetzt wird im Nachhinein erklärt, dass der Bau zu klein ist. Man weiss zudem nicht wo das Schulhaus hin kommt. Die Kommission will kein Gebundenheitszeichen. Die anderen Verpflichtungskredite können gebunden erklärt werden. Aber in diesem Fall lehnt die BBK die Gebundenheit ab. W. Langhard stellt den Antrag, die Korrektur zum Pavillon TMZ Neubau und damit die Gebundenheitserklärung abzulehnen.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der Kommission abstimmen: Kürzung des Globalkredits um CHF 60'000 (5/12 Stelle) mit dem Ziel, dass bei Produkt 1 Therapien weniger Psychomotorik geleistet wird.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Zum Antrag der GLP ist ein Antrag auf Namensaufruf gestellt worden.

Der Rat: Über 20 Ratsmitglieder stimmen dem Antrag zu.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 1'291'800. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

	Ja	Nein		Ja	Nein
B. Baltensberger (SP)		X	St. Feer (FDP)	X	
Ch. Baumann (SP)		X	F. Helg (FDP)	X	
Ch. Benz – Meier (SP)			U. Hofer (FDP)	X	
K. Bopp (SP)		X	Th. Leemann (FDP)	X	
B. Helbling-Wehrli (SP)		X	Ch. Magnusson (FDP)	enthalten	
R. Kappeler (SP)		X	D. Schneider (FDP)	X	
R. Keller (SP)		X	M. Wenger (FDP)	X	
B. Konyo Schwerzmann (SP)		X	K. Cometta-Müller (GLP)	X	
F. Künzler (SP)		X	S. Gyax-Matter (GLP)	X	
F. Landolt (SP)		X	B. Meier (GLP)	X	
S. Madianos-Hämmerle (SP)		X	A. Steiner (GLP)	X	
U. Meier (SP)		X	M. Zehnder (GLP)	X	
S. Näf (SP)		X	M. Zeugin (GLP)	X	
S. Stierli (SP)		X	M. Wäckerlin (PP)	X	
Ch. Ulrich (SP)		X	J. Altwegg (Grüne)		X
E. Wettstein (SP)		X	R. Diener (Grüne)		X
N. Albi (SVP)	X		Ch. Griesser (Grüne)		X
G. Gisler-Burri (SVP)	X		A. Hofer (Grüne)		X
H. Keller (SVP)	X		D. Schraft (Grüne)		X

	R. Keller (SVP)	X			D. Berger (AL)		X
	Ch. Kern (SVP)	X			L. Banholzer (EVP)		X
	W. Langhard (SVP)	X			N. Gugger (EVP)		X
	Ch. Leupi (SVP)	X			B. Günthard Fitze (EVP)		X
	J. Lisibach (SVP)	X			Ch. Ingold (EVP)		X
	U. Obrist (SVP)	X			F. Albanese (CVP)	X	
	D. Oswald (SVP)	X			M. Baumberger (CVP)	X	
	P. Rütsche (SVP)	X			K. Brand (CVP)	X	
	W. Steiner (SVP)	X			R. Harlacher (CVP)	X	
	M. Thurnherr (SVP)	X			W. Schurter (CVP)	X	
	M. Stutz (SD)	X					
	Z. Dähler(EDU)		X				

Der Rat nimmt den Antrag mit 32 zu 26 Stimmen und einer Enthaltung an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Kommissionsantrag abstimmen: Verpflichtungskredite: Schulanlage Erlenstrasse: Sanierung, Erweiterung: Korrektur der Bewilligungsart auf vom Gemeinderat mit dem Budget bewilligter Verpflichtungskredit B anstatt gebundene Ausgabe §. Zudem wird der Kredit auf CHF 100'000 korrigiert.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Schulanlage Erlenstrasse: Schulgebäude, Ausführung: Korrektur bei der Ausführung. Diese wird gestrichen.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Kommissionsantrag abstimmen: Schulhaus Rebwiesen: Erweiterungsneubauten: Korrektur der bewilligten Gesamtsumme auf neu 2'500'000 davon 150'000 Projektierung und 2'350'000 Ausführung.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier Schulhaus Hohfurri: Sanierung: Korrektur der Bewilligungsart auf vom Gemeinderat mit dem Budget bewilligter Verpflichtungskredit B anstatt gebundene Ausgabe §.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Pavillon TMZ Neubau: Schulgebäude, Ausführung: Korrektur der Bewilligungsart auf gebundene Ausgabe § anstatt noch nicht bewilligte Ausgabe #.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit wurde um 1,3518 Millionen reduziert und beträgt neu 182'766'668 Franken.

522000 Einkauf und Logistik

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP beantragt eine Kürzung des Globalkredits um 48'100 Franken.

U. Meier (SP): Auch in dieser Produktegruppe zeigt sich die Sinnlosigkeit dieser Anträge. Die Produktegruppe Einkauf und Logistik konnte durch einen Umzug im letzten Jahr die Effizienz steigern. Dadurch konnte eine halbe Stelle eingespart werden. Man hat im Zuge der «effort 14+» Massnahmen einen Fahrer entlassen und damit eine Stelle eingespart. Das war eine schmerzhafteste Entlassung. Die Person weiss noch nicht wie es weiter gehen soll. Das war der Stand an der letzten Kommissionssitzung. Die Produktegruppe hat die Einkaufskonditionen überprüft und die Informatikkosten reduziert. Damit konnte ein namhafter Betrag eingespart werden. Im Globalkredit ist ein Ertrag eingestellt. Von den Sachkosten von 330'000 Franken verbleiben noch 24'000, wenn man die Miete und die Fixkosten abzieht. Der Kürzungsantrag beläuft sich auf das Doppelte dieses Betrags. U. Meier weiss nicht wie das gehen soll. Die SP lehnt den Antrag ab.

D. Schraft (Grüne/AL): Es gibt nicht mehr viel zu ergänzen. In den Kostenarten 3110, 3130 und 3180 sind insgesamt 68'000 Franken eingestellt – 48'100 Franken sollen eingespart werden. D. Schraft weiss nicht wie man Dreiviertel der Materialkosten einsparen soll. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt die Kürzung ab.

Stadtrat St. Fritschi: Der Stadtrat muss erneut auf die Million zugreifen. In der Produktegruppe Einkauf und Logistik wird die Anzahl der Stellen von 8,9 Stellen auf 7,3 Stellen abgebaut. Das heisst 18 % des Personals wird gestrichen. Das muss man berücksichtigen. Jetzt soll das Globalbudget zusätzlich gekürzt werden. Der Gemeinderat will ein Flugzeug verkaufen, obwohl gar kein Flugzeug vorhanden ist. Es soll etwas gekürzt werden, obwohl es nichts zu kürzen gibt. Stadtrat St. Fritschi wird auf karitative Unterstützung angewiesen sein. Er hofft, dass der Gemeinderat diesem Antrag nicht zustimmt. Die Einsparungen sind nicht möglich.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 48'100. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit wurde um 48'100 Franken reduziert. Der Ertrag beläuft sich neu auf 167'100 Franken.

534000 Sonderschulung

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Antrag der GLP wurde zurückgezogen. Es werden keine Anträge gestellt. Damit ist das Globalbudget der Produktegruppe Sonderschulung angenommen.

576000 Familie und Jugend

Ch. Magnusson (FDP): Die FDP stellt den Antrag, den Globalkredit um 75'000 Franken zu kürzen. Dieser Antrag wurde bereits in der Kommission gestellt und wurde abgelehnt. Die Stadt Winterthur bietet Deutschkurse für fremdsprachige Personen inklusive Kinderbetreu-

ung an. Das ist ein schönes Angebot. An diesem konkreten Punkt kann aber gespart werden, ohne dass ein Leistungsabbau vorgenommen werden muss, der nicht vertretbar wäre. Aus diesem Grund soll ein Teil dieser Ausgaben reduziert werden, es handelt sich um ca. 220'000 Franken, die für die Deutschkurse mit Kinderbetreuung budgetiert sind. Die Reduktion soll entweder durch einen teilweisen Verzicht auf die Kinderbetreuung erfolgen oder durch andere Massnahmen. Es gibt verschiedene Varianten. Die FDP hält an diesem Antrag fest.

A. Steiner (GLP/PP): Der Kürzungsantrag der GLP beläuft sich auf 88'700 Franken, weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte.

D. Schraft (Grüne/AL): Die Pauschalkürzung von 88'700 Franken entspricht einem Drittel des Kredits in den genannten Kostenarten. D. Schraft kann sich nicht vorstellen, wie diese Summe eingespart werden kann. Die FDP beantragt den Globalkredit um 75'000 Franken zu kürzen und erklärt gleichzeitig das sei nicht mit einem Leistungsabbau verbunden. Diese Logik ist nicht zu begreifen. Wenn bei den Kursen gekürzt werden soll, indem zum Beispiel die Kinderbetreuung gestrichen wird, ist das ein Leistungsabbau.

S. Madianos (SP): Mit ihrem Antrag will die GLP einen Drittel der Sachkosten einsparen. Der grösste Posten ist die Finanzierung des Elternbriefs der Pro Juventute. Das ist eine Dienstleistung Dritter, die von der Stadt bezahlt wird. Der Elternbrief geht an alle Eltern mit Kindern unter 3 Jahren. Diese Dienstleistung ist durch ein Postulat zustande gekommen, das im Jahr 2000 von der EVP, der CVP, der FDP und den Grünen eingereicht worden ist. Wenn man sich umhört, ist der Elternbrief ein wichtiges Instrument, das regelmässig den Eltern zugeschickt wird und er wird teilweise sogar aufbewahrt. Wenn das Budget für die Sachkosten in diesem Ausmass gekürzt wird, ist das die einzige Möglichkeit den Betrag einzusparen. Der Elternbrief muss gestrichen werden. Das wird zu Unmut und entsprechenden Leserbriefen führen.

Bei den Deutschkursen sollen weitere 75'000 Franken eingespart werden, obwohl bei den Kursen bereits sehr viel eingespart worden ist. Es gibt nur noch Elternbildungskurse und Deutschkurse. Alle anderen Kurse wurden bereits gestrichen. Die übriggebliebenen Angebote sind gut und wichtig. Wenn man den Antrag umsetzen will, hat das einen Leistungsabbau zur Folge. Man könnte die Kurskosten erhöhen, dann erreicht man aber die Leute nicht, für die diese Kurse am wichtigsten sind. Man könnte das Kursangebot halbieren, das hätte eine lange Warteliste zur Folge. Die Kurse sind immer ausgebucht. Man könnte auch die Teilnehmerzahl verdoppeln und mit 20 Leuten Deutsch lernen. Das wäre allerdings schwierig. Die SP kann sich keine dieser Varianten vorstellen. Es ist wichtig, dass der Deutschkurs für Frauen mit Kindern erhalten bleibt. Die Kommunikation in der Schule ist sehr wichtig. Es ist sinnvoll, wenn die Kinder bereits Deutsch sprechen, wenn sie in die Schule kommen.

Stadtrat St. Fritschi: Wenn man den Kredit in der Produktegruppe Familie und Jugend um 88'700 Franken kürzt, wird die Stadt den Elternbrief der Pro Juventute per sofort nicht mehr finanzieren. Das ist schade. Dieses Produkt ist sehr gut angekommen. Alle Eltern mit Kindern im entsprechenden Alter haben den Elternbrief erhalten, nicht nur die Risikogruppen. Stadtrat St. Fritschi weiss aus eigener Erfahrung, dass der Elternbrief eine grosse Hilfe ist, vor allem beim ersten Kind. Ein grosser Teil des Sachaufwands in dieser Produktegruppe betrifft die Ausgaben für das Kinder- und Jugendheim Oberwinterthur. Dort macht es keinen Sinn zu sparen. Erstens wird bereits jetzt mit dem Geld sparsam umgegangen und zweitens wird dieses Budget vom Kanton ausgeglichen.

Die Deutschkurse sind dem Stadtrat und auch der Integrationskommission ganz wichtig. Die Deutschkenntnisse der Migrantinnen und Migranten müssen gefördert werden. Diese Kurse können auch von Männern besucht werden. Die Migrantinnen und Migranten besuchen diese Kurse und bezahlen Kursgeld. Sie sind sehr motiviert, Deutsch zu lernen. Für diese Kurse müssen Wartelisten geführt werden. Das würde sich ändern, wenn die Preise erhöht oder das Angebot reduziert würde. Beide Massnahmen müssten ergriffen werden, wenn 75'000 Franken eingespart werden müssen. Die Wartelisten würden sich verlängern und es würden

auch weniger Leute die Kurse besuchen. Gerade die Leute, die es am nötigsten haben, weil sie aus wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen kommen, würden die Kurse nicht mehr besuchen. Es wäre aber wichtig, dass sie sich gute Deutschkenntnisse aneignen können, nur so ist eine Integration möglich, nur so können Elterngespräche an den Schulen geführt werden und nur so können die Eltern ihre Verantwortung wahrnehmen. Sowohl der Elternbrief der Pro Juventute wie auch die Deutschkurse sind Leistungen im präventiven Bereich. Sie helfen mit Folgeschäden und Folgekosten zu verhindern. Wenn die Stadt diese Ausgaben reduziert, wird das Risiko von Folgeschäden um ein vielfaches grösser.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der FDP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um CHF 75'000. Die Einsparung soll bei den Deutschkursen mit Kinderbetreuung erfolgen.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Begründung Fraktion Antrag Fraktion GLP Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 88'700. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit wurde um 88'700 Franken reduziert und ist neu bei 9'101'647 Franken.

Berufsbildung

A. Steiner (GLP/PP): Die prozentuale Kürzung beträgt 149'800 Franken.

S. Madianos (SP): Auch in dieser Produktegruppe stellt sich die Frage, was in den Sachkosten enthalten ist. Hier fallen vor allem Ersatzanschaffung für das 10. Schuljahr und die msw an. Diese Anschaffungen sind wichtig für die Qualität des Unterrichts. Es geht vor allem auch um Material und Geräte, die von der msw für den Betrieb in den Werkstätten benötigt werden. Mit diesen Geräten wird auch ein Teil des Umsatzes erwirtschaftet. Wenn weniger Geräte zur Verfügung stehen, reduzieren sich auch die Einnahmen. Nur aufgrund eines Antrags im Bereich der Sachkosten, soll keine Schule gefährdet werden. Die SP wünscht sich eine differenzierte Debatte über Sinn und Nutzen einer Schule, die eine lange Tradition hat in der Stadt. Die SP lehnt den Antrag ab.

G. Gisler (SVP): In der BBK wurden folgenden Anträge befürwortet: Verpflichtungskredite: Ersatz Schulküchen Wiesental: Projektierung: 100'000 Franken: Korrektur der Bewilligungsart auf vom Gemeinderat mit dem Budget bewilligten Verpflichtungskredit B anstatt gebundene Ausgaben §.
Schulgebäude, Ausführung: Kredit 1,7 Millionen: Korrektur der Bewilligungsart auf gebundene Ausgabe § anstatt noch nicht bewilligte Investition #.

W. Langhard (SVP): Der erste Antrag ist richtig. Beim zweiten Antrag ist W. Langhard der Meinung, dass die Kommission nicht zugestimmt hat.

Stadtrat St Fritschi: Vertritt die Meinung, dass es sich um gebundene Investitionen handelt.

W. Langhard (SVP): Es geht um drei Schulküchen. Die Investition soll 1,7 Millionen betragen. Die BBK will über diesen Kredit noch befinden.

L. Banholzer (EVP): Stadtrat St. Fritschi hat in der Kommission erklärt, dass die Kommissionsmitglieder informiert werden. Es handelt sich aber um eine gebundene Investition.

W. Langhard (SVP): Stadtrat St. Fritschi hat erklärt, dass der Ersatz der Schulküchen erst 2015 realisiert wird. Die Kommission will über dieses Projekt befinden.

Stadtrat St. Fritschi: Es hat nicht viel Sinn noch weiter zu diskutieren.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 149'800. Weniger Anschaffung Mobili-
lien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Prio-
risierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total ef-
fektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Kommissionsantrag abstimmen: Verpflichtungskredite: Ersatz Schulküchen Wiesental: Projektierung: 100'000 Franken: Korrektur der Bewilligungsart auf vom Gemeinderat mit dem Budget bewilligten Verpflichtungskredit B anstatt gebundene Ausgaben §.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Kommissionsantrag abstimmen: Schulge-
bäude, Ausführung: Kredit 1,7 Millionen: Korrektur der Bewilligungsart auf gebundene Aus-
gabe § anstatt noch nicht bewilligte Investition #.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit wurde um 149'800 Franken reduziert und ist neu bei 8'727'879 Franken.

D. Schraft (Grüne/AL) stellt einen Ordnungsantrag. Um 20.00 Uhr hat M. Wenger bean-
tragt, dass das Budget heute noch beraten werden muss und zwar vor Mitternacht. So wie
es aussieht, ist das nicht möglich. Um 23.45 Uhr fährt der letzte Bus, den einige Ratsmit-
glieder für die Heimfahrt nehmen können. Der Gemeinderat kann natürlich auch ein Taxi
bezahlen. Viele Ratsmitglieder sind aber merklich müde, vieles muss wiederholt werden.
D. Schraft stellt den Antrag die Produktegruppe Sportamt noch zu bereinigen und danach
die Sitzung zu beenden.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Die Sitzung wird noch bis 24.00 Uhr weitergeführt.

590000 Sportamt

A. Steiner (GLP/PP): In dieser Produktegruppe muss eine Kröte geschluckt werden, auch
von der GLP. Man hat aber festgelegt, dass über alle Produktegruppen eingespart werden
muss. Deshalb stellt die GLP den Antrag, den Globalkredit in den Bereichen Anschaffung
Mobili-
lien, weniger Dienstleistungen Dritter, Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisie-
rung der Informatikprojekte um 114'800 Franken zu kürzen.

E. Wettstein (SP) ist von diesem GLP Antrag überrascht, vor allem davon, dass A. Steiner
den Antrag stellt beim Sport zu kürzen. Wenn der Gemeinderat diesem Antrag zustimmt,
werden zum Beispiel die Mittel für die Jugendsportförderung gekürzt oder es wird schmutzi-

ger Strom eingekauft für das Hallenbad oder die Eishalle. Das kann nicht im Sinn der GLP sein. E. Wettstein bittet die Ratsmitglieder, auf diese Sparübung zu verzichten. Im Sinne der Transparenz beantragt er eine Abstimmung mit Namensaufruf. Damit erübrigt sich eine Umfrage des DWS und zeigt die Sportfreundlichkeit der Parteien.

Ch. Magnusson (FDP): Mit welchem Strom man die Eishalle oder das Hallenbad heizt, hat keinen Einfluss darauf, ob jemand sportfreundlich ist oder nicht. Dass 35'000 Franken beim Jugendsportunterricht reduziert werden sollen, wurde vom Sportamt angedroht oder vorgeschlagen. Ob das effektiv umgesetzt wird, das wird man sehen. Natürlich ist das schmerzhaft. Das ist ganz klar. Wenn Ch. Magnusson aber berücksichtigt, dass 80'000 Franken eingespart werden können, indem auf Weiss-Strom umgestellt wird, der hauptsächlich aus Wasserkraft kommt, hat er keine Probleme diese 80'000 Franken einzusparen.

Stadtrat St. Fritschi: Es wurde bereits gesagt, was der Stadtrat unternehmen muss, wenn die 114'800 Franken eingespart werden müssen. Die Eishalle und das Hallenbad werden Weiss-Strom statt Bronze-Strom beziehen. Die Beiträge für die Jugendförderung werden um 35'000 Franken reduziert, das heisst von 200'000 Franken auf 165'000 Franken. Stadtrat St. Fritschi gibt zu Protokoll, dass heute der Gemeinderat bei der Jugendsportförderung bereits 40'000 Franken gestrichen hat. Das ergibt 75'000 Franken, die der Gemeinderat bei der Jugendsportförderung streichen will. Der Stadtrat hat das als Giftschränk bezeichnet. Er wollte bei der Jugendsportförderung nicht streichen, weil diese Förderung sehr wichtig ist. Jetzt wird der Pelz nass und jetzt muss auch bei der Jugendsportförderung gekürzt werden.

R. Keller (SVP), persönliche Erklärung: Auch die SVP ist dafür, dass der Breitensport und der Jugendsport unterstützt werden. Der Bürger wird es aber sicher nicht verstehen, dass in den Profifussballverein und ins Stadion sehr viel Geld investiert wird. Die Stadt spart hier nicht. Die Ausgaben werden als gebunden erklärt. Jetzt wird erklärt, dass aufgrund der Kürzung 35'000 Franken bei Jugendsportförderung gestrichen werden müssen. Das kann R. Keller nicht verstehen.

Stadtrat St. Fritschi: R. Keller hätte die Vertreter der SVP in der BBK fragen können. Der Stadtrat wird eine Weisung vorlegen. R. Keller kann den beantragten Kredit ablehnen und dagegen stimmen. Das hat Stadtrat St. Fritschi in der BBK angekündigt. An den Fraktions-sitzungen sollten solche Informationen ausgetauscht werden.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag auf Namensaufruf abstimmen.

Der Rat: Mehr als 20 Ratsmitglieder stimmen zu.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 114'800. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

	Ja	Nein		Ja	Nein
B. Baltensberger (SP)		X	St. Feer (FDP)	X	
Ch. Baumann (SP)		X	F. Helg (FDP)	X	
Ch. Benz – Meier (SP)			U. Hofer (FDP)	X	
K. Bopp (SP)		X	Th. Leemann (FDP)	X	
B. Helbling-Wehrli (SP)		X	Ch. Magnusson (FDP)	X	
R. Kappeler (SP)		X	D. Schneider (FDP)	X	

	R. Keller (SP)		X		M. Wenger (FDP)	X	
	B. Konyo Schwerzmann (SP)		X		K. Cometta-Müller (GLP)	X	
	F. Künzler (SP)		X		S. Gygax-Matter (GLP)	X	
	F. Landolt (SP)		X		B. Meier (GLP)	X	
	S. Madianos-Hämmerle (SP)		X		A. Steiner (GLP)	enthalten	
	U. Meier (SP)		X		M. Zehnder (GLP)	X	
	S. Näf (SP)		X		M. Zeuglin (GLP)	X	
	S. Stierli (SP)		X		M. Wäckerlin (PP)	X	
	Ch. Ulrich (SP)		X		J. Altwegg (Grüne)		X
	E. Wettstein (SP)		X		R. Diener (Grüne)		X
	N. Albl (SVP)	X			Ch. Griesser (Grüne)		X
	G. Gisler-Burri (SVP)	X			A. Hofer (Grüne)		X
	H. Keller (SVP)	X			D. Schraft (Grüne)		X
	R. Keller (SVP)	X			D. Berger (AL)		X
	Ch. Kern (SVP)	X			L. Banholzer (EVP)		X
	W. Langhard (SVP)	X			N. Gugger (EVP)		X
	Ch. Leupi (SVP)	X			B. Günthard Fitze (EVP)		X
	J. Lisibach (SVP)	X			Ch. Ingold (EVP)		X
	U. Obrist (SVP)	X			F. Albanese (CVP)	X	
	D. Oswald (SVP)	X			M. Baumberger (CVP)	X	
	P. Rütsche (SVP)	X			K. Brand (CVP)	X	
	W. Steiner (SVP)	X			R. Harlacher (CVP)	X	
	M. Thurnherr (SVP)	X			W. Schurter (CVP)	X	
	M. Stutz (SD)	X					
	Z. Dähler(EDU)		X				

Der Rat stimmt dem Antrag mit 32 zu 26 Stimmen und einer Enthaltung zu.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit wurde um 114'800 Franken gekürzt und beträgt neu 113'204'944 Franken.

Departement Soziales

613000 Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP beantragt eine Kürzung des Globalkredits um 44'800 Franken. Im gleichen Bereich wie bei den anderen Produktgruppen.

D. Berger (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion lehnt den Antrag ab. In dieser Produktegruppe sind 407'000 Franken in den besagten Konten eingestellt. Davon sind 250'000 Franken mit einem gesetzlichen Auftrag verbunden, zum Beispiel mit Honoraren, die nicht gekürzt werden können. Das heisst beeinflussbaren Ausgaben werden um einen Drittel gekürzt. Ein Grundbestand an Postgebühren fällt sowieso an. Auch dieser Antrag ist nicht realistisch. Da Stadtrat St. Fritschi die Million, um die der Stadtratskredit erhöht werden soll, bereits verbraucht hat, kann nichts mehr ausgeglichen werden.

B. Günthard Fitze (EVP): Die Mitarbeitenden der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde sind total am Limit. Sie sind völlig überlastet, das ist bekannt. Wenn dieser Kürzung zugestimmt wird, dann weiss B. Günthard Fitze nicht wie es weitergehen soll. Die EVP-Fraktion lehnt diese Kürzung ab.

Stadtrat N. Galladé: Im Gemeinderat wurde bereits über die Anträge aus der GLP diskutiert, die von A. Steiner in 40facher Ausführung mit der gleichen Begründung gestellt werden. Sie beantragt jeweils den Globalkredit der Produktegruppen um 0,6631 % zu kürzen, gemessen am Bruttoaufwand. Gemeinderat B. Meier hat eine Art präsidiale Ansprache versucht und hat erklärt wer welche Verantwortung übernehmen muss. Dabei hat er gesagt, dass diese Anträge bereits seit langem angekündigt sind und vorgelegen haben. Ganz zu Beginn der Budgetdebatte hat die Finanzministerin Y. Beutler erklärt, dass erst anlässlich der letzten Lesung der AK, erklärt wurde, wie viel pro Produktegruppe eingespart werden soll. Stadtrat N. Galladé war an der dritten Lesung der SSK dabei. Per SMS wurde ihm mitgeteilt, dass weitere Anträge im Raum stehen, auch in den Produktegruppen des Departements Soziales. Die SSK hat sich mit der Produktegruppe Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde auseinandergesetzt. Stadtrat N. Galladé hat die Kürzungsanträge angesprochen, die teilweise bereits in der Sachkommission besprochen worden sind. Das ist im Protokoll aufgeführt. Stadtrat N. Galladé hat zur Antwort erhalten, dass sich diese Anträge auf die Anschaffung von Mobiliar und den Sachaufwand beschränken würden. Er hat festgestellt, dass offenbar ein Klärungsbedarf besteht zwischen den Kommissionen. Auf der einen Seite wurden in den Kommissionen Anträge angekündigt, ohne dass bekannt war, was genau dahinter steht und ob die beantragten Kürzungen realisierbar sind, Stichwort, wir stellen unrealistische Anträge, wie das von Ch. Magnusson zu hören war. Auf der anderen Seite fehlte die sachliche Beurteilung dieser Anträge. Der Globalkredit der Produktegruppe Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB), der von der SSK nach eingehender Diskussion mit 9 zu 0 Stimmen zur Annahme empfohlen wurde, soll jetzt gekürzt werden. Das Budget wurde im Departement vorbesprochen und in der Kommission vorgestellt. Die Kürzung um 44'800 Franken erscheint nicht sehr hoch. In dieser Produktegruppe geht es um den Kindes- und Erwachsenenschutz. Seit dem 1. Januar 2013 sind neue Regelungen in Kraft. In den Bezirken Winterthur und Andelfingen haben sich die Stadt Winterthur sowie die 20 Landgemeinden im Bezirk Winterthur und die 24 Landgemeinden im Bezirk Andelfingen darauf verständigt, einen gemeinsamen KESB-Kreis zu bilden. Im Hinblick auf diese Änderungen haben verschiedene Sitzungen stattgefunden. In der SSK wurde über die Umsetzung diskutiert. Die GLP will 0,6631 % des Bruttoaufwands in den besagten Konten einsparen. Diese Kosten werden aber zu 60 % von der Stadt Winterthur getragen und zu 40 % von den Anschlussgemeinden. Das heisst, wenn man beim Bruttoaufwand 100 % nimmt, der von allen finanziert wird und davon die 0,6631 % vom Globalkredit, der rein städtisch ist, abzieht, geht etwas nicht auf. Die 40 % des Bruttoaufwands, die von den Anschlussgemeinden bezahlt werden, müssen abgezogen werden, weil dieser Aufwand nicht von der Stadt Winterthur finanziert wird. Wenn schon, sollte ein in sich falscher Antrag nicht ganz unkorrekt gestellt werden. Wenn eine Kürzung beantragt wird, dann müssen 60 % des Bruttoaufwandes als Grundlage genommen werden. Sonst spart die Stadt überdurchschnittlich viel ein und finanziert die 44 Anschlussgemeinden. Wenn man diesen Antrag nur 3 Minuten in der SSK hätte diskutieren können, hätte dieser Punkt geklärt werden können. Das zeigt, dass es schwierig ist, wenn sich die Sachkommission, die sich gut auskennt, nicht mit den Anträgen auseinandersetzen kann.

Die Kontengruppen, die erwähnt werden, sind wirklich unverdächtig – Mobiliar, Beiträge an Dritte, Honorare etc. 80 % dieser Ausgaben betreffen letztlich Porti, Telefonkosten etc. Die

Mitarbeitenden der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde müssen viel Telefonieren und Briefe schreiben. Es geht auch um den Schutz von gefährdeten Kindern. Es gibt Polizeimeldungen und es müssen Abklärungen getroffen werden. Das ist sehr wichtig, um die Sachlage gründlich abzuklären und Anordnungen treffen zu können. Die Honorare sind nicht für einen Berater bestimmt, der mit unnötigen Beratungen Geld abzockt, sondern betreffen einen Teil des Kerngeschäftes. Es geht um Abklärungen. Wenn eine fürsorgerische Unterbringung verfügt werden soll, ist die Behörde verpflichtet ein Gutachten einzuholen – von Psychiatern, Ärzten etc. Abklärungen, die den Kinderschutz betreffen, kann die Behörde nicht selber machen. Das betrifft einen grossen Teil der Kernarbeit. Deshalb ist es unrealistisch in den genannten Kontengruppen diesen Betrag einzusparen. Die SSK hat den Vorschlag ursprünglich mit 9 zu 0 Stimmen angenommen.

Die SSK hat dem Stadtrat einen Auftrag erteilt. Die Verfahrensentwicklung soll vom Stadtrat aufgezeigt werden. Per Saldo wurden 2'700 Verfahren bis am 21. November 2013 abgeschlossen. Das ist eine sehr hohe Zahl. Es sind aber in der gleichen Zeit 3'500 Verfahren eingegangen. Der Pendenzenberg hat sich verdoppelt – von 700 auf 1500 Verfahren. Verglichen mit anderen Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden sieht die Bilanz aber nicht schlecht aus. Die Gefährdungsmeldungen und die dringenden Fälle steigen an. Diese Entwicklung ist besorgniserregend. Der Stadtrat und die Verwaltung wurden gefragt, was sie zu tun gedenken, damit in diesem wichtigen Geschäft ein Kollaps vermieden werden kann. Der Stadtrat hat erklärt, dass die Situation tatsächlich sehr schwierig ist. Die neue Behörde muss aufgebaut werden, gleichzeitig ist die finanzielle Lage sehr schwierig. Die Behörde versucht das Beste daraus zu machen. Aber die Situation bewegt sich am Limit. Vor zwei Wochen hat Stadtrat N. Galladé darauf hingewiesen, dass das gemeinsame Sorgerecht im Verlauf des nächsten Jahres ein Thema wird. Das soll ebenfalls geregelt werden. Wie diese zusätzliche Aufgabe bewältigt werden soll, weiss der Stadtrat nicht. Das ist in der ganzen Schweiz ein Thema. Der Bundesrat hat in den letzten Tagen offenbar die Einführung auf den 1. Juli 2014 beschlossen. Es wird sehr schwierig bis unmöglich sein, diese Sparvorgaben zu erreichen und diesen auf eine technische Kontengruppe festgelegte Betrag einzusparen. Der Gemeinderat kann dieser Kürzung zustimmen. Er kann das Budget schönen. Stadtrat N. Galladé will aber festhalten, dass er es sich nicht vorstellen kann, dass unter Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften, diese Einsparungen umgesetzt werden können. Hätte man sich in der Kommission mit dem Antrag auseinandersetzen können, wäre es vielleicht anders herausgekommen. Jetzt regieren die Zahlen, man weiss wie viel Geld eingespielt werden soll. Die Themen und Inhalte sind weniger wichtig. Das scheint so zu sein. Stadtrat N. Galladé will das so deponiert haben. Die GLP Anträge stehen leider etwas quer zu den Kommissionsberatungen. Das Ziel ist fast überehrgeizig und kann in dieser Produktegruppe kaum umgesetzt werden. Stadtrat N. Galladé weiss nicht wie viel Stadtrat St. Fritschi ihm vom Stadtratskredit übrig lässt. Aber er möchte gerne darauf zurückkommen. Viele Ausgaben wird man im nächsten Jahr in Form von Gebundenheitserklärungen oder Nachtragkrediten wieder finden.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 44'800. Weniger Anschaffung Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total effektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit wurde um 44'800 Franken reduziert und beträgt neu 3'380'918 Franken.

621000 Sozial- und Erwachsenenhilfe

D. Berger (Grüne/AL) will unbeirrt weitermachen. Die Grüne/AL-Fraktion beantragt, das Budget der Produktgruppe Sozial- und Erwachsenenhilfe um 100'000 Franken zu erhöhen. Einer Person aus dem Team der Fachstelle junge Erwachsene hat gekündigt und wird die Fachstelle verlassen. Im Rahmen des Neueinstellungsstopps ist diese Stelle nicht neu besetzt worden. Als «effort 14+» Massnahmen soll diese Stelle auch in Zukunft nicht besetzt werden. Es ist der Wunsch der Fraktion, dass diese Stelle wieder besetzt und das Team komplett wird. Der Abbau dieser Stelle hat bereits jetzt Konsequenzen. Es können weniger Massnahmen umgesetzt werden. Auch hier geht es um die Zukunft. Es muss mit Mehrkosten gerechnet werden, wenn jetzt gespart wird. Der Gemeinderat schiesst neben einem menschlichen auch ein finanzielles Eigentor, wenn bei den jungen Erwachsenen gespart wird. Wenn es eine junge Person nicht schafft innert nützlicher Frist aus der Sozialhilfe auszusteigen, muss die Stadt oft ein Leben lang bezahlen. Die Ratsmitglieder können die Summe ausrechnen, die dann bezahlt werden muss. Aus diesem Grund wird hier am falschen Ort gespart. D. Berger bittet die Ratsmitglieder dringend darum, diese Ressourcen zu erhöhen – für die jungen Leute und für eine gesunde finanzielle Zukunft.

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP stellt den Antrag, den Globalkredit um 147'700 Franken zu kürzen. Der Fokus soll auf weniger Mobilien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Priorisierung der Informatikprojekte gerichtet werden.

B. Helbling (SP): Erhöhung des Globalkredits um 100'000 Franken: Zum Glück wird die Fachstelle für junge Erwachsene nicht abgeschafft. Doch leider wurde im Rahmen der Sparbemühungen eine Stellenreduktion vorgenommen. Natürlich ist es wichtig, dass junge Erwachsene möglichst rasch wieder von der Sozialhilfe abgelöst werden können, indem sie eine Anschlusslösung finden, eine Lehre antreten können und begleitet werden. Das ist mit dem Coaching und der Unterstützung durch die Fachstelle möglich. Die Stellenreduktion wurde in der Kommission gut begründet. Die SP wird sich den Sparanträgen des Stadtrates anschliessen und deshalb, wenn auch schweren Herzens, die Aufstockung des Globalkredits zur Beibehaltung der gekürzten Stellen bei Fachstelle ablehnen. Kürzung des Kredits um 147'700 Franken: In den genannten Konten fallen die Kosten für Porti an aber auch Beiträge für Rechtsfälle, ärztliche Gutachten für Klienten und Mandatsentschädigungen für private Mandatsträger. Diese Konten beinhalten zudem jährlich wiederkehrende Fixkosten für Lizenzgebühren für die Software und für Zusatzleistungen. Es handelt sich um ein Programm der Stadt Zürich. B. Helbling sieht nicht, wo gespart werden kann. Die SP lehnt den Antrag ab.

Stadtrat N. Galladé: Der Antrag von D. Berger ist sympathisch. Es ist aber klar, dass in der jetzigen Finanzsituation alle Produktgruppen einen Teil zum Sparprogramm beitragen müssen. Der Stellenabbau bei der Fachstelle Junge Erwachsene ist nicht leichtgefallen. Diese Stelle war vakant. Es macht Sinn, dass man solche Gelegenheiten nutzt. Der Stadtrat wird die betrieblichen Möglichkeiten nutzen und versuchen einen Ausgleich zu schaffen. Kurzfristig würde aber der Sparantrag des Stadtrates torpediert, wenn diese Stelle erneut gesprochen würde. Grundsätzlich trägt die Produktgruppe gut 1 Million zum Sparprogramm «effort 14+» bei. In der zweiten Runde wurden effektiv Stellen abgebaut. Den Antrag der GLP, den Globalkredit um 147'700 Franken zu kürzen, wird man nur schwer umsetzen können. Die beiden wichtigsten Posten, sind von B. Helbling erwähnt worden. Im Konto Dienstleistungen Dritter sind Porti, Postcheck und Bankgebühren, die im gesetzlichen Betreuungsdienst anfallen, enthalten aber auch die Kosten für die Korrespondenz mit den Klienten, die schriftlich erfolgen muss, weil die Stadt sonst berechnete Forderungen nicht geltend machen kann. Auch in der Informatik werden Tools benötigt, um den Alltag so effizient wie möglich zu gestalten. Winterthur bezahlt Lizenzen für eine Software der Stadt Zürich und für Zusatzleistungen. Solche Programme gehören zum Job. Stadtrat N. Galladé nimmt an, dass ein Teil des Gemeinderates relativ resistent ist gegen inhaltliche Anmerkungen.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag von D. Berger abstimmen: Erhöhung des Globalkredits um CHF 100'000, mit dem Ziel den geplanten Stellenabbau bei der Fachstelle Junge Erwachsene rückgängig zu machen.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 147'700. Weniger Anschaffung Mobili-
lien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Prio-
risierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total ef-
fektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit wurde um 147'700 Franken reduziert und beläuft sich neu auf 17'609'640 Franken.

Prävention und Suchthilfe

A. Steiner (GLP/PP): In dieser Produktegruppe beläuft sich die Kürzung auf 79'300 Fran-
ken.

B. Helbling (SP) hat sich die Konten genauer angeschaut. Für die Anschaffung von Mobi-
lien und Büromobiliar sind 7'000 Franken eingestellt. Hier kann nicht viel gekürzt werden. Im
Rahmen der zweiten Runde «effort 14+» wurde bei den Honoraren und diversen Dienstleis-
tungen Dritter, zum Beispiel bei den Projekten der Suchprävention, bereits stark gekürzt. In
dieser Produktegruppen sind in den Sachkosten die Kosten für Medikamente enthalten, die
benötigt werden, um Dienstleistung zu erbringen – zum Beispiel die Abgabe von Methadon
und Heroin. Die Medikamente sind zudem zum grössten Teil refinanziert. Diverse Dienstleis-
tungen Dritter können nur gekürzt werden, wenn man auch die anderen Präventionsprojekte
abbaut. Die SP lehnt die Kürzung ab.

D. Berger (Grüne/AL): Dieser Antrag ärgert D. Berger speziell, weil vieles refinanziert wird.
Gewisse Ausgaben sind für die Aufrechterhaltung des Betriebes sehr wichtig, zum Beispiel
Medikamente und Verbrauchsmaterial. Es braucht neue Spritzen, neue Gläser für die Me-
thadonabgabe etc. Mit dieser Kürzung werden weitere Präventionsprojekte gekippt. Viel-
leicht führt das zu mehr Klienten im Methadonprogramm. Damit würden auch die Sachkos-
ten steigen.

Stadtrat N. Galladé: Die refinanzierten Ausgaben werden mit Vorteil nicht gestrichen, weil
sonst an einem anderen Ort wieder etwas abgebaut werden muss. Es handelt sich um einen
Griff in den Giftschrank. Es geht um die Heroin- und Methadonabgabe, die eine sehr stabili-
sierende Wirkung auf die Klientinnen und Klienten hat im Rahmen der erfolgreichen Vier-
Säulen-Politik, die mit der Polizei und den Schulen gemeinsam umgesetzt wird. Es zeugt
nicht von einem ganzheitlichen Ansatz, wenn man beantragt, die einen Stellen zu erhöhen
und die anderen herunterzufahren. Die Vier-Säulen-Politik funktioniert. Wenn man versucht
eine Säule breiter zu machen und bei der andern beginnt zu sägen, wird an der erfolgrei-
chen Suchtpolitik gerüttelt. Das wäre sehr bedauerlich. Seit Jahren ist die Stadt gut unter-
wegs. Die 79'300 Franken müssen bei der Präventionsarbeiten und bei Aktionen an den
Schulen eingespart werden. Das Monitoring hat gezeigt, dass die Kenntnisse der Jugendli-
chen über die Wirkung von Suchtmitteln, legalen und illegalen, erschreckend tief sind. Man
überlegt sich deshalb, wie man frühzeitig diese Defizite aufheben kann. Die Jugendlichen
sollen wissen, welche Suchtmittel welche Wirkung haben und wie man konsumkompetent
damit umgehen kann. Auch die Eltern suchen immer wieder verzweifelt Rat. Das sind Ange-

bote und Aktionen, mit denen es immer wieder gelingt, die Leute zu sensibilisieren. Man stellt nach diesen Aktionen fest, dass die Nachfrage nach bestimmten Angeboten zunimmt, weil die Leute wissen, wo sie sich melden können. Die Schwelle nimmt ab. Es handelt sich um Angebote, die nachhaltig wirken. Es ist bekannt, wie hoch die Kosten sind, wenn jemand suchtgefährdet ist. Deshalb würde es Stadtrat N. Galladé sehr bedauern, wenn gewisse Projekte und Programme wegfallen würden. Man muss das sehr genau prüfen.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands: CHF 79'300. Weniger Anschaffung Mobili-
lien, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie Prio-
risierung der Informatikprojekte nach Nutzen und Effizienzgewinn. Verteilung nach total ef-
fektive Kosten.

Der Rat nimmt den Antrag an.

Ratspräsidentin Ch. Benz-Meier: Der Globalkredit wurde um 79'300 Franken reduziert und beträgt neu 3'947'220 Franken.

Zu Beginn der Sitzung wurde der Ordnungsantrag gestellt, dass die Budgetberatung noch vor 24.00 Uhr fertig sein muss. Es ist allen klar, dass das nicht möglich ist. Am nächsten Montag, 16. Dezember 2013, wird die nächste Sitzung stattfinden.

Die Präsidentin

Die 1. Vizepräsidentin:

Der 2. Vizepräsident:

Ch. Benz-Meier (SP)

B. Günthard Fitze (EVP)

M. Wenger (FDP)